

# Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen Baden-Württemberg für Toleranz und Menschlichkeit

Broschüre zur Ausstellung des Fritz-Erler-Forums  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Christoph Busch



**FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG**

Fritz-Erler-Forum  
Baden-Württemberg



**Im Mittelpunkt dieser Ausstellung steht ein Tisch.**

Der Tisch ist ein Ort der Kommunikation, um den sich Menschen versammeln. Familienmitglieder berichten einander ihren Tag, Konferenzen werden abgehalten, oder Argumente ausgetauscht. Er ist aber auch Studienort, auf dem die Zeitung ausgebreitet, Bücher aufgeschlagen und Dinge abgelegt werden.

**Dieser Tisch könnte überall stehen.**

Vielleicht war es ein solcher Tisch, an dem am 20.12.2003 Leonhard S. saß, bevor er mit Freunden nach Heidenheim aufbrach. Dort erstach er noch am selben Tag die drei jungen Ausiedler Waldemar, Aleksander und Viktor.

Vielleicht werden auch an einem solchen Tisch die rechtsradikalen Inhalte der Bücher des Tübinger Grabert-Verlages verfasst oder es wird an einem solchen Tisch, irgendwo in Baden-Württemberg, bei mehreren Bieren den Vorurteilen gegen Migranten und Migrantinnen freien Lauf gelassen.

Vielleicht sitzen an diesem Tisch aber auch Menschen, die derartigen Vorurteilen etwas entgegen setzen, oder Menschen, die in Projekten und Initiativen planen, wie man sich gegen Rassismus und Gewalt und für Demokratie und Menschlichkeit engagieren kann.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung breitet nun auf ihrem Ausstellungstisch Informationsmaterialien zum Thema Rechtsextremismus aus, denn Informationen sind für ein Engagement gegen Rechtsextremismus genauso wichtig wie das Bewusstsein für das demokratische Fundament unserer Gesellschaft.

## Liebe Besucherinnen und Besucher

Rechtsextreme kommen immer dann in die Schlagzeilen, wenn sie Gewalttaten verüben. Auch wenn die Anzahl ihrer Straf- und Gewalttaten in den letzten Jahren auf hohem Niveau stagniert, sind diese Übergriffe nur die Spitze des Eisbergs.

Rechtsextremismus ist vielerorts in Baden-Württemberg kein Randphänomen mehr. Der Erfolg einer rechtsgerichteten Jugendkultur und die Akzeptanz rechtsextremen Gedankenguts in weiten Teilen der Bevölkerung machen deutlich, dass Rechtsextremismus ein vielschichtiges Problem unserer Gesellschaft ist.

Hinzu kommen die Bemühungen Rechtsextremer, immer mehr in die Zivilgesellschaft vorzudringen. Sie wissen rhetorisch geschickt öffentliche Diskussionen mit ihren eigenen Themen zu besetzen und greifen hierfür zunehmend bürgernahe sozialpolitische und kapitalismuskritische Fragen auf. Sie engagieren sich in Bürgerinitiativen, Elternvertretungen von Schulen oder in der Jugendarbeit und werben verstärkt Jugendliche über eher unpolitische Angebote in Sportclubs oder bei Straßenfesten für die Szene.

Sie nutzen dieses Engagement jedoch, um rechtsextremes Gedankengut zu verbreiten und die Demokratie Stück für Stück zu diskreditieren. So wenden Sie sich gegen den Gedanken gleicher, unveräußerlicher Rechte für alle Menschen.

Die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ der Friedrich-Ebert-Stiftung weist auf die Gefahren hin, die vom Rechtsextremismus für demokratische politische Systeme und die in ihnen lebenden Menschen ausgehen und informiert über die verschiedenen Facetten des Rechtsextremismus – immer mit speziellem Fokus auf die Entwicklung in Baden-Württemberg.

Es werden die Grundlagen für rechtsextreme Einstellungen und das dazugehörige Verhalten dargestellt und aufgezeigt, welche Formen rechtsextreme Weltbilder und Argumentationsweisen annehmen können. Dabei wird der Bogen von rechtsextremen Einstellungen über das Engagement in rechtsextremen Organisationen und Parteien bis hin zur rechtsextrem motivierten Straftat geschlagen.

Obwohl in Baden-Württemberg die Anzahl der Gewaltdelikte mit 56 Gewalttaten gegenüber den Vorjahren (99 Gewalttaten im Jahr 2006 und 78 im Jahr 2007) gesunken ist, verdoppelte sich die Anzahl rechtsextrem motivierter Straftaten von 614 im Jahr 1991 auf 1209 im Jahr 2008. Diese Zahlen verdeutlichen die unterschiedlichen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und zeigen an, dass trotz quantitativer Schwankungen Handlungsbedarf besteht. Wenn man Rechtsextremen nichts entgegensetzt, gibt man ihnen eine Chance, ihren Aktionsradius auszudehnen, als „normale“ Akteure aufzutreten und letzten Endes Demokratie und Menschenrechte auszuhöhlen. Daher ist es wichtig, sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren, Betroffene rechtsextremer Gewalt zu unterstützen und deutlich zu machen, dass sämtliche Elemente rechtsextremer Einstellungen wie beispielsweise Antisemitismus, Rassismus und Gewaltbejahung keinen Platz in unserer Gesellschaft haben dürfen.

Die Verantwortung darf hierbei jedoch nicht nur den staatlichen Institutionen alleine zugewiesen werden. Sie muss in Politik und Gesellschaft, konkret und konsequent vor Ort an

Schulen, Universitäten und in der Erwachsenenbildung, den Parteien, Medien, am Stammtisch, in den Vereinen oder auch in Leserbriefen auf kommunaler und regionaler Ebene wahrgenommen werden. Jede und jeder kann etwas gegen Diskriminierung, Rassismus und Gewalt tun. Die Achtung der Menschenwürde und der Erhalt von Demokratie sind auf die Unterstützung Aller angewiesen.

Ein besonderer Fokus der Ausstellung liegt deshalb im Aufzeigen von Möglichkeiten eines Engagements gegen Rassismus und Gewalt und für Demokratie und Menschlichkeit. Die Ausstellung regt an, über eigene Einstellungen nachzudenken und die des eigenen Umfeldes zu hinterfragen. Sie möchte gegen eine Normalisierung rechter Einstellungen und Übergriffe in der Nachbarschaft wirken und zu Zivilcourage ermutigen.

Das Fritz-Erler-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung wünscht Ihnen einen informativen Ausstellungsbesuch.

Dr. Christine Arbogast

Fritz-Erler-Forum  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

## Begleitwort von Stephan Braun

Die extreme Rechte hat sich gewandelt. Sie ist in ihren Erscheinungsformen vielfältiger geworden und längst nicht mehr auf das Bild des kahlköpfigen Schlägers reduziert. Auch wenn die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten alarmierend hoch bleibt und Opferverbände auf 140 Todesopfer durch rechte Gewalt seit 1990 hinweisen. Die extreme Rechte hat sich neue gesellschaftliche Potenziale erschlossen und erprobt auf der Suche nach Unterstützung neue strategische Vorgehensweisen. Rechtsextremismus präsentiert sich heute als planvoll ausgestaltete Erlebnisswelt, deren Angebote passgenau auf die Bedürfnisse einer in sich heterogenen, jungen Zielgruppe zugeschnitten sind. Die Szene hat das Web 2.0 für sich entdeckt. Ihr Medienangebot umfasst längst Musik, Comics und Computerspiele.

Gleichzeitig versuchen Parteien wie die NPD ihre Wahlerfolge in die Fläche zu tragen. Gezielt kandidieren sie bei Kommunal-, Kreistags- und Regionalwahlen. Präsent ist auch ihr Nachwuchs. Die NPD-Jugendorganisation, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), listet auf ihrer Internetseite 13 sogenannte „Stützpunkte“ für Baden-Württemberg (2009) auf und hat ihre Mitgliederzahl innerhalb von drei Jahren verdoppelt. Inzwischen stellt Baden-Württemberg mehr als ein Viertel aller JN-Mitglieder bundesweit.

Rechtsextreme Einstellungsmuster sind nicht nur Folgen wachsender allgemeiner gesellschaftlicher Fehlentwicklungen und zunehmender „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (Heitmeyer). Vielmehr ist darin auch das Ergebnis strategischen Wirkens gesellschaftlicher Kräfte zu sehen, die sich aktiv bemühen, eine Normalisierung rechtsextremer Denk- und Handlungsweisen herbeizuführen. Rechtsradikale bis rechtsextreme Parteien spielen im strategischen Denken dieser „Neuen Rechten“ kaum eine Rolle. Die „Neue Rechte“ will den Weg in die gesellschaftliche Mitte ebnen. Ihre radikalsten Protagonisten arbeiten daran, die Grenzen zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus zu verwischen und den Meinungslenker gesellschaftlicher Diskurse nach rechts außen zu verschieben. Wissenschaftler wie Wolfgang Gessenharter sprechen dieser Bewegung eine Scharnierfunktion zwischen demokratischem Spektrum und dem Rechtsextremismus zu und halten sie für die einflussreichste Strömung der extremen Rechten in den vergangenen dreißig Jahren.

Im Umgang mit modernen rechtsextremen Strategien ist mehr denn je Aufklärungsarbeit zu leisten. Es gilt, das Handeln, die inhaltlichen Bezüge und die Argumentationsmuster der extremen Rechten offen zu legen. Diese Ausstellung leistet dafür einen wichtigen Beitrag. Wichtig, gerade weil die Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und für ihre größte Errungenschaft, die Menschenrechte, nicht immer gleich zu erkennen sind. Die Schautafeln sollen helfen, Sie als Ausstellungsbesucher für alle Erscheinungsformen des modernen Rechtsextremismus zu interessieren und zu sensibilisieren. Die Ausstellung will Ihnen helfen, rechtsradikale bis rechtsextreme Ereignisse und Entwicklungen in Ihrem Umfeld deutlich wahrzunehmen und zivilgesellschaftlich engagiert darauf zu reagieren.

Zudem bietet diese Ausstellung eine wichtige Kontrastierung rechtsextremistischen Gedankenguts mit den Errungenschaften unserer Demokratie und des Grundgesetzes. Um diese Verfassung beneiden uns viele. Sie stellt die Würde des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt und steht für ein Gemeinwesen, das Vielfalt, Sozialstaatlichkeit und Freiheit garantiert und Konflikte gewaltfrei, demokratisch, d.h. diskursiv und kompromissorientiert, lösen will. Es reicht nicht aus, wenn die Verfassungsorgane und die staatlichen Institutionen ihre Pflicht tun. Ebenso wichtig ist, dass sich die Gesellschaft und möglichst viele Bürgerinnen und Bürger für unsere Demokratie engagieren. Eine starke Demokratie braucht starke Demokraten.

Hinhören, nachfragen, informieren und rechtsextremistischen Gefahren engagiert widerstehen. Dafür soll diese Ausstellung eine Hilfe bieten. Ich wünsche Ihnen einen interessanten und informativen Ausstellungsbesuch, neue Anregungen und Einsichten. Unabhängig davon, welche Hautfarbe, welche Religion und welche soziale oder ethnische Herkunft ein Mensch hat: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Stephan Braun, MdL

*Stephan Braun ist Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg und Sprecher der SPD-Fraktion für Fragen des Verfassungsschutzes und des Extremismus sowie Vorsitzender des Gremiums nach Artikel 10 Grundgesetz, das für die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes Verantwortung trägt. Er leitet die Gesprächsreihe Rechtsextremismus beim Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg und hat beim VS Verlag für Sozialwissenschaften folgende Bücher veröffentlicht: Rechte Netzwerke – eine Gefahr; Wiesbaden 2004 (zus. mit Daniel Hörsch); Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden 2007 (zus. mit Ute Vogt) sowie Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009 (zus. mit Alexander Geisler und Martin Gerster).*



# Inhaltsverzeichnis

<b>Gefahren für Demokratie und Menschenrechte</b>	<b>8</b>
<b>Menschenwürde und Demokratie im Grundgesetz</b>	<b>10</b>
<b>Stationen der deutschen Demokratie</b>	<b>12</b>
<b>Das rechtsextreme Weltbild</b>	<b>13</b>
Gegenüberstellung von rechtsextremem und demokratischem Weltbild	15
<b>Rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen</b>	<b>16</b>
<b>Rechte Aktivitäten und Wahlergebnisse in Baden-Württemberg</b>	<b>19</b>
<b>Gewalt als Kitt für den Zusammenhalt der rechten Szene</b>	<b>20</b>
<b>Ursachen des Rechtsextremismus und Gegenstrategien</b>	<b>23</b>
<b>Rechtsextreme und rechtsgerichtete Parteien und Wählerinitiativen</b>	<b>25</b>
Strategien rechter Öffentlichkeitsarbeit	29
<b>„Neue Rechte“ – Die intellektuelle rechte Szene</b>	<b>30</b>
Entwicklung rechtsextremer und rechtsgerichteter Organisationen in Baden-Württemberg	33
<b>Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft</b>	<b>34</b>
Die „88“ auf dem T-Shirt – Politische Aussage oder sportliches Design?	37
<b>Die rechtsextreme Jugendszene</b>	<b>38</b>
<b>Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene</b>	<b>41</b>
<b>Erlebnisswelt Rechtsextremismus</b>	<b>45</b>
Liederbeispiele	49
<b>Der Ausstieg als Lebensentscheidung – Ein Aussteiger aus der Szene berichtet</b>	<b>50</b>
<b>Argumentieren gegen Stammtischparolen</b>	<b>54</b>
Stammtischparolen und Gegenargumente	56
<b>Was tun gegen Rechtsextremismus?</b>	<b>57</b>
<b>Rosenberg – Eine Gemeinde wehrt sich gegen Rechts</b>	<b>60</b>
Initiativ werden gegen Rechts – Einige Beispiele	62
<b>Literaturauswahl zum Weiterlesen</b>	<b>63</b>
<b>Unterrichtsmaterialien</b>	<b>64</b>
<b>Die Autoren</b>	<b>65</b>
<b>Impressum</b>	<b>66</b>



## Rechtsextreme wollen

„Nationalismus heißt Revolution.  
Und unsere Revolution findet  
im 21. Jahrhundert findet.  
Unsere Revolution ist keine  
kleine Veränderung, sondern  
wir müssen uns ein komplett  
anderes politisches System  
erkämpfen!“  
Grußwort Alexander Neidlein  
zum UN-Landeskongress  
in Baden-Württemberg am 20.11.2006

die parlamentarische Demokratie abschaffen

den Einparteienstaat und eine nicht durch das Volk gewählte Elite

die Abschaffung einer unabhängigen Rechtsprechung

die Einschränkung persönlicher Freiheitsrechte

eine Volksgemeinschaft mit dem Streben nach Gleichmacherei

die Überwachung der (politischen) Gesinnung

die Abschaffung der Presse- und Meinungsfreiheit

die Verfolgung z. B. von Andersdenkenden, Andersaussehenden,

Behinderten, Jüdinnen und Juden oder Homosexuellen

die Durchsetzung ihrer Interessen, wenn nötig auch mit Gewalt

ein völkisch-nationalistisches Frauenbild durchsetzen

Rechtsextreme lehnen Demokratie und Menschenwürde ab!

„[...] die Grundrechtsbestimmungen (des Grundgesetz) trüben vor Menschenrechtstümelei und stellen Deutsche im eigenen Land de facto mit Ausländern gleich.“  
Aus „Argumente“ (1. Auflage 2005, S. 24 von Karl Richter)



„Es gibt nach meiner Auffassung nicht die Menschheit an sich, sondern Rassen und Völker.“  
Stellvertretender Chefredakteur der „Deutschen Stimme“ in: „Deutsche Stimme“, Ausgabe 05/2006, Seite 16



## Gefahren für Demokratie und Menschenrechte

Deutschland ist eine gefestigte Demokratie. Dazu trägt zum einen unser Grundgesetz bei, das das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern und Staat sowie die Organisation des Staates regelt. Hierbei spielen die Achtung und der Schutz der Menschenwürde als zentrale Aufgabe des Staates (Artikel 1 GG) sowie die Festlegung, dass Deutschland eine Demokratie ist (Artikel 2 GG), eine besondere Rolle.

Aber die Demokratie ist kein Selbstläufer. Eine Neigung zu Politikverdrossenheit, die sich in einer geringen Wahlbeteiligung und dem Rückzug von Bürgerinnen und Bürgern von politischem Engagement äußert, schadet der Demokratie und gibt undemokratischen Tendenzen Nahrung.

Ebenso sind Politikerinnen und Politiker sowie die gesellschaftliche Elite neben allen Anderen im besonderen Maße in der Verantwortung, jederzeit im Sinne der Demokratie und der Achtung der Menschenwürde zu agieren.

Demokratie und die Achtung der Menschenwürde sind durch politischen Extremismus gefährdet. Politischer Extremismus meint Gesinnungen und Bestrebungen, die die Demokratie bekämpfen und ihre fundamentalen Werte Freiheit und Gleichheit ablehnen. Rechtsextremismus ist der Teil des rechten Spektrums, der außerhalb des verfassungskonformen Bereichs liegt. Er ist mit seinen Denkmustern, dem Bekenntnis zu einer rechtsautoritären Diktatur und den in seinem Namen begangenen Verbrechen eine besondere Gefahr für Demokratie und Menschenrechte.

Viele Rechtsextreme lehnen das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland offen ab. Alexander Neidlein, Vorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN) Baden-Württembergs drückte es zum Landeskongress 2006 wie folgt aus: *„Nationalismus heißt Revolution. Und unsere Revolution findet im 21. Jahrhundert statt. Unsere Revolution ist keine kleine Veränderung, sondern wir müssen uns ein komplett anderes politisches System erkämpfen!“*

Der Demokratie gegenüber steht die autoritäre Diktatur mit einer nicht legitimierten herrschenden Elite, in der Widerspruch verboten und Herrschaft und Verwaltung willkürlich sind. Im Grundgesetz der Bundesrepublik ist die Achtung der Würde des Menschen in Artikel 1 verankert. Im Parteiprogramm der NPD heißt es dagegen: *„Volkstum und Kultur sind die Grundlagen für die Würde des Menschen“*. Das würde bedeuten, dass Würde nicht mehr jedem Menschen zugesprochen wird, sondern nur denen, die zu einem bestimmten „Volk“ gehören – wobei diese Zugehörigkeit nach den Kriterien der Rechtsextremen festgelegt würde.

Grundlage des rechtsextremen Weltbildes ist die Vorstellung von der Ungleichwertigkeit der Menschen. Rechtsextreme lehnen den Anspruch auf gleiche Rechte für alle Menschen und damit die universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte ab. Somit stehen rechtsextreme Bestrebungen im Widerspruch zu dem in Artikel 3 des Grundgesetzes verbrieften Gleichheitsgebot, einem Fundamentalprinzip der Demokratie. Die Werte der Aufklärung und die damit einhergehenden zivilisatorischen Fortschritte verachten Rechtsextreme.

Damit verbunden sind ein ideologisch begründeter Rassismus und die bereits im Nationalsozialismus propagierte Idee

der Volksgemeinschaft, nach der eine auf einer rassistischen Definition beruhende Gesellschaft das Ideal darstellt. Vielfalt wie in unserer Gesellschaft, in der jeder nach seiner Façon glücklich werden darf, und Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger gibt es nach dieser Vorstellung nicht mehr. Rechtsextreme fordern den Kollektivismus. Damit hat die Gemeinschaft einseitig Vorrang vor dem Einzelnen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich dem Staat unterordnen und haben keine individuellen Persönlichkeitsrechte mehr – sie sind demnach nur noch Untertanen. Der rigorose Nationalismus der Rechtsextremen beinhaltet zudem außenpolitisch ein rücksichtsloses und überhebliches Verhalten, das die friedliche Nachbarschaft in Europa beenden würde.

z.B.: Gleichwertigkeit aller Menschen



Grundgesetz Art. 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“



## Menschenwürde und Demokratie im Grundgesetz

### Das Individuum steht im Mittelpunkt

Der Menschenwürde liegt die Vorstellung zugrunde, dass jeder Mensch einen Wert an sich hat, der nicht angetastet werden darf. Dieser Wert ist absolut. Er muss durch nichts verdient werden und wird durch nichts relativiert. Menschen ohne Behinderung besitzen die gleiche Menschenwürde wie Menschen mit Behinderung, Frauen wie Männer, Migranten wie Deutsche, Christen wie Muslime, Juden wie Atheisten, Kranke wie Gesunde, Kinder wie Erwachsene, Blauäugige wie Braunäugige. Achtung der Menschenwürde bedeutet, dass es keine Menschen „zweiter Klasse“ oder gar „unwertes“ Leben gibt.

Die Idee der Menschenwürde hat eine lange Tradition. Sie geht sowohl auf das christlich-jüdische Menschenbild zurück, wonach der Mensch nach Gottes Ebenbild geschaffen ist und deshalb alle den gleichen Wert besitzen, als auch auf die Ideen der Aufklärung, in der die Freiheit und Gleichheit des Menschen Grundpfeiler sind. Der große Philosoph der Aufklärung, Immanuel Kant, drückt dies Ende des 18. Jahrhunderts mit den Worten aus, dass der Mensch ein „Zweck an sich“ und niemals „Mittel zum Zweck“ sei. Daraus ergeben sich für unser Zusammenleben folgende Prinzipien:

1. Die Achtung vor dem Anderen
2. Die Anerkennung des Existenzrechtes des Anderen
3. Die Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen

Im Grundgesetz ist die Achtung der Menschenwürde Leitlinie allen staatlichen Handelns. Bereits im ersten Artikel heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Mit der Achtung und dem Schutz der Menschenwürde wird im Grundgesetz das Individuum in den Mittelpunkt des Staatsverständnisses gestellt und nicht irgendwelche Kollektive wie Volk oder Nation. Das war 1949 von den Verfassungsmüttern und -vätern eine gewollte Abkehr von den Prinzipien des Nationalsozialismus, bei dem der Einzelne nichts galt – nach dem Motto „Du bist nichts, Dein Volk ist alles!“

Die Menschenwürde ist also der zentrale Wert unseres Grundgesetzes, aus dem sich dann die einzelnen Grundrechte wie Meinungsfreiheit, Gleichheit aller vor dem Gesetz, Versammlungsfreiheit, Berufsfreiheit oder auch Religionsfreiheit ableiten. Unser Staat erhält seine Legitimation dadurch, dass er die Achtung der Menschenwürde gewährleistet. Da es schwierig ist, die Menschenwürde zu konkretisieren, hat das Bundesverfassungsgericht die sogenannte Objektformel geprägt, in der es zumindest bestimmt, wann die Menschenwürde verletzt wird:

*„Mit der Menschenwürde als oberstem Wert des Grundgesetzes und tragendem Konstitutionsprinzip ist der soziale Wert- und Achtungsanspruch des Menschen verbunden, der es verbietet, ihn zu einem bloßen Objekt des Staates zu machen oder ihn einer Handlung auszusetzen, die seine Subjektqualität in Frage stellt.“*

Mit dieser Formel hat das Bundesverfassungsgericht offensichtlich auf die Gedanken Kants zurückgegriffen.

### Warum Demokratie Kritik verträgt

Unser Grundgesetz betont neben der Achtung der Menschenwürde die Demokratie als zentrales Herrschaftsprinzip, das auch gegen seine Gegner verteidigt werden soll. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei 1952 diese freiheitlich demokratische Grundordnung präzisiert:

*„Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Art. 21 II GG ist eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den grundlegenden Prinzipien dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen: die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben*

*und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.“*

„Herrschaftsordnung“ bedeutet dabei, dass auch in einer demokratischen Gesellschaft Herrschaft ausgeübt wird. Die Verunglimpfung von Demokratie als „nicht lebensfähig“, weil sie sich nicht durchsetzen könne, ist also unangebracht. Jedoch muss die „Herrschaft“ immer durch Kritik und Konsens gerechtfertigt sein – etwa indem Gesetze, bevor sie in Kraft treten können, im Parlament diskutiert werden, indem dort Gegenpositionen gehört und Mehrheiten gefunden werden müssen. Und dies auf strikter Grundlage von Freiheit und Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger. In autoritären Herrschaftsstrukturen dagegen geben die Herrschenden vor, gegenüber den Untertanen bevorrechtigt zu sein, z. B. aufgrund besonderen Wissens, besonderer moralischer Eigenschaften, besonderer Herkunft o. ä. Kritik an dieser elitären Selbsteinschätzung ist dabei absolut untersagt.

In der Politik geht es darum, das Zusammenleben in einer Gesellschaft mit all seinen Konflikten zu regeln. Demokratische Politik berücksichtigt dabei die Achtung der Menschenwürde und ermöglicht die Teilhabe aller in Freiheit und Gleichheit bei der Konfliktregelung. Häufig wird Demokratie ausschließlich auf die Herrschaft im Staat bezogen, die vom Volk durch Wahlen auf Zeit zu legitimieren ist. Jedoch hat der Einzelne darüber hinaus in einer Demokratie vielfältige Möglichkeiten, sich über Parteien, Verbände oder beispielsweise Bürgerinitiativen sowie über direktes Engagement wie Demonstrationen, Petitionen und Unterschriftensammlungen an der Politik zu beteiligen. Trotzdem ist die Demokratie kein perfektes System. Der frühere britische Premierminister Winston Churchill hat das in einem berühmten Ausspruch verdeutlicht: *„Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“* Kritik an der Demokratie ist durchaus erlaubt und sogar ein Bestandteil von ihr. Damit unterscheidet die Demokratie sich fundamental von der Diktatur, die jeglichen Widerspruch und jegliche Form von Mitbestimmung unterbindet. Die Diktatur organisiert die Begeisterung, die Demokratie dagegen die Kritik!

Demokratie kann also in Theorie und Praxis immer noch verbessert werden und jeder Einzelne ist dazu aufgerufen, seinen Teil beizutragen. Dabei findet dieser Verbesserungsprozess nie ein Ende. Denn wo jeder seine eigene Meinung haben darf, ändern sich auch immer wieder die Meinungen darüber, wie die bestmögliche Demokratie auszusehen habe – allein schon durch die Generationenfolgen.

## Warum Demokratie alle angeht

Die Idee der Demokratie bezieht sich allerdings nicht nur auf staatsförmige Herrschaft, die das Zusammenleben von Menschen regelt, sondern ebenso auf andere Gemeinschaften, deren Regeln die Menschen selbst bestimmen. Demokratie beginnt

bereits in der Familie, wenn Eltern und Kinder sich gegenseitig respektieren, gemeinsame Angelegenheiten miteinander besprechen und zusammen nach Lösungen suchen, um schließlich gemeinsam Entscheidungen zu treffen.

Demokratie als Gesellschaftsform geschieht auch in Vereinen, in denen die Mitglieder ihren Vorstand für eine begrenzte Zeit wählen, damit er Regelungen für das Zusammenleben bestimmt. Je nachdem, ob die Mitglieder mit der Tätigkeit des Vorstands zufrieden sind, wird der Vorstand wiedergewählt oder eben nicht. Demokratie geschieht auch in Betrieben. Sofern es einen Konflikt um einen neuen Tarifvertrag gibt, entscheiden die Gewerkschaftsmitglieder in einer Urabstimmung, ob sie zur Durchsetzung ihrer Interessen in den Streik treten. Demokratie hat übrigens auch in Schulen ihren Platz. Es gibt Schülervertretungen, welche für die Interessen der Schülerschaft eintreten. Oder aber Schülerinnen und Schüler erstellen selbst Regeln für das Zusammenleben und den Umgang in der Schule.

## Was Demokratie vom Einzelnen verlangt

Wenn sich an der Regelung ihres Zusammenlebens alle Betroffenen als Freie und Gleiche beteiligen können, verlangt dies auch dem Einzelnen einiges ab. Insofern ist Demokratie auch eine Lebensform. Sie setzt eine bestimmte Haltung des Individuums voraus. Zunächst geht es darum, den anderen anzuerkennen und ihm die gleichen Rechte wie sich selbst zuzugestehen. Das bedeutet auch, sich andere Meinungen und Interessen anzuhören und zu tolerieren, auch wenn man sie nicht teilt. Denn zu der Frage, wie das Zusammenleben geregelt werden soll, gibt es keine Antworten mit absolutem Wahrheitsanspruch. Ihre Grenze findet die Toleranz gegenüber der Intoleranz. Wer dem anderen die Anerkennung und gleichberechtigte Mitsprache verweigert, kann nicht seinerseits auf Mitspracherechte pochen.

Demokratie ist somit auf ein spezifisches Können ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Dieses besteht auch darin, eigene Interessen zu erkennen und anderen mitzuteilen. Da in einer Demokratie jedoch jeder andere Interessen haben kann und darf, sollte man, wenn es um Angelegenheiten geht, die nicht nur einen selbst betreffen, auch die Sichtweisen von anderen anerkennen, diese diskutieren und nach Abgleich mit der eigenen Position zu einem tragfähigen Kompromiss zusammenführen können.

Weiterhin ist Demokratie auf die Bereitschaft des Einzelnen angewiesen, sich daran zu beteiligen. Denn ohne Engagement stirbt die Demokratie. Demokratische Gesinnung zeichnet sich deshalb durch ein Mindestmaß an Interesse für die Belange des Zusammenlebens aus.



# Stationen der deutschen Demokratie

Freiheit, Demokratie und die Achtung der Bürger- und Menschenrechte, als Grundlage für ein friedliches Zusammenleben, gab es nicht schon immer. Sie wurden oft mühsam erkämpft.

Der Einsatz für die Demokratie reicht vom Widerstand gegen Diktatur bis hin zu den vielfältigen Möglichkeiten, sich politisch zu beteiligen.



1848/1849

Die **Frankfurter Nationalversammlung**, die vom 18. Mai 1848 bis zum 31. Mai 1849 in der Frankfurter Paulskirche tagte, war das erste frei gewählte Parlament für ganz Deutschland. Ihr Zustandekommen war Bestandteil und Ergebnis der Märzrevolution in den Staaten des Deutschen Bundes.

19. Januar 1919

Vertreterinnen der Frauenbewegung hatten bereits Mitte des 19. Jahrhunderts das **Frauenwahlrecht** gefordert. Nach jahrzehntelangem Einsatz errangen die Frauen in der Weimarer Republik erstmals das Wahlrecht in Deutschland.

6. Februar 1919

Die vom Volk gewählten Vertreter treten in der **Nationalversammlung in Weimar** zusammen. Am 11. Februar 1919 wählte die Nationalversammlung den bisherigen Reichskanzler Friedrich Ebert (SPD) zum vorläufigen Reichspräsidenten.

1942/43

Unter Einsatz ihres Lebens leistete die Gruppe der Weißen Rose um die Geschwister Hans und Sophie Scholl wie auch einige andere in dieser Zeit **Widerstand im Dritten Reich** und setzten sich gegen das menschenverachtende nationalsozialistische Regime ein.

23. Mai 1949

Das **Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland** als rechtliche und politische Grundordnung (Verfassung) des deutschen Staates tritt in Kraft. Erarbeitet hat es der Parlamentarische Rat von September 1948 bis Mai 1949.

14. November 1952

Das **Betriebsverfassungsgesetz** tritt in Kraft. Die Betriebsverfassung ist die grundlegende Ordnung der Zusammenarbeit von Arbeitgebern und der von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gewählten betrieblichen Interessenvertretung.

17. Juni 1953

Arbeiter und Arbeiterinnen demonstrieren während des **Arbeiteraufstands in der DDR** gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, wobei der Protest politische Forderungen aufgreift und letztlich mit Gewalt niedergeschlagen wird.

Ende der 1960er

Die **68er-Bewegung** wurde vor allem von Studierenden geprägt. Sie setzten sich für mehr Freiheiten und für die Gleichstellung von Minderheiten ein.

1980er

**Massendemonstrationen der Friedensbewegung** gegen den NATO-Doppelbeschluss, das heißt gegen die zusätzliche Stationierung von Waffen.

9. November 1989

Die Bürgerinnen und Bürger der DDR erreichen den **gewaltfreien Umsturz des undemokratischen Systems der DDR** und den Fall der Mauer in Berlin.

Dezember 1992 und Januar 1993

In Deutschland beteiligen sich über eine Million Menschen an **Lichterketten gegen Rechtsextremismus**, um nach dem Brandanschlag in Mölln ein Zeichen für Toleranz und Menschlichkeit zu setzen.

2007 und 2009

In **Baden-Württemberg** gingen auch in jüngster Zeit immer wieder viele Menschen auf die Straße, um gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt zu demonstrieren. So zum Beispiel am 12.5.2007 in **Horb**, am 21.7.2007 in **Tübingen**, am 1.5.2009 in **Ulm**, als über 5000 Menschen gegen den Aufmarsch von rund 700 Rechtsextremen demonstrierten. Auch am 3.10.2009 in **Friedrichshafen** und am 20.5.2009 in **Reutlingen** gingen Menschen gegen Rechtsextremismus auf die Straße.

# Das rechtsextreme Weltbild

Mit Rechtsextremismus wird der Teil des rechten Spektrums bezeichnet, der nicht mehr auf der Basis unseres Grundgesetzes agiert. Die Grenzlinie zwischen Verfassungskonformität und Extremismus ist jedoch nicht immer leicht zu bestimmen. Der Übergang ist zu- meist fließend. Zu diesem Zweck kennt das Amtsdeutsch den Begriff Radikalismus. Im Folgenden unterscheiden wir daher zwischen rechtsextremen und den noch verfassungskonformen rechtsgerichteten (rechtsradikalen) Aktivitäten und Organisationen.

Das Weltbild Rechtsextremer setzt sich, wie jedes Weltbild, aus mehreren Ideologieelementen zusammen. Wenn eine Person alle Ideologieelemente teilt, besitzt sie ein geschlossenes rechts- extremes Weltbild. Teilt die Person jedoch nur einzelne Elemente dieses Weltbilds, spricht man bei ihr von einer Nähe (Affinität) zum Rechtsextremismus, die nach Stärke und Inhalt variieren kann.

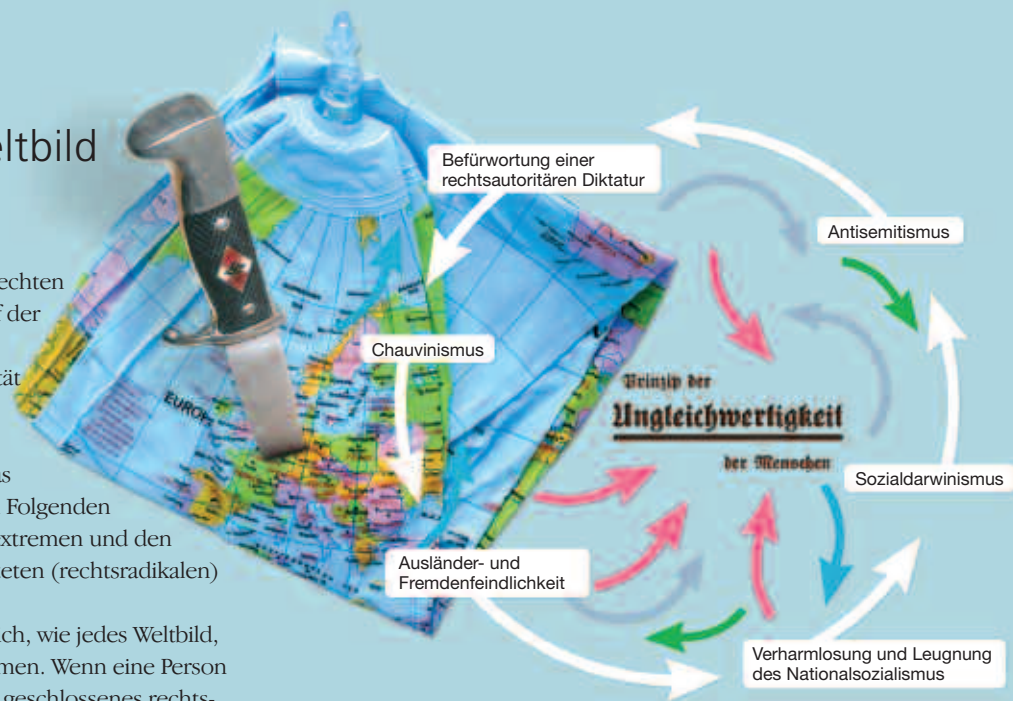
## Was zeichnet die rechtsextreme Ideologie aus? – Eine Definition

In der Rechtsextremismusforschung wird diskutiert, welche Ideologieelemente unbedingt zu einem rechtsextremen Weltbild gehören. Dass das Weltbild letztlich nicht abschlie- ßend zu bestimmen ist, lässt sich, neben den unterschiedli- chen wissenschaftlichen Auffassungen, auf zwei Ursachen zurückführen. Erstens hat Rechtsextremismus in verschiede- nen Ländern unterschiedliche Ausprägungen. Zum Beispiel gilt die belgische Partei „Vlaams Belang“ als rechtsextrem, obwohl sie sich ausdrücklich vom Antisemitismus distanziert. Zweitens verändert sich das rechtsextreme Weltbild im Laufe der Zeit. Lange Zeit gehörte etwa der Antikommunismus zum klaren Meinungsbild. Nachdem allerdings um das Jahr 1990 der Kom- munismus in Osteuropa zusammenbrach, verlor dieser Teil der Ideologie seine Bedeutung.

Rechtsextremismusforscher einigten sich auf folgende Definition: „*Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster; dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvor- stellungen darstellen. Diese äußern sich in der Neigung zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstel- lungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Sie sind gekennzeichnet durch antise- mitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.*“

## Rechtsautoritäre Diktatur – Der Abschied von Demokratie und Menschenwürde

Wer diese Position teilt, lehnt zugleich mehrere grundlegende Bestandteile demokratischer Herrschaft ab. Nach der Vorstel- lung der rechtsautoritären Diktatur soll über die Bevölkerung regiert werden, ohne dass diese über Mitsprache verfügt. Dazu gehört auch, die Gleichförmigkeit der Gesellschaft zu erzwin- gen und Interessengegensätzen ihre Berechtigung abzuspren- chen. Bei der Wahl der Mittel nimmt die Diktatur keine



Rücksicht auf die Achtung der Menschenwürde und der Men- schenrechte, denn das Kollektiv hat stets Vorrang. Gerechtfertigt wird diese diktatorische Herrschaft nicht durch Wahlen, sondern durch ein Konstrukt wie „Rasse“ oder „Nation“, das absolut gesetzt und für nicht verhandelbar erklärt wird. Umge- setzt werden soll dies durch eine Einparteienherrschaft, an deren Spitze ein Führer steht, der niemandem Rechenschaft schuldig ist.

**Vertreterinnen und Vertreter einer solchen Position stimmen beispielsweise folgenden Aussagen zu:**

**a) Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert. b) Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.**

## Chauvinismus –

### Die eigene Nation als allen anderen überlegen

Unter Chauvinismus wird ein aggressiver Nationalismus ver- standen, der keine Rücksicht auf die Demokratie nimmt. Die eigene Nation gilt dabei als anderen Nationen überlegen. Ein übersteigertes nationales Selbstbewusstsein entspricht also einer Abwertung anderer Länder. Während bei der Volksge- meinschaft ein vorgeblich gemeinsames Interesse ohne Rück- sicht auf die Achtung der Menschenwürde innerhalb eines Staates durchgesetzt wird, geht es beim Chauvinismus um die Idee eines nationalen Interesses nach außen. Dieses gelte es gegenüber anderen Ländern durchzusetzen, was auch gewalt- same Auseinandersetzungen einschließt.

**Wer diese Position teilt, befürwortet etwa die Aus- sagen: a) Deutschland sollte aufgrund seiner Stärke vor allen anderen Nationen der Welt stehen. b) Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.**

## Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – Ablehnung einer heterogenen Gesellschaft

Darunter werden feindselige Einstellungen gegenüber Migran- tinnen und Migranten erfasst. Diese Vorurteile basieren zum einen auf der Ablehnung einer heterogenen und der Befürwor-

tung einer homogenen Gesellschaft. Zum anderen liegt ihnen der Gedanke von geschlossenen, unabänderlichen kollektiven Identitäten zugrunde, der auf dem Nationalismus aufbaut: „Wir Deutsche“ und „die Ausländer“. Ausländerfeindlichkeit findet in verschiedenen Ausprägungen statt. Der **biologische Rassismus** behauptet, dass das „Volk“ über „Blutsbande“ verbunden sei. Insofern würden Migranten und Migrantinnen diese „Blutsbande“ zerstören. Diese Auffassung drückt sich in der Aussage aus: „*Die Deutschen sterben aus.*“ Es wird von der Existenz von Rassen und von einer Höherwertigkeit der eigenen Rasse ausgegangen. Beim **kulturellen Nationalismus** steht der Gedanke im Mittelpunkt, dass sich unterschiedliche nationale Kulturen, die jeweils als unabänderlich betrachtet werden, unvereinbar gegenüberstehen. Deswegen müsse man die eigene Kultur – wenn nötig auch aggressiv – verteidigen. Die **anthropologische Fremdenfeindlichkeit** geht von einer „natürlichen Ordnung“ aus, wonach das „Fremde“ stets eine Gefahr darstelle und man sich gegen Gefahren wehren müsse. Häufig wird dabei das „Fremde“ sogar mit dem Feind gleichgesetzt. Die feindselige Einstellung gegenüber Migranten und Migrantinnen äußert sich unter anderem in der Unterstellung von negativen Attributen und in der Vorenthaltung von Rechten und kann bis zur Ausübung von Gewalt reichen.

**Beispielhafte Aussagen hierfür sind: a) Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen. b) Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.**

## Antisemitismus – Feindselige Einstellungen gegenüber Juden

Antisemitismus ist der Sammelbegriff für feindselige Einstellungen gegenüber Juden und Jüdinnen. Antisemitismus reicht bis ins frühe Christentum zurück. Ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts kamen rassistische und kulturel-anthropologische Begründungsmuster auf, die den religiösen Antisemitismus, den Antijudaismus, weitgehend ablösten. Antisemiten sehen Juden als minderwertig, aber auch als Bedrohung an, weswegen sie Feinde seien, die man bekämpfen müsse. In mancherlei Hinsicht ähnelt Judenfeindlichkeit deshalb der Ausländerfeindlichkeit: Antisemiten unterstellen Juden und Jüdinnen schlechte Eigenschaften und rechtfertigen zum Teil sogar Gewalt. Bemerkenswert ist seit einigen Jahren in Deutschland ein sogenannter sekundärer Antisemitismus: Dieser nimmt den Holocaust zum Anlass für antisemitische Ressentiments. Demnach würden „die Juden“ Auschwitz benutzen („Auschwitzkeule“), um den Deutschen ein schlechtes Gewissen zu machen und Geld zu verdienen – sie seien also selbst dafür verantwortlich, wenn ihnen Ablehnung entgegenschlägt.

**Antisemiten erheben zum Beispiel diese beiden Vorwürfe: a) Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen. b) Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich, sie passen nicht so recht zu uns.**

## Sozialdarwinismus – Unterscheidung zwischen „wertvollem“ und „unwertem“ Leben

Beim Sozialdarwinismus wird die Gesellschaft, wie beim Rassismus, biologisch verstanden. Dabei beziehen Sozialdarwinisten sich auf Charles Darwin (1809–1882). Dieser entwickelte die Theorie, dass die Mitglieder einer Art überleben, die am besten an die Umweltbedingungen angepasst sind. Mit seinem berühmten Ausspruch „*survival of the fittest*“ bezog er sich auf die Auslese in der Natur, welche über die Anpassungsleistung des Einzelnen erfolge. Der Sozialdarwinismus verfälscht diesen Gedanken, indem er den Ausspruch als „Überleben der Stärksten“ auslegt und damit meint, dass eine Art (Spezies) nur überleben könne, wenn die Stärksten überleben. Diese Annahme überträgt der Sozialdarwinismus nun auf die menschliche Gesellschaft und spricht damit „schwachen“ Mitgliedern die Existenzberechtigung ab, weil sie die eigene Spezies angeblich am Überleben hinderten. Folglich trifft dieses Gesellschaftsverständnis eine Unterscheidung zwischen „wertvollem“ und „unwertem“ Leben.

**Sozialdarwinisten bejahen zum Beispiel die beiden Aussagen: a) Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen. b) Es gibt wertvolles und unwertes Leben.**

## Die Verharmlosung und Leugnung der Verbrechen der Nationalsozialisten

Rechtsextremisten leugnen entweder den Holocaust zur Gänze oder versuchen, ihn zu verharmlosen. Dies bezieht sich neben dem Holocaust außerdem auf die Kriegsschuld und Kriegsverbrechen der Deutschen sowie auf die menschenverachtende nationalsozialistische Diktatur. Die Verharmlosung geschieht durch eine Gleichsetzung der nationalsozialistischen Verbrechen mit Verbrechen anderer Staaten (z. B. des Holocausts mit anderen Genoziden in der Geschichte), durch Bagatellisierung der Verbrechen, durch Verweis auf Ursachen, die nicht vom Nationalsozialismus zu verantworten seien und schließlich durch das Hervorheben von vermeintlich „guten Seiten“ des Regimes, ohne die Missachtung von Demokratie und Menschenwürde zu berücksichtigen.

**Diese Einstellung spiegelt sich zum Beispiel in den folgenden zwei Aussagen wider: a) Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden. b) Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.**



## Gegenüberstellung von rechtsextremem und demokratischem Weltbild

	Rechtsextremes Weltbild	Demokratisches Weltbild
<b>Führung</b>	Führung legitimiert sich selbst als Vollstrecker eines angeblichen Volkswillens	Volk wählt Abgeordnete auf Zeit
<b>Entscheidungsfindung</b>	Eine Elite bestimmt durch Diktatur	Diskussion, Konsenssuche und Abstimmung – Jeder und jede kann sich einmischen
<b>Parteien</b>	Einheitspartei	Mehrere Parteien
<b>Gesellschaftliche Organisationen</b>	Die Einheitspartei steuert alle gesellschaftlichen Organisationen	Gesellschaft organisiert sich selbst in vielfältigen Vereinen, Initiativen etc.
<b>Parlament</b>	Ort der Unterstützung für die Diktatur	Ort der Diskussion um beste Politik
<b>Justiz</b>	Politik bestimmt Rechtsprechung	Unabhängige Rechtsprechung
<b>Menschenbild</b>	Der Volkswille wird ohne Rücksicht auf Individualrechte festgelegt	Menschenwürde und gleiches Recht für alle
<b>Gesellschaft</b>	Volksgemeinschaft: Wer von der Norm der Ideologie abweicht gehört nicht dazu, wird diskriminiert und gegen den darf, wenn nötig, mit Gewalt vorgegangen werden	Offene Bürgergesellschaft: Jeder Mensch hat einen Wert an sich und kann seine Persönlichkeit frei entfalten, sofern er dadurch die Freiheit des anderen nicht einschränkt
<b>Bürger/-innen</b>	Bürger/-innen haben sich unterzuordnen	Bürger/-innen können und sollen sich durch Wahlen, Abstimmungen und politisches Engagement einmischen
<b>Frauenbild</b>	Frauen haben in erster Linie den Mann zu unterstützen und die Kinder großzuziehen	Frauen entscheiden selbst über ihre Rolle
<b>Grundrechte</b>	Eine Elite entscheidet, welche Freiheiten gewährt werden	Durch das Menschsein besitzt jeder unveräußerliche Grundrechte
<b>Meinungsfreiheit</b>	Überwachung der politischen Gesinnung – Meinungsdictatur	Meinungsfreiheit und öffentliche Diskussionen
<b>Presse</b>	Zensur und keine freie Presse	Pressefreiheit und Kontrolle der Mächtigen
<b>Minderheiten</b>	Minderheiten werden verfolgt	Schutz von Minderheiten durch Grundrechte

# Rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen



Wählen  
einer rechtsextremen Partei

Mitgliedschaft in einer rechtsextremen  
Gruppe oder Organisation

Politische Aktivitäten  
im rechtsextremen Milieu

Straftaten  
mit rechtsextremem Hintergrund



Ein rechtsextremes Weltbild kann einen Menschen in unterschiedlicher Weise beeinflussen. Üblicherweise unterscheiden die Forscher/-innen dabei zwischen rechtsextremen Einstellungen und Verhalten. Diese Unterscheidung bezeichnen sie auch als latenten (im Denken) und manifesten (im Handeln) Rechtsextremismus. Dabei gehen die Einstellungen dem Verhalten voraus. Einstellungen beeinflussen die Wahrnehmung der Wirklichkeit. Wer beispielsweise von einer Straftat eines Migranten hört und rassistisch eingestellt ist, verallgemeinert diese Information und könnte zu dem Ergebnis kommen: Die Ausländer sind allesamt Kriminelle. Diese durch Einstellungen gesteuerte Wirklichkeitswahrnehmung ist deshalb wichtig, weil jeder Mensch so handelt, wie er die Wirklichkeit wahrnimmt. Insofern sind die Einstellungen Grundlage für das Verhalten. Grundlage heißt aber auch, dass rechtsextreme Einstellungen zwar eine Bedingung für rechtsextremes Verhalten sind, gleichwohl sich nicht jeder und jede mit rechtsextremen Einstellungen auch rechtsextrem verhält. Neben den Einstellungen müssen Motiv und Gelegenheit vorliegen. Personen mit rechtsextremen Einstellungen, die in einem demokratisch gefestigten Umfeld leben, werden eher nicht durch rechtsextreme Handlungen auffallen. Zudem ist nur ein Teil der Bürgerinnen und Bürger politisch aktiv. Deswegen verwundert es nicht, dass rechtsextreme Einstellungen wesentlich verbreiteter sind als rechtsextremes Verhalten. Allerdings fallen einige Personen auch durch rechtsextreme Handlungen – wie das Wählen von rechtsextremen und rechten Parteien – auf, ohne dass sie rechtsextreme Einstellungen besitzen. Dabei handelt es sich um ein Protestverhalten, um zum Beispiel die Unzufriedenheit mit der Politik der etablierten Parteien auszudrücken und die Öffentlichkeit zu schockieren.

## Wie tief sind rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft verankert?

Wie hoch der Anteil von Bürgerinnen und Bürgern mit rechtsextremen Einstellungen eingeschätzt wird, hängt auch davon ab, ab wann man bestimmte Einstellungen als rechtsextrem einstuft. Deswegen weisen die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen zum Teil erhebliche Unterschiede auf. Die erste große Studie dazu erstellte das Sinus-Institut 1981 im Auftrag der Bundesregierung. Sie kam zu dem Ergebnis, dass rund 13 Prozent der repräsentativ Befragten ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild aufweisen, ein Weltbild also, das alle wesentlichen rechtsextremen Ideologeelemente aufweist. Eine repräsentative Erhebung im Jahr 2003 durch Forsa im Auftrag einer Forschergruppe am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin ermittelte 16 Prozent mit rechtsextremen Einstellungen in Deutschland. Diese Untersuchung zeigt auch auf, dass rechtsextreme Einstellungen bei Frauen ungefähr so häufig anzutreffen sind wie bei Männern.

Wie verbreitet Einstellungen zu den im rechtsextremen Weltbild angeführten sechs Ideologeelementen sind, haben die Forscher Elmar Brähler und Oliver Decker zwischen 2002 und 2008 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht.

Anhand eines Fragenkatalogs wurde die Zustimmung zu bestimmten einschlägigen Aussagen gemessen. Die überwiegende und die totale Zustimmung (Ankreuzen der letzten beiden Antworten einer 5-er oder 7-er Skala) wurden als Befürwortung aufgefasst. Dabei zeigten sich in Baden-Württemberg (*und im Bund*) folgende Ergebnisse:

- Eine rechtsautoritäre Diktatur befürworten 3,7 Prozent (*5,4 Prozent*).
- Chauvinismus befürworten 14 Prozent (*18,1 Prozent*).
- Ausländerfeindlichkeit befürworten 17,8 Prozent (*24,5 Prozent*).
- Antisemitismus befürworten 13,3 Prozent (*9 Prozent*).
- Sozialdarwinismus befürworten 1,8 Prozent (*4,7 Prozent*).
- Verharmlosung des Nationalsozialismus befürworten 7,2 Prozent (*4 Prozent*).

Diese Erhebung wurde zwischen 2002 und 2008 mehrfach durchgeführt, die Forscher kamen dabei immer wieder zu ähnlichen Ergebnissen. Daraus lässt sich schließen, dass diese Einstellungen über die Jahre relativ stabil sind.

## Von der rechtsextremen Einstellung zum rechtsextremen Handeln

Die Forschung schlüsselt das Verhalten üblicherweise in verschiedene Handlungen auf, die man als Rangfolge darstellt, wobei ein zunehmendes Engagement unterstellt wird:

1. Wählen einer rechtsextremen oder rechtsgerichteten Partei,
2. Mitgliedschaften in rechtsextremen und rechtsgerichteten Organisationen,
3. politische Aktivitäten im rechtsextremen Milieu,
4. Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund.

## Die erste Handlungsebene – Wählen einer rechtsextremen oder rechtsgerichteten Partei

Das Wählen einer rechtsextremen oder rechtsgerichteten Partei ist die erste Handlungsebene. Hier findet noch am ehesten Protestverhalten statt, ohne dass dieses zwangsläufig einen rechtsextremen Hintergrund haben muss. Die Übergänge sind allerdings fließend. Besonders schwierig ist die Einschätzung bei rechtspopulistischen Parteien, die in einer Grau(Braun)-zone zwischen Rechtsextremismus und demokratischem Spektrum agieren, wie in Hamburg die Schill-Partei. Bei den Bundestags- und Europawahlen haben die rechtsextremen Parteien NPD, DVU und die rechtsgerichteten Republikaner seit der Wiedervereinigung zusammen nie 5 Prozent erreicht – maximal gewannen sie 4,1 Prozent, bei der Europawahl 1994. Bei Landtagswahlen hingegen schafften sogar die einzelnen Parteien mehrfach die Überwindung der 5-Prozent-Hürde und damit den Einzug in den Landtag. In Baden-Württemberg gelang dies den Republikanern zweimal. Ferner gewannen rechtsextreme und rechtsgerichtete Parteien immer wieder bei Kommunalwahlen Mandate. Bei der Kommunalwahl 2009 in Baden-Württemberg errangen sie zusammen 4 Mandate. Da auf dieser Ebene keine Sperrklauseln gelten, konnten sie bereits mit wenigen Prozentpunkten Sitze in den kommunalen Parlamenten erringen.

Bei der Bundestagswahl 2009 bekam die NPD allein in Baden-Württemberg 89 204 Erststimmen was knapp 1,6 Prozent entspricht. Die Wahlergebnisse der rechten Parteien stehen meist im Gegensatz zur Akzeptanz ihrer Positionen. So ergab eine Untersuchung des Otto-Suhr-Instituts aus dem Jahr 2003, dass etwa 9 Prozent der Befragten in Deutschland sich vorstellen könnten, rechtsextreme Parteien zu wählen, dies aber nicht tun.

## Die zweite Handlungsebene – Mitgliedschaft in rechtsextremen Organisationen

Die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation signalisiert eine dauerhafte, stabile Bindung und Zustimmung zu den in der Organisation vertretenen Positionen. Während diese Mitgliedschaften bei den Parteien noch relativ leicht zu ermitteln sind, stellt sich dies in der subkulturellen rechtsextremen Jugendszene anders dar. Diese ist ausdrücklich informell organisiert – auch um staatliche Repressionsmaßnahmen zu erschweren. Insofern sind die Angaben der statistischen Erhebung als Trendangaben zu verstehen. Aktuell wird die Anzahl der Mitglieder des gesamten bundesweiten rechten Spektrums von den Behörden auf mehr als 30 000 Mitglieder geschätzt. Hierbei kommt es immer wieder zu Verschiebungen zwischen den Organisationen. Die DVU hat in den vergangenen Jahren erhebliche Verluste zu verzeichnen, während die NPD sowie parteilos organisierte Neonazis, allen voran die sogenannten „Autonomen Nationalisten“, einen deutlichen Zulauf feststellen konnten. Dies zeigt, dass die Anzahl der radikaleren Mitglieder zu-, und die der gemäßigeren abnahm. Ähnlich verlief die Entwicklung in Baden-Württemberg, wo die Anzahl der Mitglieder und Aktiven auf rund 2 700 geschätzt wird und die Jugendszene im bundesweiten Vergleich sehr stark ist, wie zum Beispiel in der rechten Skinheadszenen oder bei der NPD-Parteijugend, den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN).

## Die dritte Handlungsebene – Politische Aktivitäten im rechtsextremen Milieu

Mit politischen Aktivitäten ist jedwede Aktivität gemeint, ob Demonstrationen, Organisation von Infoständen, Betreiben einer Website, Vorsitz eines Kreisverbandes, Schreiben von Leserbriefen oder Ähnliches. Da gerade die rechtsextremen Parteien unter ihren Mitgliedern zahlreiche „Karteileichen“ haben, machen die politisch aktiven Rechtsextremen nur einen Bruchteil der Mitglieder aus, insbesondere bei der DVU. Die neonazistischen Kameradschaften hingegen sind gerade durch Aktionismus geprägt, insofern existieren dort kaum passive Mitglieder. Bei den rechtsextremen Skinheads bezieht sich der Aktivismus eher auf den Besuch von subkulturellen Veranstaltungen wie Konzerten oder „Saufabenden“. Zwar handelt es sich dabei nicht um politische Aktivitäten im engeren Sinne, jedoch stärken diese das Zusammengehörigkeitsgefühl der Szene. Verlässliche Zahlen existieren nur für einzelne Aktivitäten. So fanden im Jahr 2008 laut Verfassungsschutzbericht bundesweit 155 angemeldete neonazistische Demonstrationen statt, gut die Hälfte von der NPD angemeldet. Laut dem Landesverfas-

schutzbericht 2008 fanden davon 12 Demonstrationen in Baden-Württemberg statt. Die Teilnehmerzahlen schwankten hierbei zwischen Veranstaltungen mit weniger als zwanzig Leuten bis hin zu Veranstaltungen mit bis zu 6 000 Teilnehmern aus ganz Europa, wie bei dem sich alljährlich im Februar wiederholenden „Trauermarsch“ in Dresden. In Baden-Württemberg fand die größte Demonstration von Rechtsextremen am 1. Mai 2008 mit ca. 1 000 Teilnehmern statt. 2009 marschierten zum 1. Mai alleine in Ulm 700 Rechtsextreme aus dem süddeutschen Raum auf. (Quelle: Angabe des Polizeipräsidiums Ulm)

## Die vierte Handlungsebene – Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund

Im Jahr 2008 zählte das Bundesinnenministerium bundesweit 19 894 rechtsextrem motivierte Straftaten. 2007 waren es noch 17 176 Straftaten. Auch die Zahl der Gewalttaten ist gestiegen. Im Jahr 2007 waren es noch 980, 2008 bereits 1 042. Im Jahr 2007 verzeichnete man in Baden-Württemberg 1 062 Straftaten, ein Jahr später 1 209. Die rechtsextremen Gewalttaten sanken von 78 in 2007 auf 56 in 2008. Obwohl bundesweit seit einigen Jahren eine Zunahme gezielter Aktionen gegen politische Gegner/-innen zu beobachten ist, sind die Gewalttaten insgesamt nur in seltenen Fällen geplante Aktionen. In der Regel verüben sie kleine Gruppen, die nicht dem organisierten Rechtsextremismus angehören und häufig unter Alkoholeinfluss stehen. Auch wenn auf der Handlungsebene zwischen legalen und illegalen Aktivitäten unterschieden werden kann, sei darauf hingewiesen, dass eine Trennung in nicht gewalttätige – und damit vermeintlich harmlose – und gewalttätige Rechtsextreme den ideologischen Zusammenhang außer Acht lässt. Denn die Missachtung der Menschenwürde ist elementarer Bestandteil des Rechtsextremismus. Insofern sind die gewalttätigen Rechtsextremen „Vollstrecker“ der auch von den nicht-militanten Rechtsextremen geteilten Ideologie. Die Behörden gehen davon aus, dass fast ein Drittel aller Personen des rechtsextremen Spektrums gewaltbereit sind.



# Rechte Aktivitäten und Wahlergebnisse in Baden-Württemberg

Rechtsextremismus in Baden-Württemberg hat viele Gesichter: Von der Arbeit rechtsextremer und rechtsgerichteter Parteien, die Wählerinnen und Wähler für sich zu mobilisieren versuchen, über rechte Musikvertriebe, Zeitschriften und Bildungs-

einrichtungen bis hin zu Organisationen und Subkulturen der rechten Szene, die auch Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen einsetzen.



Der 20 Jahre alte Tim Maier war mit mit Freunden ausländischer Herkunft unterwegs. Nach einer Auseinandersetzung mit einem ehemaligen NPD-Mitglied wurde er von diesem erstochen.

Am 20. Dezember 2003 wurden die drei jugendlichen Aussiedler Aleksander S. (17), Viktor F. (15) und Waldemar I. (16) von einem bekanntem Rechtsextremen, nach einem Wortgefecht in Heidenheim erstochen.

Der Russlanddeutsche Arthur Lampel bekam auf einem Fest in Bräunlingen von einem rechten Skinhead ein Bierglas an den Kopf geworfen. Er verstarb, weil ein Splitter in die Halsschlagader eindrang.

Der 44-jährige Werner Weickum wird am 19. Juli 1996 am Bahnhof von Eppingen von einer rechten Jugendbande überfallen, ausgeraubt und zu Tode geprügelt.

Der 56-jährige Kosovo-Albaner Sadri Berisha wird am 8. Juli 1992 in Ostfildern-Kemnat von rechten Skinheads mit einem Baseballschläger erschlagen, nachdem diese sich Hitler-Reden anhörten und danach in seine Wohnung eindrangen.

In der Nacht zum 17. Juni 1991 wird der Angolaner Agostinho Comboio in Friedrichshafen von einem Rechtsextremen verprügelt und erstochen.

Quelle: [www.Opfer-rechter-Gewalt.de](http://www.Opfer-rechter-Gewalt.de)

Die hier aufgeführten Aktivitäten (Stand 2009) haben beispielhaften Charakter und können aufgrund der sich schnell ändernden Szene nicht den Anspruch auf dauerhafte Aktualität erfüllen.



# Gewalt als Kitt für den Zusammenhalt der rechten Szene

Ein Beitrag von Christoph Ruf

**In Freiburg hat es die rechte Szene schwer. Eine wachsame, linksliberale Öffentlichkeit und mehrere engagierte Antifagruppen sorgen dafür, dass offene Neonazi-Strukturen erst gar nicht entstehen können. Dieser Umstand, der Migranten, Homosexuellen, alternativen Jugendlichen und anderen Menschen, die nicht in das enge Weltbild der Fanatiker passen, ein Leben ohne Angst beschert, ist den Rechten selbst ein Dorn im Auge:**

*„Freiburg ist bislang noch unser Sorgenkind“, hieß es Ende August vergangenen Jahres auf der rechtsextremen Internetplattform „Altermedia“ [...] „Wir müssen hier weitaus entschlossener und zielstrebig vorgehen als dies in der Vergangenheit der Fall war. [...] Ein Sturmgewehr im Schrank ist völliger Blödsinn – viel zu schwer und zu auffällig. Armee- und Polizeipistolen sind viel effektiver und von Laien auch ohne intensive Schießausbildung nach kurzer Einweisung passabel zu bedienen.“<sup>1a</sup>*

Das linke Veranstaltungszentrum KTS sei ein lohnendes Ziel, hieß es weiter. Kurz darauf wurde am 9. September 2009 tatsächlich ein Brandanschlag auf die KTS verübt.

Der Anschlag war wohl nicht zuletzt ein Racheakt für die kurzzeitige Inhaftierung des JN-Stützpunktleiters von Lörrach. Zwei Wochen zuvor war Thomas B. aus Weil am Rhein festgenommen worden. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bereits genügend Chemikalien, Zünder etc. beisammen, um damit hochexplosive Bomben bauen zu können. Er hatte wohl auch schon ein Ziel ausgemacht: Die Freiburger KTS.

Seit dem 27. August 2009, dem Tag der Festnahme Bs., ist erstmals auch einer breiten Öffentlichkeit bewusst geworden, dass in Baden-Württemberg eine gewalttätige rechtsextreme Szene agiert, die offenbar vor nichts zurückschreckt.

## Ausmaße rechter Gewalt in Baden-Württemberg

Nicht nur qualitativ scheint mit den Vorbereitungen zu einem Sprengstoffanschlag eine neue Dimension erreicht. Auch die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten hat sich in Baden-Württemberg weiter erhöht. Die Behörden registrierten anno 2008 1209 Fälle – 167 mehr als im Jahr zuvor. Der Höchstwert aus dem Jahr 2006 ist damit in Reichweite. Diese Summe hat allerdings auch eine erfreuliche Komponente. So ist die Zahl der registrierten Gewalttaten zurückgegangen; von 78 (2007) auf 56 (2008). Das dürfte allerdings nicht auf eine etwaige gesunkene Militanz der Szene zurückzuführen sein, sondern primär auf den Umstand, dass die Szene 2008 aufgrund eines Strategiewechsels deutlich weniger öffentliche Aufmärsche und Demonstrationen angemeldet hat als in den Jahren zuvor. Dementsprechend reduzierte sich naturgemäß die Zahl gewalttätiger Zusammenstöße mit Gegendemonstranten. Doch auch fernab der Aufmärsche stellte die Szene ihre Gewaltbereitschaft auf erschreckende Art und Weise unter Beweis. Gewalt ist für die rechte Szene konstitutiv, sie gehört zur Corporate Identity – zunächst einmal habituell.

## Gewalttätige Übergriffe durch Rechtsextreme – eine Auswahl<sup>2</sup>:

### Biberach, 25. Januar 2009

*Am Morgen des 25. Januar wurden ein 17- und ein 23-jähriger Punk von vier Neonazis grundlos attackiert. Auf den 23-Jährigen wurde mit einem Metallrohr eingeschlagen. Außerdem erhielt er Faustschläge und Fußtritte. Das Opfer musste mit stark blutenden Kopfverletzungen mehrere Tage stationär in einer Klinik verbringen. Das jüngere Opfer kam mit leichteren Verletzungen davon.*

(Schwäbische Zeitung v. 7. März 2009)

### Weinheim, 27.03.2009

*Acht junge mit Sturmhauben verummte Männer haben am Abend des 27. März Schüler, die auf dem Weg zu einer alternativen Kneipe unterwegs waren, nach einer verbalen Auseinandersetzung angegriffen und zum Teil verletzt. Zum Einsatz kamen unter anderem ein Teleskopschlagstock, eine Holzlatte, ein Metallrohr und fliegende Bierflaschen. Zwei Opfer erlitten Schürfwunden, Hämatome, Prellungen und Platzwunden.*

(Rheinpfalz v. 9. April 2009)

### Pforzheim, 16.05.2009

*Am Abend des 16. Mai wurde in Pforzheim ein dunkelhäutiger Jugendlicher von drei Skins attackiert. Ein Täter schlug dem 14-jährigen Opfer von hinten mit der Faust ins Genick. Einer der Täter soll der Anführer des „Heidnischen Sturms Pforzheim“ sein.*

(Pforzheimer Zeitung v. 19. Mai 2009 und v. 30. Mai 2009)

### Ravensburg/Baden-Württemberg 11.09.2009

*Fünf polizeibekannte junge Neonazis haben am 11. September in Ravensburg bei zwei Übergriffen vier junge Leute mit Schlägen und Flaschenwürfen verletzt. Ein 17-jähriges Mädchen erlitt eine Platzwunde am Kopf.*

(AP v. 18. September 2009)

## Politische Funktion der Gewalt

Werwölfe, Pitbulls mit gefletschten Zähnen, allerlei Waffen, Slogans wie „Rotfront, verrecke“ bis „Run, Nigger, run“ – die Ästhetik der in der Szene favorisierten Shirts vermarktet Aggression. Gleiches gilt selbstredend für die Musik: Die Texte der wichtigsten Szenegrößen kreisen geradezu pathologisch um das Thema Gewalt, mittels derer „die Ausländer“, „Schwule“, „Neger“, „Juden“, der politische Gegner („Zecken“) und letztlich „das System“ zu rechnen hätten. Wer sich den Rechten und ihren Barden entgegenstellt – das ist der Tenor eines Großteils der Songs – muss mit allem rechnen.

Mit der NPD hat die mit Abstand radikalste rechtsextreme Partei als faktisches Sammelbecken der Szene überlebt. Auch das ist keine gute Nachricht für Demokraten. Nach der fortschreitenden Erosion der Republikaner, die im Südwesten allerdings bei allem Schwund noch vergleichsweise stark sind und



dem faktischen Ende der Deutschen Volks Union (DVU) ist die NPD die mit Abstand militanteste rechtsextreme Partei, auch in Baden-Württemberg die unangefochtene Führerin im rechten Lager. Das hat Folgen – nicht nur an der Wahlurne, sondern in dem Bereich, den NPD-Strategen als „vopolitischen Raum“ bezeichnen.

Unter ihrem Vorsitzenden Udo Voigt hat sich die NPD zusehends von einer Partei klassischen Typs zu einer „*Bewegung des nationalen Widerstandes*“ gewandelt, wie Voigt selbst formuliert. Trotz mancher Streitigkeiten und der Tatsache, viele lose organisierte Rechtsextreme die NPD mit Skepsis beäugen, ist der von Voigt ausgerufene Schulterschluss mit der gewaltbereiten Kameradschaftsszene noch ziemlich intakt. So übernehmen Kameradschaftsaktivisten nicht nur wichtige Funktionen (Saalschutz, Wahlkampf), sie erledigen auch auf der Straße das Geschäft der Partei, die dabei nur eine Sorge hat: Dass der Parteiname mit Gewalttaten in Verbindung gebracht werden kann.

### Das „Vier-Säulen-Modell“

Ziel der NPD ist es, an mehreren Fronten parallel zu agieren („Vier-Säulen-Modell“): Den Kampf um die Parlamente, den Kampf um die Köpfe und den Kampf um die Straße zu gewinnen. Die NPD versteht sich als „nationalrevolutionäre“ Formation, nicht als klassische Wahlpartei. Seit Ende 2004 ist eine vierte „Säule“ hinzugekommen, der „Kampf um den organisierten Willen“.

Der „Kampf um die Straße“ bezieht sich in offiziellen Verlautbarungen der Partei auf die Ausrichtung von Demonstrationen und Aufmärschen. De facto ist damit aber weit mehr gemeint. Man strebt die Hegemonie für die eigenen Themen an, die Schaffung rechtsfreier Räume, in denen die rechtsextreme Szene ihre eigenen Gesetze schafft und durchsetzt. In ausgewählten Gebieten hat sich die Partei vorgenommen, eine Parallelgesellschaft zu formen, in der nicht mehr die Gesetze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung das Zusammenleben der Menschen bestimmen. In ihren Hochburgen, beispielsweise in Ostsachsen oder Vorpommern ist der rechte Lifestyle nicht zuletzt aufgrund massiver physischer Gewalt schon dominant („National Befreite Zone“). In Baden-Württemberg, wo die Bewegung in manchen Regionen weitgehend inexistent, in anderen wiederum gut vernetzt ist, ist es das Ziel, den eigenen Status auszubauen. Ziel ist auch hier die Schaffung rechtsfreier Räume, in denen das rechtsextreme Weltbild der JN, nicht das des Grundgesetzes, das Zusammenleben der Menschen prägt (siehe Seite 26/27).

### Wortergreifung

Ebenfalls im Zusammenhang mit dem „Vier-Säulen-Modell“ ist die so genannte „Wortergreifungsstrategie“ zu sehen, die bereits 2003 entwickelt wurde. NPD-Parteichef Udo Voigt fordert seine Kameraden seither immer wieder dazu auf, Veranstaltungen des politischen Gegners zu unterwandern: *„Drängen wir ihnen unsere Gedanken auf, ja zwingen wir sie dazu, sich mit uns, unseren Forderungen und Zielsetzungen zu beschäftigen.“*<sup>3</sup>

Die Strategie ist nicht unlogisch: Da Gegendemonstranten regelmäßig die Durchführung ihrer Veranstaltungen behindern und der klammen Partei zunehmend das Geld für eigene Vorträge fehlt, sollen die NPD-Anhänger Treffen des politischen Gegners besuchen und Thema und Diskussion in ihrem Sinne beeinflussen. Auch so könne man auf die eigenen Themen aufmerksam machen und neue Sympathisanten gewinnen (siehe Seite 29).

In Baden-Württemberg kam es im vergangenen Jahr allein bei Aufklärungsveranstaltungen des Rechtsextremismusexperten der SPD-Landtagsfraktion, Stephan Braun, zweimal zu massiven Störungen durch Rechtsextreme, die versuchten, seinen Veranstaltungen ihren Stempel aufzudrücken. Bei Veranstaltungen in Waiblingen und Böblingen fanden sich 40 bzw. 15 Sympathisanten der rechten Szene ein.

### Akteure

Auch nach Angaben des Landesverfassungsschutzes hat sich die Anzahl der Neonazis im Lande noch einmal erhöht. Offiziellen Angaben zufolge sind in Baden-Württemberg 400 Personen (2007: 340, bundesweit 4 800 [4 400]) der neonazistischen Szene zuzurechnen. Die Anzahl autonomer Nationalisten darunter liege bei 100, heißt es in der Antwort auf eine kleine Anfrage von Stephan Braun (MdB) – eine extrem defensive Schätzung. In der gleichen Antwort werden für Baden-Württemberg 18 „neonazistische Kameradschaften“ aufgezählt, darunter elf, die der Autonomen-Nationalisten-Szene zuzurechnen seien. Die Szene gilt auch dem Landesverfassungsschutz als extrem gewaltbereit – auch gegenüber der Polizei.

### „Die politischen Soldaten“ der JN

*„Der politische Raum außerhalb des Parlaments braucht eine strukturierte Kampfformation, denn das Parlament ist uns nicht genug und darf es auch nicht werden.“*

(Michael Schäfer, Bundesvorsitzender der JN und Matthias Gärtner, JN-Schulungsleiter: „Die organisierte Volksfront“, zitiert nach: Der rechte Rand, Dez. 2009)

Bemerkenswert ist die relative Stärke des baden-württembergischen JN-Landesverbandes. Er konnte personell im Jahr 2008 wiederum von etwa 90 (2007; 2006: circa 60) auf rund 110 Mitglieder zulegen. Damit wohnt jedes vierte JN-Mitglied im Südwesten. Die mittlerweile 13 Stützpunkte dieser extrem radikalen, aktivistischen Gruppierung sind teils funktionsfähig, teils bestehen sie weitgehend als leere Hülle.

Die JN in Baden-Württemberg sind – bei allen Streitigkeiten auch innerhalb der Subszene – für alle Unterfamilien der militanten rechtsextremen Szene (Nazi-Skinheads, Autonome Nationalisten, Freie Kräfte) grundsätzlich ein Bündnispartner. Auch das ist in anderen Bundesländern nicht der Fall.

Der Aufschwung der JN steht in engem Zusammenhang mit ihrer Radikalisierung. Unter der Ägide ihres Bundesvorsitzenden Michael Schäfer aus Sachsen-Anhalt, einem Kameradschaftsaktivisten, gelang den JN der Schulterschluss mit den lose organisierten, meist offen neonazistischen Aktivistenverbänden der Rechtsextremen, denen die Inhalte und die

Organisationsform der JN zu Pass kommen. So spricht Schäfer stets von den JN als „Bewegung“. Was ihm vorschwebt, ist keine Partei im klassischen Sinne, sondern eine Organisation, *„in der man Gemeinschaft wirklich lebt, eben ein höheres Ideal“*.

Dass dieses „Ideal“ keine Beitragszahler erfordert, sondern das, was die JN recht unverhohlen als „politischen Soldaten“ klassifiziert, liegt auf der Hand, wie es denkbar unverklausuliert im Internetauftritt heißt:

*„Die Aktivisten streben danach, das Leitlied (sic) des politischen Soldaten zu verkörpern. Der politische Soldat ist der Mensch, der von seinen Idealen angetrieben wird, der unzweideutig handelt, wenn es gilt unseren politischen Auftrag tapfer zu erkämpfen. Niemals in der europäischen Geschichte war die Notwendigkeit ganzer Bataillone politischer Soldaten entscheidend wie heute. Für ein Engagement in unserer nationalistischen Bewegung ist der hundertprozentige politische Aktivismus unabdingbare Voraussetzung.“*

Darauf, dass diese Maxime in Baden-Württemberg haargenau umgesetzt wird, achten die beiden starken Figuren innerhalb der aufstrebenden baden-württembergischen JN-Formation. Lars Gold aus Schwäbisch Hall und Alexander Neidlein aus Crailsheim, der als Landesgeschäftsführer und stellvertretender Vorsitzender fungiert. Gold bezeichnet die Zusammenarbeit mit den „Freien Kräften“ als *„in Baden-Württemberg durchwegs gut. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern klären wir die Probleme miteinander und nicht über Spaltermedia (das Portal Altermedia, d. Verf.) oder andere Dritte, die sich daran ergötzen, wie sich das Nationale Lager zerfleischt.“*<sup>4</sup>

Dass der wegen Postraubs verurteilte Neidlein, der auch stellvertretender Bundesvorsitzender der JN ist, als ehemaliger Kroatien-Söldner durchaus das Leitbild des „politischen Soldaten“ verkörpert, darf vermutet werden. Nach Informationen der Journalistin Andrea Röpke wohnte Neidlein bis vor kurzem in der ehemaligen Landesgeschäftsstelle in Rosenberg-Hohenberg, nun in einem ehemaligen Motorradclub in Elpersheim (Main-Tauber-Kreis).<sup>5</sup>

Die JN sagen an vielen Stellen völlig unverblümt, was ihnen vorschwebt. Nicht mehr und nicht weniger als eine national-sozialistische Revolution: Neidlein, der als eine der Führungsfiguren der baden-württembergischen Rechtsextremen gilt, sagte 2006 auf einem Kongress des baden-württembergischen Landesverbandes:

*„Nationalismus heißt Revolution. Und unsere Revolution findet im 21. Jahrhundert statt. Unsere Revolution ist keine kleine Veränderung, sondern wir müssen uns ein komplett anderes politisches System erkämpfen.“* Der *„bedingungslose Wille, dieses kranke System auf die Müllhalde der Geschichte zu katapultieren“*, werde die JN immer weiter voranbringen.

Noch schadet es ihrem Ansehen, wenn sie als Organisation mit Straftaten wie Körperverletzung in Verbindung gebracht werden. Es ist deshalb nicht nur eine taktisch motivierte Aussage, wenn der stellvertretende JN-Chef Philipp Valenta mit treuem Augenaufschlag zur Gewalttätigkeit seiner Organisation bekundet: *„Wir achten wirklich peinlichst darauf, dass so*

*etwas nicht passiert, wir würden uns damit nur selbst schaden.“* Die JN arbeiten auf den Tag hin, an dem ihre Positionen mehrheitsfähig werden. Darüber, wie sie dann mit ihren Gegnern verfahren, sollte man sich keine Illusionen machen. Insofern hat B., der Stützpunktleiter aus Lörrach, den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht.

- 1 zitiert nach <http://npgd-blog.info/2009/09/09/racheak-von-neonazis-brandanschlag-auf-autonomes-zentrum-in-freiburg>
- 2 zitiert nach Anton Maegerle, Rechte Gewalt in Deutschland, 2009, eine Chronik. Hrsg. von: Bildungsvereinigung Arbeit und Leben, Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt
- 3 alle Zitate, die nicht anderweitig gekennzeichnet sind, aus, Christoph Ruf/Olaf Sundermeyer: In der NPd, Reisen in die National Befreite Zone, BSR, München, 2009
- 4 <http://nidinfo.wordpress.com/2009/05/20/lars-gold-jn-landesvorsitzender-von-baden-wuerttemberg-im-gesprach>
- 5 „Kampfgemeinschaft“, Die Jungen Nationaldemokraten in Baden-Württemberg sind völkisch-national geprägt – in ihren Reihen findet sich auch ein mutmaßlicher Bombenbauer. In „Blick nach rechts“, 8.10.2009

# Ursachen des Rechtsextremismus und Gegenstrategien

Die Soziologen Erwin K. Scheuch und Hans-Dieter Klingemann haben in den 1960er Jahren Rechtsextremismus als eine „normale Pathologie moderner Industriegesellschaften“ bezeichnet. Dies wird manchmal fälschlicherweise so verstanden, dass man gegen etwas, was normal sei, nichts machen könne und auch nichts zu machen brauche. Der Vergleich von mehreren Ländern hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen zeigt jedoch, dass es zwar in allen Ländern Rechtsextremismus gibt, das Niveau sich jedoch gravierend unterscheidet. Daraus folgt, dass kein „normales“ Verbreitungsniveau existiert und man dieses Niveau beeinflussen kann.

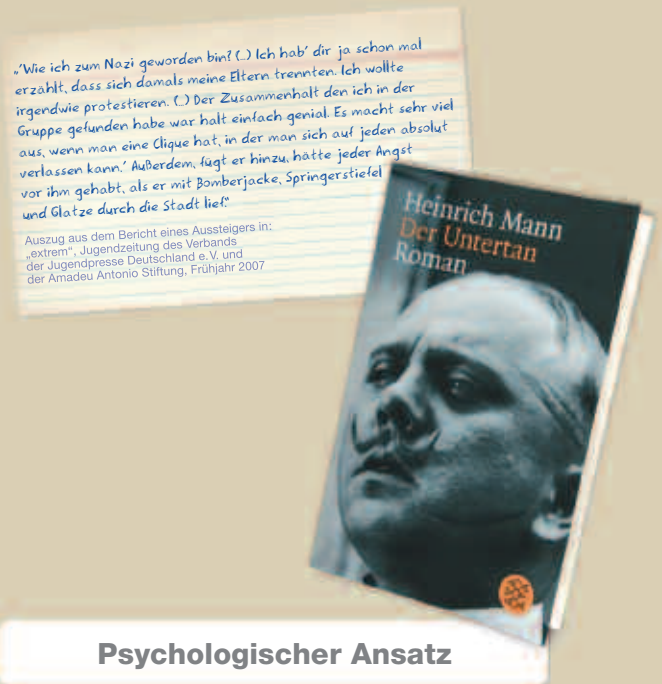
Die Neigung zu Straftaten wird oftmals gesondert von den rechtsextremen Einstellungen untersucht. Während es bei Straftaten um die Motive der Täter und Täterinnen im rechtsextremen Milieu geht und Hintergründe für die Taten gesucht werden, sind Ursachen für rechtsextreme Einstellungen oft sehr viel schwieriger zu ermitteln. Das gilt insbesondere, wenn die Einstellungen nur subtil in Erscheinung treten und eine Ursachenforschung zugleich mit dem Wunsch nach einer konstruktiven Handhabung verbunden ist. Beim „heilenden“ Umgang mit rechtsextremen Einstellungen konkurrieren mehrere Ansätze miteinander, wobei diese sich nicht ausschließen, sondern vielmehr ergänzen.

## Zunehmende Enthemmung in Bezug auf die Gewaltbereitschaft der Täter

Eine Untersuchung aus den Jahren 1991 bis 1993 stellte im Hinblick auf Tatverdächtige und Tätermerkmale von rechtsextremen Straftaten fest, dass 36 Prozent der Verdächtigen unter 18 Jahre, über 75 Prozent 20 Jahre und jünger und insgesamt 90 Prozent jünger als 25 Jahre sind. Die Studie der Trierer Forschungsgruppe um Helmut Willems offenbarte auch, dass die Straftaten zu 90 Prozent von jungen Männern verübt wurden.

Die Tendenz der empirischen Daten bestätigte 1997 eine Wiederholungsstudie des „Deutschen Jugendinstituts“. Als unmittelbarer Urheber von fremdenfeindlichen Taten machen die Sozialforscher größtenteils erneut kleinere Gruppen von jüngeren Männern aus. In ihren Untersuchungen stellte die Sozialwissenschaftlerin Renate Bitzan fest: „Wenn Frauen an gewalttätigen Aktionen teilnehmen, so tun sie das in der Regel aus gemischten Gruppen heraus.“ Einige würden selbst handgreiflich, andere unterstützen ihre männlichen Komplizen durch Zurufe und Klatschen – eine Anfeuerung, die die Männer aufstacheln kann, jetzt erst recht „richtig reinzuhauen“ oder „voll zuzutreten“.

Um die Gewaltbereitschaft zu erklären, wird oft auf die soziale Situation und/oder die individuelle Biographie hingewiesen. Doch Automatismen wie „schlechte Kindheit gleich fieser Nazischläger“ sind zu einfach. Eine Untersuchung von 1400 Fällen ergab, dass nur wenige Täter zur Tatzeit familiäre oder berufliche Sorgen hatten. Die meisten aktenkundigen Täter waren Schüler, Auszubildende, Facharbeiter und Wehrpflichtige. Seit Anfang der 1990er Jahre zeigen Untersuchungen



**Psychologischer Ansatz**



**Soziologischer Ansatz**



**Politikwissenschaftlicher Ansatz**

der Polizei immer wieder: Bis zu der ersten Tat waren die Täter unauffällige Mitschüler oder Nachbarsjungen. Die meisten fremdenfeindlichen Gewalttaten werden von Tätern mit niedrigem bis mittlerem Bildungsabschluss verübt oder von Auszubildenden. Dabei beobachten Kriminologie und Staatsschutz eine zunehmende Enthemmung in Bezug auf die Gewaltbereitschaft. Der Angegriffene wird im Verlauf der Auseinandersetzung immer weniger als menschliches Wesen wahrgenommen.

## Verschiedene Erklärungsansätze zu rechtsextremen Einstellungen

**Der sozialpsychologische Ansatz** bezieht sich auf den „autoritären Charakter“. Hier wird die Persönlichkeit des einzelnen Menschen und dessen Entwicklung im Kontext moderner Industriestaaten in den Mittelpunkt gestellt. Demnach kann ein schlechtes Verhältnis zu den Eltern und fehlendes Selbstvertrauen eine Neigung zu autoritären Einstellungen fördern. Dies äußert sich in einer Anlehnung an Starke und Mächtige sowie in aggressivem Verhalten gegenüber Schwachen und Minderheiten. Eine solche Persönlichkeitsstruktur führt zwar nicht zwangsläufig zu einer rechtsextremen Einstellung, macht einen Menschen aber für diese empfänglich.

Für die Prävention heißt das, im Einzelfall das Selbstwertgefühl zu stärken. Dazu zählen Maßnahmen, die die Anerkennung des Einzelnen fördern oder Verhaltenstrainings, die das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten auf- und Ängste abbauen.

**Der soziologische Ansatz** stellt nicht den Einzelnen mit seinen Einstellungen in den Vordergrund, sondern befasst sich mit dem gesellschaftlichen Umfeld. Abnehmender Zusammenhalt von Familien und Freundeskreisen sowie nachlassende Bindungen an gesellschaftliche Milieus, wie Arbeiterschaft oder Kirchengemeinden, führen bei manchen Menschen zu Vereinzelung und Verunsicherung. Die Suche nach Ersatzidentitäten und Anerkennung führt bei einigen dazu, sich einer vermeintlich starken Gruppe, wie Rechtsextremen, anzuschließen. Welche Identitätsangebote die Jugendlichen annehmen, hängt auch von den Alternativen in ihrem Umfeld ab. Demzufolge kann Rechtsextremismus eine Reaktion auf mangelnde Integration und Anerkennung durch die Gesellschaft sein.

Als weitere Ursache wird in der Soziologie gesellschaftliche Modernisierung genannt. Von den wirtschaftlichen Entwicklungen profitieren Menschen in einigen Regionen, Branchen und Berufsgruppen, während andere zu den Verlierern zählen. Das heißt jedoch nicht, dass die „Verlierer“ zwangsläufig arbeitslos oder von Armut bedroht sein müssen. Sie sehen jedoch ihre Leistungen und Qualifikationen entwertet, Andere an sich vorbeiziehen und ihre eigenen Sicherheiten gefährdet. Die Problemlagen dieser Modernisierungsverlierer gehen mit Frustrationen und Ängsten einher, die für einfache Erklärungsmuster wie beispielsweise „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“ oder „Die Politiker stecken nur in die eigene Tasche, tun aber nichts für uns“ empfänglich machen.

Prävention bedeutet in diesem Zusammenhang, einen Beitrag zum sozialen Frieden zu leisten, indem man die Risiken der Individualisierung und Modernisierung durch sozialstaatli-

che Politik abfedert und Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration ergreift. Dazu gehört mit Blick auf Jugendliche an vorderster Stelle die Bereitstellung von genügend Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie gezielte Jugendarbeit. Gesellschaftspolitisch ist eine Debatte über moderne Solidarität notwendig, die zum Ziel hat, Alternativen zwischen der individuellen, auf Leistung beruhenden Identität einerseits und kollektiven Identität andererseits aufzuzeigen.

**Der politikwissenschaftliche Ansatz** konzentriert sich auf die politische Kultur einer Gesellschaft. Dazu gehören dann Forschungsprojekte, die zum Beispiel zu klären versuchen, ab wann und aus welchen Beweggründen jemand bereit ist, eine rechtsextreme Partei zu wählen. Dass etwa Arbeitslosigkeit einer von vielen Gründen sein kann, aus denen Menschen sich rechtsextremen Ideologien zuwenden, ist eine politikwissenschaftliche These. Es wird auch untersucht, welche Rolle politische Eliten spielen und inwiefern andere öffentliche Personen oder Berühmtheiten Einfluss auf die Gesellschaft nehmen. Auch historische Erfahrungen einer Gesellschaft werden in die Betrachtung mit einbezogen. Kriegerische Auseinandersetzungen in der Vergangenheit spielen z. B. eine Rolle bei der Frage, welche Lösungen für politische Probleme in einem Land gesehen werden. Allerdings geschieht die konkrete Vermittlung von Einstellungen und Sichtweisen meist in zwischenmenschlichen Beziehungen, also vor allem über Eltern und Freundeskreise. Insofern trägt jede und jeder Verantwortung für eine gelebte Demokratie.

Die entsprechende Präventionsstrategie setzt deswegen auf Erziehung und Bildung, um das Engagement für die Achtung der Menschenwürde und für Demokratie in der Mitte der Gesellschaft zu stärken. Diese Strategie zielt insbesondere auf Jugendliche ab, da sich bei ihnen das politische Bewusstsein gerade herausbildet. Als Mittel stehen dazu die politische Bildung und eine Ausweitung von Partizipation im Vordergrund. Letztere wird sogar als eine Form von politischer Bildung angesehen, im Sinne von „learning by doing“. Denn die Erfahrungen, die man durch Teilhabe und Mitwirkung an politischen Prozessen sammelt, festigen in der Regel demokratische Einstellungen und Handlungsbereitschaften. Zugleich wird man misstrauisch gegenüber vermeintlich einfachen Lösungen für komplexe Probleme. Teilhabe bezieht sich dabei nicht nur auf den Staat, sondern auf jegliche soziale Organisation, in der Konflikte durch das Zusammenleben entstehen: Gemeinden, Betriebe, Schulen, Vereine etc.



## Die Vier-Säulen-Strategie der NPD

### Kampf um die Köpfe

### Kampf um die Straße

### Kampf um die Parlamente

### Kampf um den organisierten Willen

#### „Wortergreifungsstrategie“

Rechtsextreme melden sich in öffentlichen Diskussionen zu Wort und möchten die anderen Anwesenden zwingen, sich mit ihren rechtsextremen Positionen auseinander zu setzen. Das ist ein Mittel der Selbstinszenierung der extremen Rechten, aber auch eine Möglichkeit, ungefragt rechtsextremes Gedankengut zu verbreiten.

„Ich bin kein großer Anhänger dieser Form des Parlamentarismus. Aber das macht man so, dass man da reingeht und provoziert mit Präzision. Dann werden Sie sehen, wie diese ganzen Viren, diese Parasiten, wach werden, dann sehen die, dass die Axt kommt, dass man das bis aufs Gesunde herausseziert. Das ist die Aufgabe eines nationalen Menschen.“

Udo Pastörs, NPD Mecklenburg-Vorpommern

#### Erinnerungen werden wach

1928 erklärte Joseph Goebbels, der spätere Reichspropagandaminister: „Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. [...] Wenn die Demokratie so dumm ist, uns

für diesen Bären dienst Freifahrten und Diäten zu geben, so ist das ihre Sache. [...] Uns ist jedes gesetzliche Mittel recht, den Zustand von heute zu revolutionieren. [...] Wir kommen als Feinde! Wie der Wolf in die Schafherde einbricht, so kommen wir.“

Joseph Goebbels, in der NSDAP-Zeitschrift „Der Angriff“, 30.04.1928

## Rechtsextreme und rechtsgerichtete Parteien und Wählerinitiativen

### Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands – die aktivste rechtsextreme Partei

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist die älteste der derzeit aktiven rechtsextremen Parteien. Sie wurde 1964 gegründet und ist heute zwar nicht die mitgliederstärkste, aber die aktivste rechtsextreme Partei. In den ersten Jahren ihres Bestehens gelang ihr der Einzug in sieben Landtage. Nachdem die Partei bei der Bundestagswahl 1969 mit 4,3 Prozent der Stimmen knapp an der 5-Prozent-Hürde gescheitert war, verschärften sich die internen Streitigkeiten und die NPD versank für über zwei Jahrzehnte in der Bedeutungslosigkeit.

Erst als 1996 der noch heute amtierende Bundesvorsitzende Udo Voigt die Parteiführung übernahm, erholte sich die Partei und gewann an Einfluss. Sie suchte zunehmend die Nähe und Zusammenarbeit mit der neonazistischen Szene, stärkte ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) und setzte auf eine bessere Vernetzung durch das Internet. Dies schlug sich dann in punktuellen Kooperationen nieder, etwa bei gemeinsamen Veranstaltungen von NPD und nicht-parteilich organisierten Neonazis, die sich gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Die Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ richteten.

Inhaltlich profiliert sich die NPD mehr und mehr über soziale Themen, die sie freilich weiterhin nationalistisch interpretiert. Dieser „deutsche Sozialismus“ zielt nicht etwa auf die „Diktatur des Proletariats“, sondern auf eine „Diktatur der Volksgenossen“ ab. So schreibt die NPD 2006 in ihrer Argumentationshilfe für Funktionäre: „*Deshalb sind ausländische Arbeitsplatzdiebe und Sozialschnorrer auszuweisen, um Deutsche wieder in Lohn und Brot zu bringen und den Sozialstaat sichern zu können.*“

Dieser autoritäre, fremdenfeindliche „Lösungsvorschlag“ beachtet weder Menschenrechte noch andere demokratische Grundsätze. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn etwas weiter im Text kritisieren die Autoren unverhohlen die entsprechenden Bestimmungen des Grundgesetzes: „[...] *die Grundrechtsbestimmungen [des Grundgesetzes] tiefen vor Menschenrechtstümelei und stellen Deutsche im eigenen Land de facto mit Ausländern gleich, und das Grundgesetz hat einem gemeinwohlschädigenden Individualismus und Parteienregime den Weg geebnet.*“

Unterbrochen wurde der Aufschwung der NPD 2001 durch den Verbotsantrag von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht. Als Begründung führten die Antragsteller zum einen die aktiv-kämpferische Grundhaltung gegen die freiheitliche demokratische Grund-

ordnung sowie die Wesensverwandtschaft mit der NSDAP an. Das Bundesverfassungsgericht stellte das Verfahren aus formalen Gründen ein, weil eine größere Zahl von Vertrauenspersonen (auch V-Männer bzw. V-Personen) des Verfassungsschutzes seit längerem in der Partei Funktionen einnahmen. Die ablehnenden Richter argumentierten, dass man nicht mehr unterscheiden könne, welche Aktivitäten auf die NPD und welche auf die Verfassungsschutzämter zurückzuführen seien. Ein unerwünschter Nebeneffekt des Verbotsverfahrens war, dass die Partei durch die Berichterstattung der Medien ihre Popularität in der rechtsextremen Szene stärken und eine Märtyrerrolle einnehmen konnte. Allein von 2004 bis 2007 stieg die Anzahl der Mitglieder von 5 300 auf 7 200; in Baden-Württemberg hat die NPD derzeit mehr als 450 Mitglieder.

## Die Vier-Säulen-Strategie der NPD – Wie arbeitet die Partei?

Der Aufschwung der NPD ist auch mit der von ihr seit 1998 verfolgten und später ausgebauten Vier Säulen-Strategie verbunden:

1. **„Kampf um die Straße“,**
2. **„Kampf um die Parlamente“,**
3. **„Kampf um die Köpfe“ und**
4. **„Kampf um den organisierten Willen“.**

## Kampf um die Straße – Öffentlichkeitswirksame Propaganda durch Demonstrationen

„Kampf um die Straße“ bedeutet für die NPD die Durchführung von Demonstrationen, auf denen sie möglichst öffentlichkeitswirksam politische Propaganda verbreiten kann. Die Anlässe für Demonstrationen liefern oftmals aktuelle politische Diskussionen. In den letzten Jahren demonstrierten ihre Anhänger schwerpunktmäßig gegen die Wehrmachtsausstellung, Hartz IV, Globalisierung, den Krieg im Irak oder den Bau von Moscheen sowie im Gedenken an bestimmte Personen oder Ereignisse wie die Bombardierung Dresdens am Ende des Zweiten Weltkriegs. Gerade bei dieser Strategie gab es vielfältige Zusammenarbeit mit den Kameradschaften. So fand z. B. am 1. Mai 2009 eine von der NPD unterstützte rechtsextreme Demonstration in Ulm statt. Bei solchen Veranstaltungen treten immer wieder gezielt NPD-Parteivorstände mit führenden Neonazi-Aktivist\*innen gemeinsam als Redner auf, um mehr Leute zu locken und um Geschlossenheit zu demonstrieren. Aufgrund der Zusammenarbeit zwischen NPD und Neonazis war die Veranstaltung mit rund 700 Teilnehmenden relativ gut besucht.

## Kampf um die Parlamente – Verbreitung von Propaganda und Geldeinnahmequelle

Der Popularitätsschub durch das gescheiterte Verbotungsverfahren kam der NPD bei ihrem „Kampf um die Parlamente“ zugute. Dieser Strategie gab sie in der Folgezeit den Vorzug. Dabei geht es ihr darum, möglichst viele Wählerstimmen zu gewinnen, um die 5-Prozent-Hürde zu überspringen und

ins Parlament zu kommen. Sie präsentiert sich in den Wahlkämpfen vor allem als wählbare Protestpartei mit gemäßigtem Auftreten. Allerdings strebt die NPD die Parlamentssitze nicht an, um durch parlamentarische Arbeit als Regierungs- oder Oppositionspartei an der Demokratie mitzuwirken. Unter Parlamentsarbeit verstehen Abgeordnete der NPD vor allem, Landtagsdebatten als Forum für gezielte menschenverachtende Tabubrüche und die Infrastruktur des Landtags für die Parteiarbeit zu nutzen. Udo Pastörs, der NPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, brachte dieses Verständnis ungeschönt in einem Interview zum Ausdruck: *„Ich bin kein großer Anhänger dieser Form des Parlamentarismus. Aber das macht man so, dass man da reingeht und provoziert mit Präzision. Dann werden Sie sehen, wie diese ganzen Viren, diese Parasiten wach werden, dann sehen die, dass die Axt kommt, dass man das bis aufs Gesunde herausseziert. Das ist die Aufgabe eines nationalen Menschen.“*

Der „Kampf um die Parlamente“ verläuft für die NPD zum Teil erfolgreich. Zunächst erreichte sie bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 9,2 Prozent 2009 5,6 Prozent und 2006 in Mecklenburg-Vorpommern 7,3 Prozent. Zwar schaffte die Partei bei zahlreichen anderen Wahlen nicht den Einzug ins Parlament, jedoch verbesserte sie in den letzten Jahren fast durchweg ihre Ergebnisse. Bei der Bundestagswahl 2009 erzielte sie 1,8 Prozent und bei mehreren Landtagswahlen mehr als 1 Prozent der Stimmen, wodurch sie Ansprüche auf staatliche Zuschüsse erwarb. In Baden-Württemberg konnten nur vereinzelte NPD-Mitglieder Mandate erringen. Im Schwarzwald-Baar-Kreis hat der NPD-Landesvorsitzende Jürgen Schützinger für die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ ein Mandat im Kreisrat und als Stadtrat in Villingen-Schwenningen. Der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Janus Nowak sitzt im Kreistag Böblingen. Die Strategie lautet: *„Der Weg in die Parlamente führt über die Rathäuser.“* Dazu versuchen die NPD-Kader, ihre Organisation zu stärken und neue Kreis- und Ortsverbände zu gründen. Ziel ist es, die Partei flächendeckend zu verankern und damit die Basis zu verbreitern. Im Rahmen der Kommunalwahl 2009 versuchte die NPD auch mit Hilfe anderer rechter Gruppen, ihre Präsenz in der Öffentlichkeit zu intensivieren. Sie führte eigene Veranstaltungen durch oder beteiligte sich an Demonstrationen der Neonaziszene.

Die NPD versteht es, ihre Kräfte und Ressourcen für Wahlen mit einem „Wahlkampf-tourismus“ zu bündeln. Vertreter aus unterschiedlichen Bundesländern beteiligen sich an den jeweils anstehenden Kommunal- oder Landtagswahlkämpfen. Die NPD täuscht damit strategisch eine nicht vorhandene personelle Stärke in dem Bundesland vor, in dem gerade gewählt wird. Hinzu kommt in den letzten Wahlkämpfen ein aggressives Auftreten, um politische Gegner zu provozieren und einzuschüchtern. Vertreter/-innen demokratischer Parteien bekamen unliebsamen Besuch von rechtsextremen Störern zum Beispiel an Wahlkampfständen oder bei öffentlichen Diskussionen. Dabei sind Rechtsextreme längst nicht mehr unbedingt äußerlich sofort als solche zu erkennen. (Siehe Seite 37)



## Kampf um die Köpfe – Die Deutungshoheit in politischen Diskussionen gewinnen

Mit der dritten Strategie „Kampf um die Köpfe“ beabsichtigt die NPD, sich in die politische Diskussion einzumischen, um im Sinne ihrer ideologischen Orientierung Einfluss auf die politische Meinungsbildung zu gewinnen und die Deutungshoheit über Themen zu erringen. Zu diesem Zweck nahm 2006 in Dresden das „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V.“ seine Arbeit auf. Es soll schwerpunktmäßig der Intellektualisierung und Professionalisierung der NPD dienen. Mitarbeitende der sächsischen Landtagsfraktion gründeten außerdem die von ihnen so bezeichnete „Dresdner Schule“, um die Theorieentwicklung in der NPD voranzutreiben oder, wie es der NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen W. Gansel bezeichnet, eine „geistig-politische Gegenfront aufzubauen“. Allerdings beschränken sich die Aktivitäten der „Dresdner Schule“ im Wesentlichen auf Publikationen von Gansel. Der Kampf um die Köpfe konzentriert sich insbesondere auf die Zielgruppe der Jugendlichen. Die NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) verteilte die Schülerzeitung „Rebell“ an einigen Schulen und zu den letzten Wahlkämpfen die sogenannte „Schulhof-CD“ mit Rechtsrock in hohen Auflagen. Neuerdings versucht die JN auch über Comics ihre Ideologie zu verbreiten. Seit Juli 2009 kursiert der Comic „Enten gegen Hühner“. In der als Fabel aufbereiteten Geschichte stehen die Hühner für „ausbeuterische“ Migrant/-innen und Asylbewerber/-innen, die den „fleißigen“ Enten angeblich das Leben zur Hölle machten.

Erste Erfolge motivierten die Partei zu der von ihr so bezeichneten „Wortergreifungsstrategie“, die Bestandteil des „Kampfes um die Köpfe“ ist. Die Strategie besteht darin, politische Veranstaltungen des demokratischen „Gegners“ zu besuchen und sich dort massiv in die Diskussion einzumischen (Siehe Seite 29). In einem Schulungspapier der NPD von 2006 „Argumente für Kandidaten & Funktionsträger“ schreibt der NPD-Vorsitzende Voigt dazu:

*„Es wird immer schwieriger, eigene NPD-Veranstaltungen in Deutschland durchzuführen. Besuchen wir daher im Sinne der Wortergreifungsstrategie die Veranstaltungen des politischen Gegners. Dieser hat hier die Arbeit der Vorbereitung, Planung und Durchführung. Doch sobald er eine öffentliche Veranstaltung macht, müssen Nationaldemokraten vor Ort sein, um etablierte Politiker und Kandidaten zur Rede zu stellen.“*

## Kampf um den organisierten Willen – Kooperation rechtsextremer Organisationen

Seit Herbst 2004 hat die NPD ihre Strategie um eine vierte Säule erweitert: „Der Kampf um den organisierten Willen“. Darunter versteht sie Absprachen und Kooperation mit anderen rechtsextremen Organisationen in einer Art „Volksfront von rechts“. Auf Parteebene manifestierte sich dies in der vertraglich geregelten Zusammenarbeit mit der DVU, die die beiden Parteivorsitzenden im sogenannten „Deutschlandpakt“

festschrieben. Einer der wichtigsten Punkte darin betraf Wahlabsprachen. Demnach traten die beiden Parteien nicht gleichzeitig bei Wahlen an, sondern unterstützen die jeweils andere Partei und legen in dem Vertrag fest, wer bei welcher Wahl antritt, um sich nicht gegenseitig Stimmen streitig zu machen. Dieser Pakt ist inzwischen bundesweit zerbrochen.

Die „Volksfront von rechts“ umfasst ebenfalls die Zusammenarbeit mit den neo-nationalsozialistischen „Freien Kameradschaften“. Wenngleich die Kameradschaftsszene heterogen ist und nicht alle bereit zur Kooperation mit der NPD sind, haben sich Hauptfiguren wie Thomas Wulff (früher Hamburg, jetzt Mecklenburg-Vorpommern), Thorsten Heise (Thüringen) und Ralph Tegethoff (Nordrhein-Westfalen) dafür ausgesprochen. In personeller Hinsicht bestätigte die NPD ihre Öffnung zu den Neonazis unter anderem durch die Wahl von Thomas Wulff als Beisitzer des NPD-Bundesvorstandes. In Baden-Württemberg erfolgte dieser personelle Schulterschluss mit dem Neonazi Andreas Thierry, der seit 2007 als einer von aktuell zwei stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden fungiert. Auch bei der 1.Mai-Demonstration 2009 in Ulm funktionierte die Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen zumindest nach außen hin gut. Mit dieser vermeintlichen „Volksfront von rechts“, sollen nicht zuletzt die Grabenkämpfe zwischen den Organisationen überdeckt und Einheit vorgetäuscht werden. Auch an anderer Stelle wird mit personellen Verflechtungen die Zusammenarbeit mit rechtsextremen Organisationen verstärkt. Der baden-württembergische NPD-Landesvorsitzende Jürgen Schützinger aus Villingen-Schwenningen bekleidet auch führende Funktionen in der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLHV) sowie als Vorstandsmitglied bei der „Gesellschaft für freie Publizistik e.V.“ (GfP).

In den letzten Jahren hat die NPD diese „Vier-Säulen-Strategie“ relativ flexibel angewandt und sich mal auf die eine, mal auf die andere Säule konzentriert. Zudem treibt die NPD die kommunale Verankerung in den ostdeutschen Bundesländern voran, die ihr durch den Einzug in Kommunalparlamente und Mitarbeit in örtlichen Vereinen zunehmend gelingt. Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern nimmt der Versuch, in die Zivilgesellschaft vorzudringen, sehr konkrete Formen an – so etwa im Projekt Schöner Wohnen in Ueckermünde, bei Bürgerinitiativen gegen den Braunkohle-Abbau oder Gen-Mais-Anbau in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch bei der Mitarbeit im Elternbeirat einer Kindertagesstätte im Kreis Oranienburg bei Berlin. Die NPD will damit erreichen, als eine normale politische Partei angesehen zu werden. Sie strebt, wie es der Journalist Törf Staud ausdrückt, „die Fasisierung der Provinz“ an. Auch in Baden-Württemberg lassen sich solche Bestrebungen beobachten. Die Partei versucht sich als Vertreterin des „anständigen Bürgers“ darzustellen, die eine wählbare Alternative zu den „unfähigen“ etablierten Parteien sei. Dies möchte sie dadurch unterstreichen, dass sie bürgernahe Themen wie Hartz IV aufgreift und sich als Protestpartei präsentiert. In diesem Zusammenhang bot sie auch eine Hartz IV-Beratung an. Eine jüngere Entwicklung ist die Gründung einer NPD-Frauenorganisation. Angesichts der bisherigen Dominanz von Männern unter Mitgliedern und Wählern versucht die NPD auf diesem Weg, neue Potenziale zu erschließen.

## Die Deutsche Volksunion – Die Phantompartei

Neben der NPD spielt derzeit noch die „Deutsche Volksunion“ (DVU) als rechtsextreme Partei eine relevante Rolle. Vorläufer der Partei war der 1971 in München gegründete Verein „Deutsche Volksunion e.V.“, der ein Sammelbecken sowohl rechtsextremer als auch rechtskonservativer Akteure darstellte. Inhaltlich positionierte sie sich durch fremdenfeindliche, nationalistische und den Nationalsozialismus relativierende Aussagen. Von Beginn an führte der Verleger Dr. Gerhard Frey den Verein autoritär. Unter Freys Vorsitz gründete sich dann 1987 die „DVU-Liste D“. Seit 1991 nennt sich die Partei „DVU“. Das Besondere an der DVU war von Anfang an, dass sie zwar formal eine Partei darstellt, de facto aber als Ein-Mann-Unternehmen Gerhard Freys existiert. So gibt es kaum Parteileben, an dem die Mitglieder teilnehmen und etwa über Inhalte oder Personalfragen diskutieren. Der Vorsitzende bestimmt autoritär alle wesentlichen politischen Entscheidungen und finanziert sämtliche Aktivitäten. Nach außen hin wird die Partei hauptsächlich durch die Wochenzeitung „National Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ aus Freys Verlag sichtbar. Sie greift tagespolitische Themen auf und versucht sie in ihrem ideologischen Sinne darzustellen. Beispielsweise berichtet sie über Migration häufig im Zusammenhang mit Kriminalität, um das Pauschalurteil zu verstärken, wonach „alle Ausländer kriminell“ seien.

Obwohl die DVU aufgrund von Freys Führungsstil und des mangelnden Parteilebens auch als „Phantompartei“ bezeichnet wurde, bestritt sie einige Landtagswahlkämpfe erfolgreich und konnte in mehrere Landtage einziehen. In Schleswig-Holstein überwand sie bei der Landtagswahl 1992 die 5-Prozent-Hürde mit 6,3 Prozent und zog mit sechs Parlamentariern in den Landtag ein. Vier Jahre später scheiterte sie mit 4,3 Prozent nur knapp. Ihr größter Erfolg gelang ihr bei den Landtagswahlen 1999 in Sachsen-Anhalt mit 12,9 Prozent. Im Jahr 2007 war die DVU in den Landtagen von Brandenburg und Bremen vertreten, wo sich ihre Parlamentarier wenig engagiert zeigten. Außer in Brandenburg spalteten sich die Fraktionen nach kurzer Zeit. Inhaltlich fielen die Abgeordneten lediglich durch rechtsextreme Propaganda auf. In Baden-Württemberg sind die Kreisverbände weitgehend inaktiv und auch die Mitgliederzahlen sind in den letzten Jahren von 700 (2007) auf 600 (2008) gesunken. Seit Januar ist Gerhard Freys Wunschkandidat Matthias Faust neuer Vorsitzender der DVU.

## Die Republikaner – Der Konflikt um einen gemäßigten oder extremen Kurs

Die Partei „Die Republikaner“ (REP) wurde in den frühen 1980er Jahren als bayrische rechte Protestpartei gegründet und radikalisierte sich ab Mitte der 1980er Jahre. Bundesweit erlangte sie von Ende der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre unter ihrem damaligen Vorsitzenden Franz Schönhuber die Führungsrolle im rechten Parteienspektrum. So konnte sie 1989 bei den Europawahlen 7,1 Prozent erzielen.

In Baden-Württemberg zogen die REP 1992 und 1996 mit 10,9 bzw. 9,1 Prozent zweimal nacheinander in den Landtag ein. Bereits vorher gab es zahlreiche interne Streitigkeiten, die einerseits persönlicher Natur waren, andererseits um die Frage kreisten, ob die Partei sich in Richtung Rechtskonservatismus oder Rechtsextremismus orientieren sollte. Nach dem Ausbleiben weiterer Wahlerfolge verlor sie massiv an Bedeutung und befindet sich in den letzten Jahren in einer Krise. Regional war sie hauptsächlich in Baden-Württemberg und Bayern verankert. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 2005 erreichten die REP 2,5 Prozent der Stimmen und verloren seither weiterhin an Zustimmung. Bei der Europawahl 2009 erreichten die Republikaner nur noch 1,9 Prozent und bei der Bundestagswahl im gleichen Jahr fuhren sie mit 0,1 Prozent ein desolates Ergebnis ein. Seit den Kommunalwahlen sind sie „nur“ noch in sechs Kreisen vertreten. Seit 2007 sieht der Verfassungsschutz keine gewichtigen Anhaltspunkte rechtsextremer Bestrebungen der Partei mehr. Die Republikaner werden daher auch im Verfassungsschutzbericht nicht mehr erwähnt.

## „Pro Bewegungen“ – Wie sich rechts- populistische Gruppen positionieren

Mittlerweile sind die so genannten „Pro-Bewegungen“ kein neues Phänomen mehr und spätestens mit den „Antislamisierungskongressen“ von „pro Köln“ auch bundesweit bekannt. Die Pro-Bewegungen, -Gruppen oder -Wähleralternativen – wie sie sich variierend nennen – schließen die Lücke zwischen der demokratischen Rechten und den rechtsradikalen- und extremen Parteien. Die vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtete „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ ist im formalen Sinne keine Partei, sondern ein eingetragener, leider erfolgreicher Verein mit europaweiten Kontakten zu anderen rechtsradikalen oder rechtspopulistischen Parteien. Dieses Modell findet mit „PRO Heilbronn“ auch in Baden-Württemberg Nachahmer. „PRO Heilbronn“ gewann bei der letzten Gemeinderatswahl 2009 mit 4,8 Prozent der abgegebenen Stimmen zwei Mandate im Rat. Neue Gesichter sieht man dort aber nur bedingt, da der Vorsitzende Alfred Dagenbach, der gute Kontakte nach Köln pflegen soll, früher bei den Republikanern engagiert war. Inhaltlich gibt man sich als bürgernahe Opposition, die sich im Gegensatz zu den anderen Parteien um die „wahren“ Bedürfnisse der Bürger kümmere. „PRO Heilbronn“ gibt sich vor allem als ordnungspolitische Kraft, die gegen „organisierte- und Ausländerkriminalität“ vorgehen will, welche sie als Produkt der EU-Erweiterung begreift. Multikulturelle Gesellschaften werden für gescheitert erklärt; „PRO Heilbronn“ spricht sich gegen jegliche Zuwanderung aus und fordert Assimilation der hier lebenden Migranten und Migrantinnen.

## Strategien rechter Öffentlichkeitsarbeit

### „Wortergreifung“ und Mimikry

Mit dem Mittel der sogenannten „Wortergreifung“ intervenieren Rechte in öffentlichen Diskussionen und möchten die Diskutanten und Anwesenden zwingen, sich mit ihren rechten Positionen auseinanderzusetzen. Dieses Vorgehen intellektuell zu unterfüttern, ist eine Aufgabe der „Neuen Rechten“. Denn die „Wortergreifung“ ist praktisch zwar ein Mittel der Selbstinszenierung der Rechten, spielt aber auch inhaltlich eine Rolle. Rechte nutzen die Strategie nicht nur, um sich selbst zu thematisieren, sondern auch, um damit die Ächtung einiger rechter Positionen im öffentlichen Diskurs, wie z. B. die Leugnung des Holocaust, zu kritisieren. In diesem Fall verweisen sie auf eine angebliche „Meinungsdiktatur“ oder einen durch Politik und Medien vermittelten „Schuldkomplex“, der der Normalisierung eines deutschen Nationalbewusstseins entgegenstehe. Zum anderen ist die „Wortergreifung“ Mittel des kalkulierten Tabubruchs. Nach Meinung der Rechten seien sie die einzigen, die Sachverhalte thematisierten, die sich sonst niemand als Wahrheit zu benennen traue. Sie wollen erreichen, dass man nicht mehr nur über sie spricht, sondern mit ihnen diskutiert. Damit wollen sie in der Öffentlichkeit bestehende Blockaden gegenüber rechten Positionen schrittweise überwinden.

Da Rechte wissen, dass sie mit manchen ihrer Themen keine öffentliche Akzeptanz erreichen können, greifen sie oftmals zur Form der Verstellung – der Mimikry. Äußerlich versucht man, das Klischeebild des kahlköpfigen Schlägers zu vermeiden und als vermeintlich normaler politischer Akteur aufzutreten, der angeblich berechnete

Interessen innerhalb des demokratischen Meinungsspektrums artikuliert. In öffentlichen Auftritten, zu denen Unterschriftensammlungen, Mahnwachen und Flugblattaktionen genauso gehören wie das Auftreten in Elternbeiräten und in öffentlichen Diskussionen, greifen sie nicht nur bürgernahe Themen auf, sondern bedienen sich auch irreführender Eigennamen wie „Bürgerinitiative gegen Drogen“. Äußerlich wie inhaltlich verstecken Rechte somit ihre ideologischen Interessen und Zielsetzungen. Sie versuchen, öffentliche Diskussionen beispielsweise mit rassistischen Argumenten zu unterfüttern und dabei die Achtung der Menschenwürde Stück für Stück zu diskreditieren. Die Strategien der Wortergreifung und der Mimikry gehören nicht zur demokratischen Streitkultur, denn sie versuchen, die Meinungsfreiheit dafür zu nutzen, auf lange Sicht demokratische Rechte auszuhebeln.

Neben Einschüchterungen, Ausgrenzung und Gewaltanwendungen ist die subtile Konfrontation der Bürger/-innen mit rechter Ideologie durch die „Neue Rechte“ die zweite Strategievariante, um die Demokratie, ihre Vertreter/-innen und Institutionen zu delegitimieren.



Schon in den 1970er Jahren riet eine Autorin in der vom ehemaligen Pressereferenten von Josef Goebbels herausgegebenen Zeitung „La Plata Ruf“:

„Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, dass sie nicht mehr ins Klischee des ‚Ewig-Gestrigen‘ passen. [...] Der Sinn unserer Aussagen muss freilich der gleiche bleiben. [...] In der Fremdarbeiter-Frage etwa erntet man mit der Argumentation, die sollen doch heimgehen‘ nur verständnisloses Grinsen. Aber welche Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: ‚Dem Großkapital muss verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben.‘ [...] Der Sinn bleibt der gleiche: Fremdarbeiter raus! Die Reaktion der Hörer wird aber grundverschieden sein.“



## „Neue Rechte“ – Die intellektuelle rechte Szene

### Taktik und Bedeutung der „Rechtsintellektuellen“ – Worum geht es ihnen?

Bei der intellektuellen „Neuen Rechten“ handelt es sich nicht um eine festgefügte Organisation oder gar um eine Partei. Vielmehr handelt es sich um ein eher loses Netzwerk aus Personen, politischen Projekten, Publizisten und Verlagen. Deren Ziel ist es, verstärkt Einfluss darauf zu gewinnen, wie die Gesellschaft die Wirklichkeit wahrnimmt. Ein Autor der rechtsintellektuellen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ hat dies 1994 so beschrieben: *„In den fortgeschrittenen und differenzierten Gesellschaften des Westens [...] ist die Struktur der Macht diffus. Sie konzentriert sich nicht auf das Regierungsgebäude, vielmehr ist sie in tausend Instanzen verteilt: in den Köpfen und Herzen der Beamten, Lehrer, Journalisten usw. Erst durch die Eroberung des kulturellen Überbaus, der die Mentalität und Wertewelt eines Volkes*

*bestimmt, wird die Basis für den Angriff auf die eigentliche politische Sphäre geschaffen.“* Dieser Ansatz folgt der vom italienischen Marxisten Antonio Gramsci entwickelten Formel: Die kulturelle Hegemonie geht der politischen Hegemonie voraus. Ein Beispiel dafür ist das Ringen um die Deutungshoheit: Werden Minderheiten als Bedrohung angeblicher „Volksgemeinschaft“ gesehen oder als Ausdruck einer vielfältigen Gesellschaft, in der jeder seine Persönlichkeit verwirklichen darf, solange er dabei die Freiheit anderer nicht einschränkt? Die erste Sichtweise möchte die „Neue Rechte“ kulturell weitgehend verankern. Denn erst wenn eine solche Sicht Allgemeingut ist, kann man eine entsprechende Politik durchsetzen, in der die Achtung der Menschenwürde dem Kollektiv untergeordnet wird.

Die „Neuen Rechten“ können nicht dem manifesten Rechtsextremismus zugeordnet werden. Dies hängt damit zusammen, dass diese Szene zum einen relativ heterogen



ist, zum anderen vermeiden die „Neuen Rechten“ bewusst eindeutig rechtsextreme Aussagen, um den demokratischen Gegnern und Gegnerinnen keine Angriffsflächen zu bieten. Denn es gilt nach wie vor die Empfehlung des in neurechten Kreisen einflussreichen Geschichtslehrers Karlheinz Weißmann an seine Gesinnungsgenossen, sich bei öffentlichen Äußerungen durchaus angepasst zu verhalten, je nachdem, *„ob hier der offene Angriff oder politische Mimikry gefordert ist“*. Mit Mimikry meint er nichts anderes als Verstellung und Anpassungsverhalten. Dies ist auch deshalb wichtig, weil die „Neue Rechte“ auf die Mitte der Gesellschaft zielt und sich nicht auf den rechten Rand beschränken möchte.

Schon in den 1970er Jahren riet in der vom ehemaligen Pressereferenten von Josef Goebbels herausgegebenen Zeitung „La Plata Ruf“ eine Autorin: *„Wir müssen unsere Aussagen so gestalten, dass sie nicht mehr ins Klischee des ‚Ewig-Gestrigen‘ passen [...] Der Sinn unserer Aussagen muss freilich der gleiche bleiben. [...] In der Fremdarbeiter-Frage etwa erntet man mit der Argumentation ‚die sollen doch heimgeben‘ nur verständnisloses Grinsen. Aber welche Linke würde nicht zustimmen, wenn man fordert: ‚Dem Großkapital muss verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben.‘ [...] Der Sinn bleibt der gleiche: Fremdarbeiter raus! Die Reaktion der Hörer wird aber grundverschieden sein.“*

Die „Neuen Rechten“ bewegen sich in einer Grauzone zwischen demokratischem und rechtem Spektrum. Der Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter versucht, die demokratische Zwiespältigkeit der „Neuen Rechten“ mit dem Bild des „Scharniers“ zu erfassen, welches die demokratische Mitte und das rechte Spektrum verbindet:

*„Scharniere trennen sowohl zwei Gegenstände voneinander und verbinden sie beweglich miteinander; als auch stellen sie selbst eigenständige Elemente dar.“* Das bedeutet, dass die „Neue Rechte“ der Mitte rechte Gedanken nahebringt und umgekehrt die Themen der Mitte in die Diskussionen der Rechten einspeist. Sie betreibt damit eine „Erosion der Abgrenzung“ von Demokraten zum rechten Spektrum.

## Der ideologische Hintergrund der „Neuen Rechten“ – Woher stammt ihr Gedankengut?

Ideologisch beruft sich die „Neue Rechte“ auf die „Konservative Revolution“. Darunter versteht man eine Gruppe von Intellektuellen in der Weimarer Republik, die der Vorstellung von freien und gleichen Individuen mit einer universellen Menschenwürde sowie der Demokratie, insbesondere dem Parlamentarismus und Pluralismus, ablehnend gegenüberstanden. Stattdessen sei alles gerechtfertigt, was zum Wohle des Kollektivs geschehe. Das Individuum sei lediglich Mittel zum Zweck. Mit „Revolution“ bezogen sich diese Intellektuellen auf die Weimarer Republik, welche sie überwinden wollten. Prominente Vertreter waren: Arthur Moeller van den Bruck (dessen Buchtitel „Das dritte Reich“ später eine unheilvolle Karriere nahm), Ernst Jünger (*„Ich hasse die Demokratie wie die Pest!“*), Edgar Julius Jung (nach Ständen organisierte Volks-

gemeinschaft statt Menschenwürde), Othmar Spann (Demokratie als „Eiterbeule“) und Oswald Spengler (der die Einrichtung der Weimarer Republik *„den sinnlosesten Tag in der deutschen Geschichte“* nannte).

Den größten Einfluss auf die „Neue Rechte“ hat der umstrittene Staatsrechtler Carl Schmitt (1888–1985). Schmitt entwickelte die Vorstellung, dass als politische Akteure nur Kollektive wie das Volk oder die Nation zu gelten hätten. Diese Kollektive müssten homogen sein, Andersartigkeit bedeute deswegen, die Existenzberechtigung zu verlieren. Somit spielt die Menschenwürde bei ihm keine Rolle. Politik besteht für ihn darin, dass man zwischen Freund und Feind unterscheidet. Die aus dieser Sicht zwischen den Kollektiven resultierenden Konflikte werden stets als Ernstfall angesehen, in denen man ständig um das eigene Überleben kämpft. Deswegen könne Konfliktregelung nicht unter der Voraussetzung der Anerkennung des anderen stattfinden. Die Folgen dieses Denkens hat der Politikwissenschaftler Kurt Lenk auf die Formel gebracht: „Bataille statt Debatte“. Diesen ideologischen Hintergrund versucht die „Neue Rechte“ auf aktuelle politische Diskussionen zu übertragen.

Dies geschieht etwa in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, einer der wichtigsten Publikationen der „Neuen Rechten“. Die professionell produzierte Zeitung, 1986 gegründet, stellte sich zunächst unverblümt in die Nachfolge der „Konservativen Revolution“ und Carl Schmitts im Besonderen. In den letzten Jahren mäßigte die Zeitung ihren Ton, obgleich sie weiterhin autoritäres Elitedenken vermittelt und die Achtung der Menschenwürde und Demokratie rhetorisch geschickt – gemäß der politischen Mimikry – in Frage stellt. Ein wichtiges Element der Zeitung im Sinne der Scharnierfunktion sind umfangreiche Interviews. Dabei bemüht sich die Redaktion zum einen um anerkannte Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens als Gesprächspartner, zum anderen gibt sie Neurechten Gelegenheit, ihre Ideen zu verbreiten.

## Die Bedeutung der „Neuen Rechten“ – Wie ist ihre Wirkung einzuschätzen?

Da die „Neue Rechte“ nur schwer fassbar ist, diskutieren Experten, inwieweit sie Einfluss auf politische Diskurse nehmen kann. Während einige nur einen sehr geringen gesellschaftlichen Einfluss auf die politische Mitte konstatieren, stellen andere anhand ausgewählter Diskurse bei einschlägigen Themen wie Asylpolitik, Vergangenheitspolitik, innere Sicherheit, Zuwanderungspolitik etc. die Übernahme neurechter Argumentationsmuster in Teilen von Politik und Medien fest.

Neben der „Neuen Rechten“ verstehen sich die Revisio-nisten ebenfalls als Intellektuelle. Ihnen geht es darum, die Schrecken der Nazi-herrschaft mit pseudo-geschichtswissenschaftlichen Argumenten zu relativieren. In diesem Sinne agiert auch der in Tübingen ansässige Grabert-Verlag mit seinem Tochterunternehmen, dem Hohenrain-Verlag. Die veröffentlichten Werke waren schon mehrmals wegen Volksverhetzung und anderer rechtsextremer Tatbestände eingezogen oder wegen Jugendgefährdung indiziert. Die bekannt-

teste Publikation des Hauses, „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, eine pseudowissenschaftlich aufgemachte Zeitschrift, wird mittlerweile durch den bekannten Rechtsextremisten Rolf Kosiek vertrieben, der in der Vergangenheit schrieb, dass seit Jahrzehnten an der deutschen Bevölkerung ein systematischer Massenmord verübt werde.

Auch das Studienzentrum Weikersheim galt viele Jahre lang als Institution, die eine Art Scharnierfunktion zwischen Rechtskonservatismus und der Neuen Rechten ausübte.

Gegründet vom ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger fiel es immer wieder durch Kontakte zu Personen auf, die jenseits der demokratischen Grenzen stehen. So hatte etwa der REP-Vorsitzende Rolf Schließer eine führende Funktion im Kuratorium des Zentrums inne, musste es aber nach öffentlichem Druck verlassen. Neben vielen Persönlichkeiten aus dem demokratischen Spektrum wurden auch Referenten mit eher zweifelhaftem Ruf eingeladen. So zum Beispiel der im Jahr 2000 verstorbene Lothar Bossle, der neben seinen Kontakten zum Pinochet-Regime und der chilenischen Folterkolonie Colonia Dignidad sowie der Mun-Sekte in Südkorea auch regelmäßig in der rechtsextremen Verlagsgruppe Grabert/Hohenrain publizierte.

Die Mischung aus demokratischer Prominenz und rechtsextremer Intelligenz birgt die Gefahr, dass durch die Heranziehung eindeutiger Demokraten zur Legitimation des Studienzentrums die Aufmerksamkeit abfällt von den Inhalten und denjenigen, welche die Inhalte gestalten.



# Entwicklung rechtsextremer und rechtsgerichteter Organisationen im Bund und in Baden-Württemberg

## Die 1960er Jahre: Entstehung und Aufschwung der NPD

### Parteien:

- Deutsche Reichspartei (DRP)
- Deutsche Freiheits-Partei (DFP)
- Deutsche Gemeinschaft (DG)
- Freie Sozialistische Volkspartei (FSVP)
- Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) als Zusammenschluss von DFP und DG
- NPD als Sammlungspartei des rechtsextremen Lagers, erste Wahlerfolge ab 1966

### Nazistische Organisationen oder Gruppen:

- Wiking-Jugend
- Aktion Oder-Neiße (AKON)
- Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS (HIAG)
- Reichsverband der Soldaten (RdS)

### Sonstige Organisationen:

- Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG)
- Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)

## Die 1970er Jahre: Entstehung des Neonationalsozialismus mit zeitweiligem Bedeutungsverlust der NPD

### Parteien:

- NPD im Niedergang
- Deutsche Volksunion (DVU) entsteht zunächst als Verein

### Neonazistische oder aktionistische Organisationen oder Gruppen:

- Deutsche Bürgerinitiative
- Wiking-Jugend
- NSDAP/Auslands- und Aufbauorganisation
- Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene
- Verschiedene lokale Gruppen: Bund der Aufrechten, Demokratische National-Sozialistische Gemeinschaft

### Sonstige Organisationen:

- Aktion Neue Rechte
- Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)
- Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes

## Die 1980er bis Mitte der 1990er Jahre: Wahlerfolge von Parteien und Verbote von neonazistischen Gruppen

### Parteien:

- NPD stagniert
- DVU wird 1987 Partei und hat erste Wahlerfolge
- Republikaner gründen sich 1983 und werden Ende der 1980er Jahre zur führenden rechtsgerichteten Partei

### Neonazistische oder aktionistische Organisationen oder Gruppen:

- Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)
- Wiking-Jugend (1994 verboten)
- Rechte Skinhead-Subkultur (etwa ab 1983)
- Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene

### Sonstige Organisationen:

- Bund Heimattreuer Jugend
- Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes
- Rechte Verlage und Vertriebsdienste

## Strukturwandel in der Mitte der 1990er Jahre nach der Verbotswelle

### Parteien:

- NPD ab Mitte der 1990er Jahre im Aufschwung
- DVU feiert punktuelle Erfolge
- Republikaner verlieren bundesweit an Bedeutung. In Baden-Württemberg feiern sie hingegen zweimal den Einzug in den Landtag

### Neonazistische oder aktionistische Organisationen oder Gruppen:

- Bildung der weniger verbotsgefährdeten „Kameradschaften“ durch sogenannte „Freie Nationalisten“ als Nachfolger der Neonazi-Organisationen (Steuerungsinstrumente: Info-Telefone, Schaffung einer Internetplattform für Projekte; Annäherung zwischen NPD und Neonazis)
- Rechte Skinhead-Subkultur überschneidet sich in Teilen mit Neonazis
- Hilfsorganisation für „nationale politische Gefangene“

## Rechtsextremismus in der Gegenwart

### Rechtsextreme Parteienkonkurrenz:

- Erstarken der NPD
- Bedeutungsverlust für DVU und Republikaner
- Gründung von rechtspopulistischen „Pro-Gruppen“ nach dem Vorbild von „pro Köln“ und von „pro NRW“

### Bildung der „Volksfront von Rechts“:

- Organisatorische Verflechtung zwischen NPD und Freien Nationalisten
- „Kameradschaften“ in einigen Regionen sehr präsent, Entstehung der „Autonomen Nationalisten“
- Rechte Skinhead-Subkultur bleibt stark und gewalttätig

### Verlage, Vertriebsdienste und Internetangebote:

- Scharnierfunktion zwischen Rechtsextremen und der Mitte der Gesellschaft
- Webangebote präsentieren die „Erlebniswelt“ Rechtsextremismus

## Rechtsextreme Einstellungen in Baden-Württemberg (2002–2008)

Befürwortung einer Diktatur: 3,7 %

**Ausländerfeindlichkeit: 17,8 %**

**Chauvinismus: 14 %**

**Antisemitismus: 13,3 %**

Sozialdarwinismus: 1,8 %

Verharmlosung

**Nationalsozialismus: 7,2 %**

**7,6 %**

**rechtsextreme  
Einstellungen  
(im Bund)**

Diese Zahlen deuten darauf hin, dass Demokratie und Menschenwürde keine Selbstverständlichkeit sind. Hinzu kommen die Bemühungen von Rechtsextremen, immer mehr in die Mitte der Gesellschaft zu drängen und von dieser akzeptiert zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, treten sie immer öfter als Wölfe im Schafspelz auf.

Quelle: „Bewegung in der Mitte – Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2008“, Oliver Decker und Elmar Brähler, im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2008



## Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft

Rechtsextremismus ist in Deutschland ein stigmatisierender Begriff. Wer jemanden als rechtsextrem bezeichnet, grenzt diesen aus dem politischen Diskurs aus. Umgekehrt signalisiert die Selbstbeschreibung eines Bürgers als Rechtsextremist, dass dieser sich deutlich von der politischen Mitte abgrenzen möchte. Indem er sich in eine Fundamentalopposition be gibt, verneint er eine gemeinsame Diskussionsgrundlage. Wegen dieser Begriffsverwendung entsteht in der Öffentlichkeit häufig der Eindruck, dass Rechtsextremismus ein Problem ist, das nur einige wenige betrifft und am Rand der Gesellschaft auftritt. Aus dieser Sicht reichen ein funktionsfähiger Verfassungsschutz bzw. eine tatkräftige Polizei aus, um Demokratie und Menschenrechte zu schützen. Diese Wahrnehmung verkennt jedoch, dass die Übergänge vom Rand zur Mitte und vom latenten zum manifesten Rechtsextremismus fließend sind. Die Mitte der Gesellschaft ist keineswegs vor Rechtsextremismus gefeit. Damit handelt es sich um ein gesellschaftspolitisches Problem, das nicht nur die Strafverfolgungsbehörden angeht. Achtung der Menschenwürde und Demokratie sind auf die Unterstützung aller Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

### Sind rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft verankert?

Laut der FES-Studie „Bewegung in der Mitte“ haben 7,6 Prozent aller Bundesbürger eine gefestigt rechtsextreme Einstellung. Bei einzelnen Einstellungsmerkmalen wie Fremdenfeindlichkeit sind es gar mehr als ein Viertel, laut einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen e.V.

sind es mehr als 40 Prozent bei Schülern und Schülerinnen. Viele Studien weisen auf die Übergänge zwischen Rand und Mitte hin. Eine Wissenschaftlergruppe des Otto-Suhr-Instituts analysierte 2003, wie sich Befragte mit rechtsextremen Einstellungen auf einer Links-Rechts-Skala einschätzen. Zehn Prozent der Befragten, die sich links einstufen, sind rechtsextrem eingestellt. Jeweils 15 Prozent, die sich der linken bzw. der rechten Mitte zuordnen, denken ebenfalls rechtsextremistisch und 36 Prozent verorten sich direkt rechts. Dies belegt, dass ein Teil der Bevölkerung zumindest teilweise rechtsextreme Einstellungen aufweist, ohne sich selbst als rechtsextrem wahrzunehmen.

Hinsichtlich einzelner rechtsextremer Haltungen ist die Mitte der Gesellschaft sehr anfällig. Dies zeigen die empirischen Befunde der Erziehungswissenschaftler Klaus Ahlheim und Bardo Heger aus dem Jahr 1999 am Beispiel des rechtsextremen Ideologems der Fremdenfeindlichkeit. Zunächst untersuchten sie die Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit. Sie überprüften dann bei denjenigen mit überwiegend fremdenfeindlichen Einstellungen, für welche Parteien sie sich bei der Wahl entscheiden würden. Lediglich 5 Prozent würden die Republikaner (und 1 Prozent sonstige Parteien) wählen; der überwiegende Teil aber demokratische Parteien: 34 Prozent CDU/CSU, 29 Prozent SPD, 7 Prozent FDP, 7 Prozent Bündnis 90/Die Grünen und 3 Prozent PDS. Niedrige Wahlergebnisse für rechte Parteien bedeuten also nicht automatisch, dass rechtes Gedankengut nur in geringem Maße existiert. Diese Parteien schöpfen lediglich ihr Wählerpotenzial nicht aus. Das gilt auch für Baden-Württemberg.

## Welche rechtsextremen Denkmuster greifen politische Eliten auf?

Aber die Übergänge zwischen Rand und Mitte lassen sich nicht nur an Zahlen festmachen. In den letzten Jahren stießen Politikerinnen und Politiker sowie Intellektuelle immer wieder Diskussionen an, bei denen sie auf rechtsextreme Inhalte zurückgriffen – ob aus Überzeugung oder um Wählerstimmen zu gewinnen, sei dahingestellt.

Dafür gibt es viele Beispiele. Im Bundestagswahlkampf 2005 sprach Oskar Lafontaine, „Die Linke“, auf einer Kundgebung in Chemnitz davon, *„dass Familienväter und Frauen arbeitslos werden, weil Fremdarbeiter mit zu niedrigen Löhnen ihnen die Arbeitsplätze wegnehmen“*. Damit bediente Lafontaine rassistische Vorurteile, indem er zum einen eine grundlegende Differenz zwischen Einheimischen – „Familienvätern“ und „Frauen“ – sowie „Fremden“ unterstellte. Zum anderen dämonisierte er „den Fremden“, der Einheimischen mit Tricks wie „niedrigen Löhnen“ etwas wegnehmen wolle. Der Fremde wird nicht als „Familienvater“ oder „Frau“, sondern eben nur als Lohndrucker vermittelt. Von dieser Äußerung distanzierte sich Oskar Lafontaine danach.

Ein zweites Beispiel ist die Rede des Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann, CDU, zum Nationalfeiertag im Oktober 2003. Darin bezeichnete er Juden und Jüdinnen indirekt als „Tätervolk“. Es entspricht der Ideologie des Nationalsozialismus, Juden und Jüdinnen als Volk und nicht als Religionsgemeinschaft zu definieren. Der Ausdruck könnte zudem antisemitische Vorurteile wecken und die nationalsozialistischen Verbrechen relativieren, indem der Begriff „Täter“ auf die vormals Verfolgten und Vernichteten des Nationalsozialismus angewandt wird.

Bei seiner Rede erntete er zunächst keinen Protest der Zuhörenden. Im Nachhinein jedoch wurde die Rede Hohmanns heftig kritisiert und führte dazu, dass die CDU/CSU ihn als ersten Abgeordneten überhaupt aus der Bundestagsfraktion und später auch aus der Partei ausschloss.

Festzuhalten bleibt, dass solche Äußerungen Vorurteile verstärken können und eine politische Kultur beschädigen, in der Achtung der Menschenwürde und Demokratie oberste Richtschnur sein sollten.

## Der Wolf im Schafspelz – Wie rechtsextreme Ideen gesellschaftsfähig werden sollen

Auch wenn in der Öffentlichkeit häufig der Eindruck entsteht, Rechtsextremismus sei ein Problem am Rande der Gesellschaft, das nur wenige betrifft, machen vorhandene rechtsextreme Einstellungen in unserer Gesellschaft sowie der Rückgriff auf rechtsextreme Versatzstücke des einen oder anderen Politikers der „Mitte“ deutlich, dass Demokratie und Menschenwürde keine Selbstverständlichkeit sind.

Hinzu kommen die Bemühungen von Rechtsextremen, immer mehr in die Mitte der Gesellschaft zu drängen. Dies geschieht, indem sie sich scheinbar unpolitisch zum Beispiel in Bürgerinitiativen, Elternvertretungen von Schulen oder in der

Jugendarbeit engagieren und dort versuchen, rechtsextremes Gedankengut zu verbreiten und Anhänger für die rechte Szene zu gewinnen. Rhetorisch zeigen sie sich dabei gemäßigt, ihre Inhalte sind jedoch radikal und gegen die Achtung der Menschenwürde und die Demokratie gerichtet.

Im Folgenden soll anhand von Beispielen aufgezeigt werden, wie Rechtsextreme agieren und argumentieren und was wirklich dahintersteckt:

### **Rechtsextreme und rechtsgerichtete Parteien nehmen an demokratischen Wahlen teil und arbeiten im Parlament mit.**

Das bedeutet jedoch nicht, dass sie das demokratische System akzeptieren. Da Rechtsextreme von der Ungleichwertigkeit der Menschen ausgehen und einen rechtsautoritären Führerstaat anstreben, lehnen sie das politische System Deutschlands grundsätzlich ab. Sie nutzen ihre Arbeit im Parlament nicht dafür, das demokratische System zu verbessern, sondern es abzuschaffen und durch ein neues, menschenverachtendes System in ihrem ideologischen Sinne zu ersetzen. Uwe Leichsenring, verstorbener parlamentarischer Geschäftsführer der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, brachte das in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (21.9.2004) auf den Punkt: *„Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung.“*

### **Rechtsextreme kritisieren oft, dass sie von „sogenannten Demokraten“ ständig daran gehindert würden, ihre Meinung frei zu äußern, obwohl die Meinungsfreiheit ein garantiertes Recht im Grundgesetz ist. Sie stellen sich als Kämpfer für „echte“ Meinungsfreiheit dar.**

Richtig ist, dass die Meinungsfreiheit ein wichtiges Grundrecht ist, das durch das Grundgesetz geschützt wird. Der Schutz der Menschenwürde gebietet es jedoch, die Meinungsfreiheit zu beschränken, sobald sie zur Verletzung der Menschenwürde missbraucht wird. Diese Begrenzung der Meinungsfreiheit ist ebenfalls im Grundgesetz verankert. Weil die Propaganda von Rechtsextremen oft genug die Menschenwürde verletzt, ist die Einschränkung der Meinungsfreiheit in diesen Fällen gerechtfertigt und verstößt nicht gegen das Grundgesetz.

### **Rechtsextreme engagieren sich zunehmend zum Beispiel in Bürgerinitiativen, Elternvertretungen von Schulen oder in der Jugendarbeit.**

Dieses scheinbar unpolitische Engagement nutzen Rechtsextreme, um ihr Gedankengut zu verbreiten und Anhänger für die rechte Szene zu gewinnen:

*„Nach außen wollten wir mit unserer Jugendarbeit ein gesellschaftsfähiges Image vermitteln, so dass man uns nicht sofort als Rechte erkennt. Das hat auch erschreckend gut funktioniert: Die Jugendlichen kamen mit ihren Problemen, und wir haben sie in allen Lebenslagen unterstützt, bei Umzügen oder Ämtergängen. Die waren nicht unbedingt rechts, sind dann aber über uns so reingerutscht. Wir sind zusammen Fußball spielen gegangen und zu Neonazidemos gefahren.“*, so ein Aussteiger aus der rechten Szene in Spiegel Online am 15.9.2006.

**Rechtsextreme nutzen immer öfter rhetorisch gemäßigte Slogans, denen auf den ersten Blick nicht anzusehen ist, was sich genau dahinter verbirgt.**

Auch wenn Rechtsextreme immer häufiger versuchen, rhetorisch gemäßigt aufzutreten, und ihre Ansichten auf den ersten Blick harmlos erscheinen, verbergen sich dahinter oft rechtsextreme Inhalte, die gegen die Achtung der Menschenwürde und die Demokratie gerichtet sind. Mit dieser Strategie wollen sie rechtsextreme Begriffe und Gedanken gesellschaftsfähig machen und als normale politische Akteure angesehen und akzeptiert werden:

— Hinter dem harmlos wirkenden Slogan **„Wir lieben das Fremde in der Fremde“** verbirgt sich beispielsweise die Parole „Ausländer raus!“ Die Idee hinter dem Slogan wird auch unter dem gebildet anmutenden Begriff „Ethnopluralismus“ verbreitet. Dabei gehen Rechtsextremisten davon aus, dass es viele „Völker“ gibt, die ein Existenzrecht haben und deswegen nebeneinander existieren dürfen. Andererseits sollte jedoch jedes Volk homogen sein. Rechtsextremisten vertreten dabei den Mythos, dass Völker etwas Natürliches seien, die es schon immer gegeben habe und die über die Zeit gleich geblieben seien. Darum müsse eine „Vermischung“ von Völkern verhindert werden. Verschiedenartigkeit und Individualität innerhalb eines Volkes lehnen sie damit ab. Der Einzelne besitze nur dann eine Würde, wenn er sich im Land seines Volkes befinde, ansonsten sei er rechtlos. Ein türkischstämmiger Mitbürger hätte demnach keinerlei Rechte, wenn er in Deutschland lebt. Folglich verbirgt sich hinter dieser Idee die Ablehnung der Menschenwürde. Denn Menschenwürde bedeutet, dass jeder Mensch überall eine Würde besitzt, allein dadurch, dass er Mensch ist.

— Rechtsextreme Organisationen haben nun auch die Sozialpolitik für ihre Propaganda entdeckt und inszenieren sich als Anwalt und Interessenvertreter der sogenannten „kleinen Leute“. Aber auch dahinter verbirgt sich eine menschenverachtende Politik. Denn wenn sie sich dafür aussprechen, dass es den „kleinen Leuten“ besser gehen sollte, sprechen sie nur von denjenigen, die in ihr Weltbild passen. Das zeigt auch der Slogan **„Sozial geht nur national“**, der sich in seiner Wortwahl bereits an den historischen Nationalsozialismus anlehnt. Hiermit sprechen sie sich vordergründig für eine solidarische Gesellschaft aus: *„Mensch kann der Mensch nur da sein, wo er unter seinesgleichen ist und eine solidarische Gesellschaft ausbilden kann.“* (NPD: Argumente für Kandidaten und Funktionsträger, 2006). Allerdings gehen sie von einem völkisch-rassistischen Verständnis von Gesellschaft aus. Die Solidarität gilt nicht für Menschen, die nicht in das völkische Weltbild hineinpassen, beispielsweise Migranten und Migrantinnen. Solidarität unter Menschen verzerren Rechtsextreme zur Solidarität unter Deutschen. Zum Beispiel schreibt die

NPD in ihrem Partei-Programm: *„Nationaldemokratische Sozialpolitik fühlt sich auch den sozial Schwachen unseres Volkes verpflichtet. Ausländer sind aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern. Asylanten dürfen keinen einklagbaren Anspruch auf deutsche Sozialleistungen besitzen.“* Dagegen hat der deutsche Sozialstaat die Aufgabe, den Schutz der Menschenwürde auch in materieller Hinsicht zu verwirklichen und für jeden zumindest das Existenzminimum zu sichern. Darüber hinaus hat jeder einen Anspruch darauf, dass ihm die Solidargemeinschaft in der Not (z. B. Krankheit oder Arbeitslosigkeit) hilft – unabhängig von seiner Herkunft oder Nationalität.

— In Bezug auf die Europäische Union sprechen sich Rechte rhetorisch geschickt für ein **„Europa der Vaterländer“** aus. Da Nationalismus ein Kernelement ihrer Ideologie ist, können sie der europäischen Integration nichts abgewinnen. In einer gemeinsamen Erklärung von NPD, DVU, den Republikanern und „pro Köln“ mit der Identitäts-Traditions-Souveränitäts-Fraktion der rechten Parteien im Europaparlament forderten sie im September 2007: *„Anerkennung der nationalen Interessen, Souveränitäten, Identitäten und Unterschiedlichkeiten“*. Damit betonen sie das Trennende und „vergessen“ das Gemeinsame der Europäer. In ihr nationalistisches Denkmuster passt nicht hinein, dass sich jemand zugleich als Deutscher und Europäer und vielleicht auch noch als Badener oder Schwabe oder Türkin versteht. Zudem zeichnen die Rechten ein Zerrbild von Europa. In der Erklärung verpflichten sie sich zur „Opposition zu einem vereinheitlichten und bürokratischen europäischen Superstaat“. Dass die europäische Integration zu einer einzigartigen Friedensperiode auf dem Kontinent beigetragen und den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern zahlreiche Freiheiten gebracht hat, spielt für sie keine Rolle. Sie interessieren sich nur für das „Vaterland“.



## Die „88“ auf dem T-Shirt – Politische Aussage oder sportliches Design?

Das Hakenkreuz kennen alle, den Gruß „Heil Hitler“ auch. Doch was macht man, wenn solche Inhalte versteckt werden, wenn aus „Heil Hitler“ die Zahlenkombination 88 wird? Es gibt mehr als 120 bekannte Symbole und Codes, die verschlüsselt oder offen eine rechte politische Orientierung ausdrücken. Sie sind für Außenstehende häufig schwer erkennbar. Jedoch sind sie mehr als nur Erkennungsmerkmal für Gleichgesinnte: Sie vermitteln ein Gruppengefühl und sie transportieren eine eindeutige politische Botschaft.

Dabei gibt es zwei Kategorien von Zeichen – diejenigen mit offenen und diejenigen mit verdeckten Botschaften. Die Ersten dienen der offenen politischen Selbstdarstellung des Trägers und sind oft aus einem historischen Bezug zum Nationalsozialismus erklärbar oder beziehen sich auf rechtsextreme Parteien.

Die versteckten Glaubensbekenntnisse funktionieren anders. Ihre Codes sind nur Eingeweihten bekannt und tragen somit vor allem zur Bildung einer Gruppenidentität der rechten Szene nach innen bei. Nur durch Kenntnis des zugeordneten Inhalts kann das Symbol verstanden werden. Ein Außenstehender weiß kaum, dass die Zahlenkombination 28 für das in Deutschland verbotene Neonazi-Skinhead-Netzwerk „Blood & Honour“ (B&H) steht.

„Die Wehrmacht“ und „Der Landser“ sind die am häufigsten verwendeten Vorbilder in der rechten Jugendszene. Aus dem militärischen und kriegerischen Spektrum stammen ein Großteil der Bezeichnungen von Bands und Zeitschriften. Zu der Heroisierung von Kriegen und Kämpfern gehört auch die Darstellung des Skinheads.

Ähnlich beliebt ist die Bezugnahme auf germanische Kämpfer und Wikinger. Viele rechte Jugendliche definieren sich selbst auf diese Weise als jüngstes Glied in einer angeblich historisch begründeten Identitätslinie. Weite Verbreitung hat zum Beispiel die Irminsul, das Symbol für den Lebensbaum oder die Weltenesche, die das Dach der Welt trägt. Sie gilt als Gegensymbol zum christlichen Kreuz und war das Zeichen des „Ahnen-erbe“, der zentralen SS-Forschungseinrichtung.

Bei der Beschreibung des Kleidungsstils und der Symbolik in der rechten Jugendszene lässt sich längst nicht mehr nur das Bild des martialischen Neonazi-Skins zeichnen. Die optischen Abgrenzungen zu anderen Szenen werden zusehends unscharf und es vermischen sich Stilelemente, Symbole und ästhetische Vorstellungen.

Die (versuchte) Übernahme linker oder vermeintlich linker Symbolik ist ein anderes Problemfeld. Das Tragen von „Palästinenser-Tüchern“ und die Nutzung schwarzer Fahnen gehören bei neonazistischen Auftritten beinahe schon zum Standardrepertoire, Symbole antisozialistischer Gruppen und Kampagnen erfahren eine Verfremdung und werden ins Gegenteil verkehrt. Selbst der Irokesen-Schnitt, weithin als Punk-Frisur verstanden, ist heute unter den Neonazis kein Tabu mehr.

Obwohl die extrem rechte Jugendkultur die „Braunhemden“ im Schrank lässt und stattdessen – modisch auf dem neuesten Stand – mit Piercings auftritt, hat das Interesse an Symbolen mit NS-Bezug nichts an Popularität verloren. Das Eiserne Kreuz und die Reichskriegsfahne sind sogar die am häufigsten und in vielfältigen Produktvarianten angebotenen Symbole der diversen extrem rechten Versandhändler. Auch andere Zeichen aus dem Nationalsozialismus, wie die Schwarze Sonne oder die Kombination Hammer und Schwert, werden in der Szene immer beliebter. Die farbliche Gestaltung von Fahnen und Symbolen in der extrem rechten Szene wird nur wenig wahrgenommen. Dabei stellen gerade die Farben schwarz-weiß-rot einen wichtigen Eckpfeiler der Identifikation innerhalb der extremen Rechten dar.

Zahlencodes dienen der Verschlüsselung strafrechtlich relevanter Begriffe, Grußformeln oder Organisationszeichen. Sie werden in einer Vielzahl von T-Shirt-Motiven, Emblemen, Gruppen- und Bandnamen verwendet. Dabei stehen die Zahlen synonym für die entsprechenden Buchstaben im Alphabet. Bereits für die unmittelbare Nachkriegszeit lässt sich der heute populäre Code „88“ als Verschlüsselung für „Heil Hitler“ nachweisen. Da Zahlenaufdrucke auf T-Shirts oder Jacken generell beliebt sind und von führenden Markenherstellern ohne politischen Hintergrund angeboten werden, sollte unbedingt darauf geachtet werden, in welchem Kontext sie auftauchen.

Für den Umgang mit extrem rechten Jugendkulturen ist das Wissen um Symbole, Codes und Kleidungsstil wichtige Voraussetzung. Verbote allein greifen zu kurz.

Entnommen aus:

„Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie“, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2008

## NeoNazis



- Gefestigte rechtsextreme Gesinnung
- Uneinheitlicher Kleidungsstil, zum Teil unauffällig, Szenemarken und Symbole spielen aber eine Rolle
- Sind in kleinen unabhängigen Gruppen organisiert, meist in Kameradschaften die untereinander vernetzt sind
- Aktivistische Orientierung – Demonstrationen, gemeinsame Abende mit Schulungen und politische Aktionen spielen eine große Rolle



## Rechte Skinheads

- Dumpfe rassistische Einstellung
- Meist an stereotypen Merkmalen zu erkennen: Glatze, Springerstiefel, Bomberjacke und betont männlich-aggressives Auftreten
- Alkohol spielt eine große Rolle, aber auch gemeinsame Fahrten zu Demonstrationen oder zu Konzerten
- Hohe Akzeptanz von Gewalt gegen andere, aber auch innerhalb der Gruppe
- Lose organisiert, man trifft sich auf Konzerten etc.

## Freie- und Autonome Nationalisten



- Sind die neueste Erscheinungsform und bekommen viel Zulauf, auch aus anderen rechtsextremen Gruppen
- Gefestigte rechtsextreme Einstellung
- Aktivistische Orientierung – Demonstrationen, gemeinsame Abende mit Schulungen und politische Aktionen spielen eine große Rolle
- Regionale Gruppen die im Regelfall überregional vernetzt sind
- Sind betont jugendlich und verwenden verstärkt neue Medien
- Fallen oft durch ihre Gewaltbereitschaft, vor allem auf Demonstrationen auf
- Ihr Kleidungsstil passt sich den verschiedenen Jugendszenen an, sie kopieren seit vielen Jahren den Kleidungsstil linksautonomer Gruppen und treten auf Demonstrationen als sogenannter „Schwarzer Block“ auf



## Die rechtsextreme Jugendszene

Zahlreiche Jugendszenen existieren neben- und miteinander, einige davon bekämpfen sich auch gegenseitig. Für Jugendliche gewinnen Gruppen von Gleichaltrigen während ihrer Sozialisation enorm an Bedeutung. Dort finden sie verschiedene Möglichkeiten, sich zu entfalten und zu erproben. Auf der überregionalen Ebene ordnen sich die verschiedenen Cliquen bestimmten Szenen zu, die sich durch soziokulturelle Gemeinsamkeiten auszeichnen. Dazu gehören ästhetische Ausdrucksformen sowie die Übernahme von Welt- und Selbstdefinitionen. Neben Subkulturen wie Gothic oder Metal, die in Teilen für rechtsextreme Einflüsse offen sind, sind die Neonazis und die rechten Skinheads zwei Jugendszenen, deren Welt- und Selbstdefinitionen ausdrücklich rechtsextrem geprägt sind. Beide Szenen vermitteln den Jugendlichen in der Gemeinschaft ein trügerisches Gefühl von Stärke und Anerkennung.

Der Versuch, rechtsextreme Gruppen trennscharf voneinander zu unterscheiden, fällt schwer. Jede Gruppe besteht aus Individuen, die in ihrer jeweils eigenen Ideologie unterschiedliche Schwerpunkte legen. Die einen fühlen sich dem klassischen Nationalsozialismus nahe, die anderen leben eher eine moderne Form des Rechtsextremismus aus. Daher können die folgenden Kategorisierungen nur Leitmarken sein, aber nicht für jede Person im rechtsextremen Milieu sprechen.

### Neue Nazis mit alten Zielen – Wofür treten Neonazis ein?

Neonazis berufen sich ideologisch auf den historischen Nationalsozialismus, wobei die Bezugspunkte innerhalb der Szene variieren. In jedem Fall vertreten sie einen völkischen Nationalismus, den sie durch „Überwindung des Systems“

verwirklichen wollen. Mit dem Begriff „System“ verschleiern sie nur schwach, dass sie sich gegen die Achtung der Menschenwürde und Demokratie richten. Menschen, die nach der neonazistischen, rassistischen Definition nicht dem „deutschen Volk“ angehören, bezeichnen sie als minderwertig. Damit rechtfertigen sie Diskriminierung und sogar Gewalt gegen diese Gruppen. Viele Neonazis sind – trotz vermehrter Zusammenarbeit mit der NPD in jüngster Zeit – parteiförmig ungebunden, weil ihrer Meinung nach Parteien zur Anpassung an das zu überwindende System neigen. Bis zu Beginn der 1990er Jahre waren die Neonazis häufig in Vereinen organisiert. Dies änderte sich dann allerdings. Denn als nach der Wiedervereinigung Deutschlands rechtsextreme Straftaten, insbesondere gewalttätige Übergriffe auf Migranten und Migrantinnen sowie andere Minderheiten, drastisch zunahmen, erhöhten die Innenministerien des Bundes und der Länder den Verfolgungsdruck auf neonazistische Organisationen. Mit zahlreichen Vereinsverboten störten sie die rechtsextreme Infrastruktur empfindlich. Zuletzt wurde 2009 der Verein „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) verboten, der seine Jugendarbeit an den NS-Jugendorganisationen „Hitlerjugend“ (HJ) und dem „Bund Deutscher Mädel“ (BDM) orientierte.

## Wie sind Neonazis heute organisiert? Freie Kameradschaften

Als Folge dieser Politik entwickelten Vordenker der Neonazi-Szene, wie Thomas Wulff, Christian Worch und Thorsten Heise, eine neue Organisationsstrategie, die vornehmlich durch eine informelle Struktur gekennzeichnet ist – die sogenannten „freien Kameradschaften“. Demnach bilden sich auf lokaler Ebene kleine, autonome Gruppen. Meistens umfassen sie 5 bis 25 Mitglieder mit einem Durchschnittsalter zwischen 20 und 25 Jahren. Sie sind aktionistisch orientiert und deswegen hochgradig mobilisierungsfähig. Dies geschieht mittels Internet und Handy für gemeinsame überregionale Aktivitäten wie Demonstrationen. Ungeachtet der dezentralen Organisation sind die örtlichen Kameradschaftsführer untereinander vernetzt, wobei auch hier wiederum einige wenige den Ton angeben. Die Vernetzung fördern die sogenannten Aktionsbüros in mehreren Regionen Deutschlands. Für Nordrhein-Westfalen ist z. B. das „Aktionsbüro Westdeutschland“ zuständig. Dieses hält auf seinen Webseiten unter anderem Propagandamaterial und Informationen für Kampagnen bereit. Da die Kameradschaften ohne Vereinsstatut, offiziellen Mitgliederstatus und Vereinsvermögen auskommen, fehlen den staatlichen Behörden Ansatzpunkte für repressive Maßnahmen. Damit besitzen die Neonazis unter dem Motto „Organisation ohne Organisation“ einen jederzeit mobilisierbaren, gemeinschaftlich agierenden Verbund.

Das Kameradschaftsleben zeichnet sich durch gemeinsame Treffen mit Stammtischcharakter aus, zum Teil finden aber auch „politische Bildungsveranstaltungen“ in Form von Vorträgen statt. Häufig ist die Existenz einer Kameradschaft von einem Führer abhängig, ohne den die Gruppe zerfällt. Weiterhin wird das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt

durch Demonstrationstourismus und den dabei zumeist auftretenden Kontakten mit den eigenen Feindbildern: linke Gegendemonstranten und Polizei. In Baden-Württemberg zählten 2008 rund 400 Personen zur Kameradschaftsszene. Regionale Schwerpunkte sind vor allem der Rems-Murr-Kreis, Rastatt, Karlsruhe und das Rhein-Neckar-Gebiet, auch jenseits der Landesgrenze.

## Autonome und Freie Nationalisten

Sie sind die jüngste und am schnellsten wachsende Gruppierung innerhalb des rechtsextremen Spektrums. Ihre ungebundene Organisation ist ähnlich strukturfrei wie die der Kameradschaften und ermöglicht es ihren Mitgliedern, sich auch in anderen rechtsextremen Kreisen zu engagieren. Die sehr heterogenen Gruppen sind im Regelfall aktionistisch ausgerichtet und haben eher jüngere Mitglieder, Personen über Mitte zwanzig findet man eher selten. In ihrem Auftreten und ihren Aktionen heben sie sich bewusst von den rechten Parteien ab und bieten so eine für Jugendliche attraktive Alternative. Bewusst wird der Erlebnisfaktor in den Vordergrund gestellt und jugendliche Auflehnung gegen das gesellschaftliche System genutzt. Optisch sichtbar wird dies auch am Kleidungsstil. Im Gegensatz zu den Neonazis alter Schule laufen sie nicht mit Seitenscheitel und Hemd herum, sondern kleiden sich bewusst jugendlich und weniger angepasst. Auf Demonstrationen traten Autonome Nationalisten in den letzten Jahren vermehrt als schwarzer Block auf. Damit kopieren Rechtsextreme das Auftreten linker Autonomen. Auch Hooligans fühlen sich mitunter angezogen von den eher erlebnisorientierten Autonomen Nationalisten. Politisch geben sich diese gerne antiamerikanisch, antiimperialistisch und antikapitalistisch. Inhaltlich bedienen sie sich mitunter auch beim politischen Gegner von links außen. Durch ihre Militanz und ihr öffentliches Auftreten kam es in der Vergangenheit zu Zwistigkeiten zwischen der NPD und den autonomen Gruppen. Mit der Aussage „unsere Fahnen sind schwarz, unsere Blöcke sind es nicht“, distanzierte sich Udo Voigt von den Autonomen Nationalisten, die bereits auf Demonstrationen auffällig geworden waren. Seine Kritik musste er aber kurze Zeit später zurücknehmen. Längst arbeiteten regionale NPD-Kräfte und Junge Nationaldemokraten (JN) erfolgreich mit ihnen zusammen. Trotzdem betonen die Autonomen ihre Eigenständigkeit gegenüber der NPD. Ihre Zahl in Baden-Württemberg kann leider nicht eindeutig quantifiziert werden, der Verfassungsschutz geht von ca. 100 Personen aus. Klar ist, dass es längst keine militante Randerscheinung mehr ist, sondern das bevorzugte Betätigungsfeld junger Rechtsextremisten.

## Alte Gefahr in neuen Kleidern – Welche Symbole und Codes spielen eine Rolle?

Als Erkennungszeichen haben Rechtsextreme verschiedene Symbole und Codes entwickelt, die sich häufig auf den Nationalsozialismus beziehen (Siehe auch Seite 37). Dazu gehört typischerweise das Hakenkreuz. Da die Verwendung aber ver-

boten ist, versuchen Rechtsextreme solche Verbote mit Zahlencodes zu umgehen. Zum Beispiel steht der Code 88 jeweils für den achten Buchstaben im Alphabet. HH ist ein Kürzel für „Heil Hitler“. Weitere Zahlencodes sind 18 für „Adolf Hitler“ oder 198 für „Sieg Heil“.

In öffentlichen Stellungnahmen sprechen sich bisweilen Neonazis gegen Gewalt aus. Angesichts ihrer ablehnenden Haltung zur Achtung der Menschenwürde, die Gewalt legitimiert, geschieht dies jedoch aus taktischen Gründen. Denn um die Öffentlichkeit nicht abzuschrecken, bemühen sie sich teilweise um ein bürgerliches Auftreten, gerade bei Demonstrationen, wo sie am ehesten nach außen sichtbar sind. So legen die Organisatoren mitunter Wert auf eine halbwegs seriöse Kleidung. Zum „Trauermarsch“ in Lübeck am 29. März 2007 schrieb beispielsweise der Veranstalter im Aufruf auf seiner Internetseite:

*„Alliierte Kleidungsstücke wie Bomberjacken und Springerstiefel sind nicht nur von der Versammlungsbehörde untersagt, sondern auch vom Veranstalter unerwünscht. Dazu zählen auch Halbschuhe mit Stablkappe. [...] Am sinnvollsten ist, Bekleidungsstücke zu tragen, die überhaupt keinen Aufdruck haben. Bedenkt bitte: Es ist ein Trauermarsch, also kleidet Euch entsprechend!!!“*

Eine neuere Entwicklung in der rechtsextremen Jugendszene ist eine zunehmende Bandbreite an Dresscodes. So tragen die rechtsextremen „autonomen Nationalisten“ schwarze Kapuzenpullover, Sonnenbrillen, Baseballmützen und Palästinenser-Tücher. Damit sind sie äußerlich nicht von Links-Automen zu unterscheiden. Sie können aber auch andere Kleidungsstile der Hardcore-Szene adaptieren und sind nur noch an wenigen Merkmalen zu erkennen. Zum Teil können dies die Ohrringe sein oder die Gürtelschnalle. Die Szeneshops im Internet haben für jeden etwas im Angebot.

## Kahle Köpfe in der rechtsextremen Szene – Welche Bedeutung haben Skinheads?

Die Auflösung fester Dresscodes betrifft teilweise auch die Skinheadszenen – so wird nun auch hier etwas modischere Kleidung getragen und die Haare werden nicht immer geschoren. Ursprünglich stammt die Skinheadbewegung aus Großbritannien und war dort zunächst eher unpolitisch. Als Gegenbewegung zu den Hippies entstand sie Ende der 1960er Jahre im Arbeitermilieu. Hauptsächlich zählten sich junge Männer dazu, von denen etliche prekäre Zukunftsaussichten besaßen. Ästhetisch legten sie mit Jeanshose, Bomberjacke, Springerstiefeln und Glatzkopf Wert auf eine aggressive Männlichkeit. Herausragende Freizeitaktivitäten waren Fußball, Randalen bis zu Schlägereien, exzessive Saufgelage und Konzerte, insbesondere von Ska-Bands. Ab den 1970er Jahren setzte dann eine Politisierung der Skinheads ein. Während ein Teil rassistische Ideen übernahm, schwenkte ein anderer Teil der Szene, die Sharp- oder Red-Skins nach links, ein dritter Teil wiederum, die „Oi!-Skins“, blieb betont unpolitisch. In dieser Zeit verbreiteten sich Skinheads auch in Deutschland. Inzwischen dominieren in Deutschland die rechten Skinheads.

Die rechte Skinhead-Szene ist durch eine gewisse Heterogenität gekennzeichnet. Es gibt keine festen Strukturen. Jede Clique ist anders. Für das Zusammengehörigkeitsgefühl spielt neben dem beschriebenen Dresscode Musik eine herausragende Rolle. Zum einen stabilisieren Konzerte die Szene durch positive gemeinsame Erlebnisse, zum anderen dienen sie der Rekrutierung neuer Mitglieder und der Verbreitung rassistischer Botschaften. Ferner festigen die genannten rechtsextremen Symbole und Codes die kollektive Identität der Skinhead-Gruppen. Ideologisch ist die Szene in weiten Teilen nicht gefestigt. Es herrscht eher ein dumpfer Rassismus vor, häufig Antisemitismus, dem autoritäre Orientierungen beigemischt sind. Zudem besteht eine hohe Gewaltbereitschaft, die bereits zahlreiche Opfer gefordert hat: in erster Linie Migranten, Schwarze, Homosexuelle und Linke. In Baden-Württemberg gab es laut Schätzungen des Landesverfassungsschutzes im Jahr 2008 etwa 700 rechtsextreme Skinheads. Damit setzt sich ein Abwärtstrend seit 2005 fort, als die Szene noch mehr als 1040 Personen zählte. In wie fern dieser Rückgang auf Verschiebungen innerhalb der Szene zurückzuführen ist, z. B. durch Abwanderungen zu den Autonomen Nationalisten oder zur JN, lässt sich nur vermuten, aber nicht quantifizieren. Auch die Krise der rechtsextremen Skinheadmusik, die in Baden-Württemberg als traditionell stark galt, scheint dafür ursächlich zu sein.



Als politische Akteurinnen werden Frauen häufig verkannt und haben es deswegen leicht, ihre Ideologie unter das Volk zu bringen. Sie tun das oft ganz subtil, etwa wenn sie sich einbringen in Ehrenämter für örtliche Vereine oder in Elternvertretungen von Schulen.

Mit der steigenden Präsenz von Frauen bekommt der Rechtsextremismus ein freundlicheres Gesicht und normalisiert sich in der öffentlichen Wahrnehmung.

Ein wachsender Frauenanteil trägt dazu bei, dass sich die braune Szene stabilisiert. Rechtsextreme Männer finden gleichgesinnte Partnerinnen, sie gründen „nationale Familien“, die sich vernetzen und soziale Parallelwelten in Deutschland schaffen.

„Natürlich müssen wir nicht auf die Teilhabe am politischen Kampf verzichten. Frauen [...] sind bewusst aus dem Schatten früherer Männerdominanz getreten, um nun selbst anzumelden, auszuführen, durchzuklagen, zu kämpfen und zu führen! Wir Frauen in der Bewegung Nationaler Sozialisten werden nicht von Partei und Vereinigungen missbraucht, sondern sind selbst schon stark genug, der Bewegung eine Richtung zu geben!“

Aktivistin des Freien Netz Jena



Ob Parfum, Schmuck oder Reizwäsche: Im Warenangebot rechtsextremer Händler spiegelt sich die wachsende und damit auch kommerziell interessante Bedeutung von Frauen in der rechten Szene.



## Frauen und Mädchen in der rechtsextremen Szene

Ein Beitrag von Ellen Esen

„Bundesvorsitz der NPD-Frauenorganisation in baden-württembergischer Hand“ meldete das Landesamt für Verfassungsschutz im November 2009 und berichtete über die Wahl der rechtsextremen Multifunktionärin Edda Schmidt aus Bisingen/Zollernalbkreis an die Spitze des „Ring-Nationaler-Frauen“ (RNF). Die 61-Jährige, deren politisches Spezialgebiet Brauchtumspflege ist, sei eine „fulminante Fehlbesetzung“ und nicht dazu geeignet, eine moderne nationale Frauengruppe zu repräsentieren, hieß es in NPD-kritischen rechtsextremen Diskussionsforen. Andere unkten, Frau Schmidt mache aus dem RNF einen Häkelverein oder gar eine „Waffel-SS“.

Szenenwechsel: „Wer kennt diese Frau?“, fragten überregionale Zeitungen im Jahr 2007. Vermummt und mit Molotow-Cocktail in der Hand warb Anne-Marie Doberenz, ehemals

Stützpunktleiterin der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Friedrichshafen und „Autonome Nationalistin“, auf Internetportalen für einen Aufmarsch der Rechtsextremen. Dieser Auftritt verhalf Frau Doberenz zu bundesweiter Bekanntheit, er wurde intern jedoch kritisiert, konterkariert er doch das Bestreben der NPD, vom Image einer rechtsextremen Schlägertruppe loszukommen.

Edda Schmidt und Anne-Marie Doberenz verkörpern gegensätzliche Frauentypen, Betätigungsfelder und Rollenbilder, die in der rechtsextremen Szene nebeneinander existieren. Frauen und Mädchen wirken heute auf verschiedenen Ebenen des rechtsextremen Spektrums mit und sind in unterschiedlichen Strömungen der rechten Szene aktiv: vom völkisch-traditionalistischen Lager bis hin zur militanten Neo-

nazi-Szene. Sie sind damit auch eingebunden in Richtungskämpfe der permanent verstrittenen Rechtsextremen. Ein einheitliches Rollenbild trifft man in der extremen Rechten nicht an. Obwohl Rechtsextreme am Ideal der Mutterschaft als die „naturgegebene Aufgabe der Frau“ festhalten, vollzieht sich im praktischen Leben der Rechtsextremistinnen ein Bruch mit dem Mutterkult und verstaubten Ideologien. Unter dem Dach eines modernen Rechtsextremismus finden heute konservativ-traditionell orientierte Frauen ihren Platz, aber auch „nationale Feministinnen“. Dabei können Frauen ihren Beitrag für das übergeordnete „Projekt Volksgemeinschaft“ frei wählen: Als Mutter, die durch das Gebären und die Erziehung möglichst vieler Kinder dem „nationalen Volkstod“ entgegensteuert oder als politische Akteurin, die sich aktiv für die „nationale Sache“ engagiert – oder beides. In der Vielfalt möglicher Rollenbilder liegt letztendlich eine Stärke des Rechtsextremismus. Er umschmeichelt diejenigen, die aufgehen in ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter und bietet ihnen Identität und Rückhalt. Für politische Aktivistinnen bringt er heute zunehmend Anerkennung als geschätzte Mitkämpferinnen gegen das verhasste „System“ der Demokratie.

Schon lange wirken Frauen und Mädchen in den verschiedenen Spektren des Rechtsextremismus mit. Neu ist allerdings, dass sie vermehrt offen auftreten und stärker in den politischen Vordergrund drängen. Dies wird seit kurzem von rechtsextremen Parteistrategen auch explizit gefördert. Man hat erkannt, dass Frauen eine wichtige Rolle als Türöffnerinnen auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft spielen können.

Kaum eine Veranstaltung der rechten Szene kommt heute ohne spezielles Begleitprogramm für Kinder und Jugendliche aus. Solche Feste und die steigende Präsenz von Frauen verleihen der rassistischen Ideologie einen freundlichen Anstrich. Sie dienen der Rekrutierung neuer Anhänger/-innen und sollen das angeschlagene Image der Rechtsextremen aufpolieren. Zugleich stabilisieren Frauen die Szene, denn sie entbinden den stolz-deutschen Mann von einer Brautschau außerhalb des eigenen ideologischen Umfelds und es kommt zur Gründung „nationaler Familien“.

Als ehrenamtlich Tätige wirken Rechtsextremistinnen in Elternbeiräten mit, geben Unterricht in Sportvereinen, organisieren Mutter-Kind-Treffen, Sonnenwendfeiern, etc. und gelten als engagierte Mitbürgerinnen, die sich in kommunale Angelegenheiten einbringen. Um ein Beispiel aus Baden-Württemberg zu nennen: Nelly Rühle, Direktkandidatin der NPD bei den Bundestagswahlen 2009 und Friseurmeisterin, beteiligt sich an einer Gewerbeschau in ihrer Kommune. Sie bietet Kinderschminken und -styling an. Den Erlös dieser Aktion spendet sie für die Neugestaltung eines Schulhofs. Damit steht sie in der Presse, nicht als Rechtsextremistin, sondern als engagierte Frau.

Ihre politische Ideologie verstecken Rechtsextremistinnen zwar nicht, aber mit offensiven und plakativen Aussagen üben sie zunächst Zurückhaltung. Klischeevorstellungen über rechtsextreme Frauen machen ihr Wirken leicht. Kaum eine der aktiven Rechtsextremistinnen sieht aus wie aus einem

BDM-Film entsprungen mit Zöpfen und langen Röcken oder läuft martialisch gekleidet als Skingirl durch die Gegend. Es sind erschreckend normale Mädchen und Frauen, die sich ganz rechts engagieren. Sie entstammen allen Gesellschaftsschichten und Berufsgruppen, bilden einen Querschnitt durch die Bevölkerung. Gemeinsam ist ihnen ein völkisches Weltbild: Sie sind Rassistinnen, Antisemitinnen, extreme Nationalistinnen. Sie bekämpfen den demokratischen Staat, das von ihnen verhasste System. Doch so lange sich das Bild der friedfertigen Frau hält, die resistenter ist gegenüber rechtsextremen Welterklärungsmodellen, werden die braunen Kameradinnen als politische Akteurinnen nicht wahr- und ernstgenommen.

Das hat verschiedene Ursachen. Zum einen werden Frauen in der Politik grundsätzlich eher als Randfiguren betrachtet. Zum anderen ist der Fokus in der öffentlichen Berichterstattung über Rechtsextremismus verengt auf spektakuläre Gewalttaten. Als Täter tritt der stolz-deutsche Recke, glatzköpfig, stiernackig, sozial randständig und bildungsfern medial in Erscheinung. Dieses Klischee bestimmt unsere Vorstellung vom Rechtsextremismus als „frauenfreie Zone“.

## Empirische Befunde zur Beteiligung von Frauen im Rechtsextremismus

Untersuchungen über politische Einstellungen lassen hingegen keinen Zweifel daran, dass Frauen und Männer gleichsam rechtsextremen Einstellungsmustern anhängen. Die Geschlechter erreichen in solchen Umfragen durchweg und über Jahre hinweg eine Parität. Im Ausleben jener Einstellungen – vom Gedanken zur Tat – haben jedoch Männer die Nase vorn. Bei der Beteiligung an Straf- und Gewalttaten ist der Anteil von Frauen beständig gestiegen, aber er ist mit 5 bis 10 Prozent immer noch marginal. Dabei darf nicht übersehen werden, dass Mädchen und Frauen nicht zuletzt als Anstifterinnen im Hintergrund sehr wohl an Straftaten mitwirken. Diese Form von Beihilfe wird jedoch meist nicht aktenkundig. Eine bemerkenswerte Veränderung zeigt sich aktuell im Wahlverhalten von Frauen. Stellten sie in der Vergangenheit maximal ein Drittel der Wählerschaft rechtsextremer Parteien, so ist dieser Wert deutlich angestiegen. Eine Repräsentativerhebung Leipziger Wissenschaftler ergab, dass der Anteil von Frauen, die ihr Kreuz bei einer rechtsextremen Partei machen (NPD, DVU, REP) von 26,5 Prozent (2006) auf 36,4 Prozent (2009) in die Höhe geschneilt ist. Eine Ursache dieser Entwicklung könnte sein, dass die NPD verstärkt auf soziale Themen setzt, Frauen ein Müttergehalt offeriert und zudem ein Kindergeld in Höhe von 500 Euro in Aussicht stellt. Solche Vergünstigungen sind jedoch ausschließlich für deutsche Frauen und Familien gedacht und offenbaren das rassistische Gesicht der Partei. Es mag auch sein, dass die „taktische Zivilisierung“ erste Früchte trägt und ein damit verbundenes moderateres Auftreten Frauen zur Stimmabgabe bewegt.

Über die Partizipation von Frauen in rechtsextremen Organisationen existieren kaum belastbare, nachprüfbare Zahlen.

Eigenangaben zufolge verfügt die NPD bundesweit über einen Frauenanteil von etwa 25 Prozent. Bei Neueintritten sollen es sogar 50 Prozent sein. Das baden-württembergische Landesamt für Verfassungsschutz beziffert den Frauenanteil am rechtsextremistischen Personenpotenzial im „Ländle“ auf 18,5 Prozent im Jahre 2008. Wie sich dieser Anteil in den verschiedenen Bereichen (Parteien, Kameradschaften, etc.) ausprägt, wird nicht erläutert. Die Partizipation von Frauen lässt sich bei Kandidaturen für rechtsextreme Parteien belegen. Von den 38 NPD-Direktbewerbern zur Bundestagswahl 2009 waren in Baden-Württemberg sieben weiblich, was einem Anteil von 18,4 Prozent entspricht. Das Durchschnittsalter der Kandidatinnen lag bei ca. 54 Jahren. Dies zeigt, dass die weibliche Seite des Rechtsextremismus keinesfalls als ein Jugendphänomen gelten kann. Überwiegend junge Frauen trifft man vor allem im Kameradschaftsspektrum, rechtsextremen Cliquen und natürlich bei der Jugendorganisation der NPD, der JN. Über den Frauenanteil in diesem Bereich kursieren ganz unterschiedliche Zahlen. Von Verfassungsschutzämtern und sonstigen Experten wird er zwischen 10 und 30 Prozent angesiedelt. Dabei gibt es erhebliche regionale Unterschiede. Jenseits der Parteistrukturen entwickelt sich zudem eine nahezu entgrenzte rechte Jugendkultur. Mit der Abkehr von der Skinhead-Szene wird sie für Mädchen und Frauen attraktiv, die sich vorher abgeschreckt fühlten vom martialischen und sexistischen Auftreten der trinkfesten, rechtsextremen Glatzenträger.

Eine verstärkte Präsenz von Frauen im rechtsextremen Spektrum zeigt sich am augenfälligsten bei Aufmärschen, Kinder- und Familienfesten und beispielweise auch im Versandangebot rechtsextremer Händler. Seit der Jahrtausendwende kommt kein Anbieter rechter Devotionalien mehr ohne eine Girlie-Abteilung aus, in der Bekleidungsstücke, Schmuck, etc. für Frauen und Mädchen angeboten werden. Zurzeit wird das Marktsegment auf Artikel für den „nationalen Nachwuchs“ ausgeweitet.

Nimmt man alle quantitativen Befunde und Einschätzungen zusammen, so verbietet es sich, Rechtsextremismus als ein Männerphänomen anzusehen. Frauen und Mädchen mischen in allen Bereichen mit. Die Tendenz geht in die Richtung von mehr weiblicher Beteiligung - leider auch an Straftaten. Auf eine größere Beteiligung und stärkere Aktivierung von Mädchen und Frauen zielen auch rechtsextreme Frauengruppen ab.

## Organisatorische Einbeziehung von Frauen im Rechtsextremismus

Die wichtigsten und mitgliederstärksten rechtsextremen Frauenorganisationen sind gegenwärtig die seit 2000 bestehende „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF) und die 2006 gegründete Frauenorganisation der NPD, der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF). Beide Organisationen sind im Gegensatz zu den meisten anderen Frauengruppen überregional organisiert und sie unterhalten regionale Ableger auch in Baden-Württemberg.

### „Gemeinschaft Deutscher Frauen“

Die „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ (GDF) trat 2000 die Nachfolge des „Skingirl-Freundeskreises Deutschland“ (SFD) an. In ihrer Tätigkeit wirkt die GDF eher innerhalb, denn außerhalb der rechtsextremen Szene. Ähnlich wie ihre Vorläuferorganisation ist die GDF eine Gruppierung, die den Zusammenhalt und Gedankenaustausch ihrer Anhängerinnen pflegt, die interne Schulungen und Treffen durchführt, die es aber nicht so sehr an die Öffentlichkeit drängt. Die GDF hegt ein sehr elitäres Bewusstsein. In einem Werbeflyer heißt es: *„Wir brauchen nicht jede, aber vielleicht gerade Dich!“ Auf ihrer Homepage schreibt die GDF: „Wir sind etwas Besonderes! Nein, nicht Du und ich – unsere Gemeinschaft!“* Von Frauen wird erwartet, sich unterzuordnen, der Sache zu dienen und dem „geliebten deutschen Volk“ zu helfen. Idealtypisch erwartet die GDF dies durch das Gebären von Kindern und eine entsprechende Erziehung des Nachwuchses im völkischen Sinn. Dementsprechend erstrecken sich die Themen der GDF vornehmlich auf Brauchtum, Kultur und Kindererziehung, alles gespickt mit einer völkisch nationalistischen Note. Seit dem Sommer 2008 besteht in Baden-Württemberg eine Regionalgruppe der GDF, die sich monatlich im Großraum Stuttgart trifft. In ihrer Selbstdarstellung heißt es: *„Wir sind eine Gemeinschaft von Mädels, Frauen und Müttern im Alter von 18 bis 55 Jahren. [...] Auch sind einige Mütter unter uns, die hin und wieder ihre Kinder mitbringen. [...] Trotz der Unterschiedlichkeiten der Frauen eint uns unser nationaler Grundgedanke.“*

### „Ring Nationaler Frauen“

Anders als die GDF richtet der im September 2006 gegründete „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) seine Tätigkeit nach außen hin aus. Einerseits geht es ihm darum, Frauen auch jenseits der NPD mit ins „nationale Boot“ zu holen. Andererseits soll er national eingestellte Frauen dazu ermutigen, politisch aktiv zu werden und Mandate zu übernehmen. Geleitet wird der RNF von der baden-württembergischen NPD-Funktionärin Edda Schmidt. Im Herbst 2009 übernahm sie das Amt von Gitta Schüller aus Sachsen, die als einzige Frau ein Landtagsmandat für die NPD bekleidet. In Baden-Württemberg verfügt der RNF neben der Landesgruppe über eine Regionalgruppe im Schwarzwald-Baar-Kreis. Diese wird von Reinhild Ufermann-Schützinger, der Ehefrau des NPD-Landesvorsitzenden, geleitet. Politische Impulse, die über das hinausgehen, was die NPD ohnehin fordert, sind vom RNF bisher nicht ausgegangen. Mittlerweile hat der RNF vier Flugblätter herausgegeben. Zwei dienten der Selbstdarstellung und Mitgliederwerbung, ein anderes forderte Müttergehalt statt Elternzeit. Ein viertes Flugblatt beschäftigt sich mit dem Thema Gender Mainstreaming. Ein Ansatz, der von rechtsextremen Frauen als Umerziehung strikt abgelehnt wird.

Zum Thema „Feminismus und Gender Mainstreaming – gelten Naturgesetze nicht mehr?“ organisierte der baden-württembergische Ableger des RNF 2008 im Raum Heilbronn eine

Vortragsveranstaltung mit Bringfriede Jung, einer hochbetagten Dame mit NS-Vergangenheit. Politische Vorträge gehören ansonsten weniger zum Repertoire der Südwestlerinnen. Ihre internen Aktivitäten, so sie an die Öffentlichkeit dringen, beziehen sich eher auf Brauchtumspflege, Ausflüge und Feiern. Zudem scheint der RNF immer noch stark beansprucht zu sein mit dem Auf- und Ausbau seiner Organisation. Seine bisherigen Veranstaltungen führte der RNF an verschiedenen Orten und in verschiedenen Ecken Baden-Württembergs durch, was darauf schließen lässt, dass ein landesweites Netzwerk am Entstehen ist.

Ob gemeinsam mit oder ohne Männer, Frauen haben die Qual der Wahl, wie sie sich im rechtsextremen Spektrum organisieren möchten. Und wer sich nicht entscheiden kann, dem steht es offen, gleich in mehreren Organisationen dabei zu sein. Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften sind im Rechtsextremismus nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Ob es rechtsextremen Frauengruppen gelingt, über die eigene Szene hinaus mehr weibliche Anhänger zu rekrutieren und für die „nationale Sache“ zu gewinnen, ist fraglich. Ein wichtiger Teilerfolg solcher Gruppierungen ist es jedoch, dass ihre Organisationen geschulte weibliche Kader hervorgebracht haben, die heute mehr und mehr vom Hintergrund in den politischen Vordergrund treten. Das über Jahre verfolgte Empowerment-Konzept scheint aufgegangen zu sein. Insofern sind Frauenorganisationen wie der „Ring nationaler Frauen“ weit mehr als ein Aushängeschild, mit dem die NPD ihr Image aufpolieren will.



## Einstieg in die rechtsextreme Jugendszene



„Erlebnischarakter“: Rechtsextreme Musik

Internet und Freizeitaktivitäten, wie z. B.:

Zeltlager und Sportevents



Aktivitäten mit rechtsextremem Hintergrund



Aussteigertelefon **0711-54 01 36 00**  
LKA Baden-Württemberg



## Erlebniswelt Rechtsextremismus

### Der Einstieg in die rechte Szene – Was macht sie so attraktiv für Jugendliche?

Der Einstieg in eine rechtsextreme Jugendszene erfolgt nicht immer als bewusste Entscheidung für die rechtsextreme Ideologie. Oftmals sind das alternativlose Umfeld mit nur wenigen Jugendgruppen oder Freizeitangeboten, der nicht erlernte kritische Umgang mit rechtsextremem Gedankengut oder die Suche nach Anerkennung ein Grund, sich leichtfertig einer solchen nach außen geschlossen und stark auftretenden Jugendclique anzuschließen.

Zudem bemühen sich Rechtsextreme mit ihren Angeboten in den letzten Jahren verstärkt um Jugendliche, da ihnen diese leichter beeinflussbar erscheinen. Hierbei zielen sie auf die Lebenswelt ihrer potenziellen Anhänger ab. Mit der Verbindung von Lebensgefühl, Freizeit- und Unterhaltungsangeboten und politischen Botschaften versuchen sie, neue Anhänger für die Szene zu gewinnen und sie in der Szene zu halten.

Zunehmend werden Jugendliche über eher unpolitische Angebote in Sportclubs oder bei Straßenfesten von jugendlichen Szeneanhängern angesprochen und mit der „Erlebniswelt“ dieser Jugendszene geködert. Uniforme Kleidung und einschlägige Symbole, Codes und Geheimsprache, die Zugehörigkeit zur Gruppe symbolisieren, ziehen junge Menschen zusätzlich an. Neben Demonstrationen, Sportevents (Fußballturniere) und Zeltlagern, die innerhalb der Szene organisiert werden und den Zusammenhalt der Gruppe stärken, sind interaktive Webangebote sowie Musik und Konzerte für Jugendliche sehr attraktiv.

### Rechtsextreme Musik – Menschenverachtung mit Unterhaltungswert

In der rechtsextremen Jugendkultur spielt, wie in den meisten Jugendkulturen, Musik eine wichtige Rolle, um dem Lebensgefühl ästhetisch Ausdruck zu verleihen. Hier dominiert vor allem der Rechtsrock. Einen musikalischen Stil „Rechtsrock“

gibt es jedoch nicht. Rechtsrock steht als Sammelbegriff für das Wirken rechter Bands in verschiedenen Musikbereichen. So werden mittlerweile von Gothic, Heavy Metal bis hin zu Volksmusik und mittlerweile sogar HipHop viele Musikrichtungen für Rechtsrock genutzt.

Rechtsrock ist menschenverachtend, fremdenfeindlich, rassistisch oder antisemitisch und ruft zu Straftaten auf. Bereits die Namen vieler rechtsextremer Bands sowie die Gestaltung der CD-Cover deuten darauf hin, was mit der Musik ausgedrückt werden soll. Bandnamen wie Blitzkrieg, Gestapo, Division Wiking, Jagdstaffel, Nordfront und Stahlgewitter verherrlichen den Krieg und zeigen den Bezug der Szene zum Nationalsozialismus. An der germanischen Götterwelt bzw. der nordischen Mythologie orientiert sich die Namensgebung von Bands wie Nordwind, Legion of Thor und Sleipnir. Viele Bands bestehen nur für kurze Zeit und lösen sich schnell wieder auf. Für ihre Lieder nutzen Bands häufig bekannte und eingängige Melodien. Mit einschlägigen Vergleichen und unzweifelhaften Anspielungen werden ihre rechtsextremen Inhalte gleichwohl deutlich. Wenn Texte gewaltverherrlichend sind, erkennt man die Absichten umso früher.

## Musik als Propagandawaffe – Wie überzeugend ist Rechtsrock?

Rechtsextremen Strategen geht es weniger darum, mit Rechtsrock Lebensgefühl auszudrücken. Für sie steht besonders die Propagandafunktion der Musik im Vordergrund. So äußerte sich der Band-Leader der rechtsextremen Skinhead-Band „Words of Anger“ in einem Interview: *„Also ich sehe die Musik wirklich als unberechenbare Waffe und als die beste Propaganda, die es gibt.“* Dieser Anspruch entspricht der im Rechtsrock weitverbreiteten Form des Message-Rock, der inhaltlich seine gegen Juden, Ausländer und Linke gerichteten Feindbilder verbreiten will und sich dazu eines relativ schlichten, gleichwohl aggressiven musikalischen Stils mit eingängigen Refrains bedient. Mit dem Titel „NS-Macht“ der Berliner Skinhead-Band „D.S.T.“ agitiert die Band gegen Juden und Schwarze: *„Schlagt sie doch nieder, haut einfach drauf; legt sie in Ketten und hängt sie auf. Erst wenn das Pack sein Blut vergießt, weißt du genau, die NS-Macht, die siegt.“*

Ein Großteil der produzierten CDs hat keine strafbaren Inhalte, nicht zuletzt um die finanziellen Interessen der Profiteure nicht durch Indizierungen zu gefährden. Trotzdem verbieten die Gerichte zahlreiche Rechtsrock-CDs wegen Volksverhetzung. Das Berliner Kammergericht verurteilte 2003 die Band „Landser“ sogar wegen Bildung von/und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung. In ihrem „Afrika-Lied“ heißt es beispielsweise *„Afrika für Affen, Europa für Weiße [...] Steckt die Affen in ein Klo und spült sie weg wie Scheiße.“* Um dem Verbot und der Beschlagnahme von CDs mit strafbarem Inhalt auszuweichen, produzieren einige rechtsextreme Musikunternehmer inzwischen international, wie Sven Pötsch, ein Kenner der rechtsextremen Musikszene, nachweist: *„So wurde zum Beispiel die CD ‚Rock gegen oben‘ der Berliner Band Landser bei Marcel Schilf in Dänemark aufgenommen,*

*in Schweden abgemixt, von einer taiwanesischen Firma in den USA gepresst, dann über Dänemark an die Hamburger B&H (Blood & Honour)-Struktur um Torben Klebe weitergeleitet, welche die CDs nach festen Kontingenten auf die weiteren deutschen B&H-Sektionen verteilte.“* Wenn es um ihre finanziellen Vorteile geht, wissen die Ultra-Nationalisten plötzlich doch die Globalisierung zu schätzen.

Dass rechtsextreme Aktivisten Rechtsrock als geeignetes Propagandainstrument bei Jugendlichen betrachten, sieht man auch am Projekt „Schulhof-CD“. In Deutschland produzierten zunächst Aktivisten der Freien Kameradschaften 2004 eine CD mit 20 Songs, die überwiegend dem Rechtsrock zuzuordnen sind, mit einer pathetischen Ansprache, die rechtsextreme Kernelemente wie Ausländerfeindlichkeit und Verharmlosung des Nationalsozialismus aufgriff. Zudem enthielt sie Post- und Internetadressen von rechtsextremen Organisationen. Die inzwischen verbotene CD verteilten Rechtsextremisten im Umfeld von Schulen und Jugendeinrichtungen. Diese Idee übernahm die NPD und brachte eine eigene CD mit Musik und Parteiwerbung heraus. Unter anderem mit dem Namen „Der Schrecken aller linken Spießer und Pauker“ wurden die verschiedenen Auflagen der Schulhof-CD in den vergangenen Bundestags- und Landtagswahlkämpfen verteilt und sorgten an vielen Orten für einen Eklat.

Auch die Zwistigkeiten zwischen den verschiedenen rechtsextremen Gruppierungen finden in den Liedtexten ihren Niederschlag. Dies kann man gut an einem Text der Band „Jagdstaffel“ aus dem Großraum Stuttgart ablesen, in dem es heißt: *„[...] so mancher Szeneguru auch nur über uns betzt. Ja, wir, wir wären Scheiße und wir wär’n Dreck. Ja, wir, wir wären Assis und wir saufen Tag für Tag. Doch leiste erstmal mehr, mein kleiner Kamerad!“*

Mittlerweile hat sogar der US-amerikanische Rechtsrock-Vertrieb „Panzerfaust Record“ das Projekt der Schulhof-CD kopiert und preist es auf seiner Website mit dem Slogan an: *„We don’t just entertain racist kids: We create them.“* – *„Wir unterhalten rassistische Kinder nicht nur: Wir schaffen sie.“* Bei aller Bedeutung von Rechtsrock zur Stabilisierung rechtsextremer Jugendkulturen und Bestätigung des Einzelnen in seiner Gesinnung, ist die Wirkung auf die Jugendlichen begrenzt. Gefestigte Demokraten werden auch durch rechtsextreme Ideologie in der ästhetischen Aufmachung von Rockmusik nicht verunsichert; der Jugendforscher Kurt Möller formulierte es so: *„Seemannslieder machen keine Seemänner und Liebeslieder bringen nicht die Liebe in die Welt.“*

## Rechtsextreme Rockmusik – Menschenverachtende Geldquelle

Die rechte Rockmusik hat sich bereits seit einigen Jahren „etabliert“, wie man unter anderem an der professionell produzierten Zeitschrift und Website „RockNord“ sieht. Sie berichtet, wie einige andere Musikmagazine auch, über Bands, Konzerte und neu erschienene CDs aus dem Rechtsrockbereich. Inzwischen bestreiten viele Rechtsextremisten als Musiker, Produzenten oder Verkäufer ihren Lebensunterhalt

mit Rechtsrock. So zählt der Verfassungsschutz für das Jahr 2008 bundesweit 146 Bands die etwa 127 Konzerte gaben. Die Quantifizierung ist schwierig, da die meisten Konzerte illegal stattfinden und als Privatfeiern getarnt werden. So kommt es, dass viele der Konzerte von den Behörden gar nicht erst registriert werden.

In Baden-Württemberg gaben in den vergangenen Jahren etliche rechte Bands mit so sprechenden Namen wie z. B. „Propaganda“ (Horb), „Tobsucht“ (Göppingen), „Racheakt“ (Mutlangen), „White Voice“ (Villingen-Schwenningen) oder „Schutt und Asche“ (Friedrichshafen) Konzerte. Die Gruppe „Race War“ aus Schwäbisch Gmünd, die seit 2000 verboten ist, machte mit unverhohlenem Bezug zum Neonazismus und mit rassistischen Liedern auf sich aufmerksam. Neben der Gruppe „Landser“ war dies die zweite Band, die als kriminelle Vereinigung verboten wurde. Einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangten auch die Bands „Noie Werte“, „Jagdstaffel“ und „Kommando Skin“, die nach wie vor aktiv sind. Eine größere Rolle spielt vor allem die Band „Noie Werte“ um den Rechtsanwalt Steffen Hammer, der gemeinsam mit anderen auch den Versandhandel und das Plattenlabel „German-British-Friendship“ (G.B.F. Records) betreibt. Die Band ist mit dafür verantwortlich, dass sich das rechtsextreme Musiknetzwerk „Blood&Honour“ in Deutschland ausbreiten konnte. „Noie Werte“ wird nun Jugendlichen auch auf der jüngsten Schulhof-CD „BRD vs. Deutschland“ angepriesen.

Für Rechtsrockbands ist es in den letzten Jahren jedoch zunehmend schwierig geworden, Konzerte in Deutschland zu veranstalten, unter anderem weil die Polizei potenzielle Vermieter von Räumlichkeiten über den politischen Charakter der Konzerte informiert. In Baden-Württemberg fanden 2008 9 Konzerte (2007 waren es noch 13 Konzerte) rechtsextremistischer Skinheadbands statt. Bands und Zuschauer reisten aber ebenso zu zahlreichen Konzerten in andere Bundesländer oder ins benachbarte Ausland, denn im Ausland kann der deutschen Strafverfolgung entgangen werden.

## Das Internet – Umschlagplatz für rechtsextreme Produkte und Propaganda

Für die Rechtsrockszene ist inzwischen auch das Internet mit Blick auf den Vertrieb immens wichtig geworden. Fast alle Musikvertriebe besitzen Websites, aber auch rechtsextreme Devotionalien wie beispielsweise T-Shirts, Fahnen und Militaria, etc. werden überwiegend über das Internet verkauft. Dadurch hat sich eine „New-Nazi-Economy“ herausgebildet. Ihr gelingt es, vor allem weil ein Online-Shop 24 Stunden erreichbar ist, potenzielle Kunden besser zu erreichen.

In Baden-Württemberg existieren momentan mindestens 5 Internet-Vertriebe. Hinzu kommt, dass Vertriebe aus dem Ausland strafbare Produkte, zum Beispiel CDs mit volksverhetzendem Inhalt oder T-Shirts mit Hakenkreuz, anbieten und somit deutsche Gesetze umgehen.

Das Internet spielt ebenso wie die Musik für die Propaganda der rechtsextremen Szene eine zentrale Rolle. Nachdem 1995 die erste rechtsextreme Website „Stormfront“ in den

USA online ging, stieg die Anzahl der deutschen rechtsextremen Websites von 1996 bis 2001 von 32 auf rund 1300. In den letzten Jahren stagniert die Anzahl bei rund 1000 Websites. Alle bedeutsamen Organisationen und Personen der rechtsextremen Szene sind im Internet präsent. Die einfache Bedienung, die multimedialen Möglichkeiten, die Interaktivität und die geringen Kosten ermöglichen es quasi jedem, ein eigenes attraktives Informations- und Kommunikationsangebot zu entwickeln. Zudem ist es möglich, anonym strafbare Inhalte über Server im Ausland in Deutschland zu verbreiten und sich dadurch der Strafverfolgung zu entziehen. Dies nutzen vor allem Neonazis zu massiver Volksverhetzung. Aber auch für legale Propaganda setzen Rechtsextreme intensiv auf das Internet. Dies gilt insbesondere für die NPD, die frühzeitig das Internet in ihren Kommunikationsmix einband. Inzwischen besitzt fast jeder Kreisverband eine eigene Website – oder „Weltnetzseite“, wie es die Rechtsextremen mitunter in ihrer germanisierten Form nennen. Sowohl der Landesverband Baden-Württemberg als auch die Stadt- und Kreisverbände haben eine im Corporate Design der Partei gestaltete Website. Auf der Website des Landesverbandes findet man aktuelle Informationen zu dortigen Aktivitäten. Weiterhin kommt man über Links zum Medienserver des Bundesverbandes, wo Rechtsrock- oder Werbevideos der Partei bereitgestellt werden.

## Wie verbessert das Internet die Handlungsfähigkeit der Szene?

Rechtsextreme innerhalb der Szene nutzen das Internet vor allem auch zur Koordinierung und zur Mobilisierung für Aktivitäten wie Demonstrationen und Konzerte. Dafür bestand gerade bei den Kameradschaften nach ihrem Strategiewechsel Mitte der 1990er Jahre zur „Organisierung ohne Organisation“ immenser Bedarf.

Angesichts des geringen Organisationsgrades der Szene nehmen sogenannte Aktionsbüros eine Schlüsselrolle bei deren Vernetzung, Mobilisierung und damit Steuerung ein. Die Websites der jeweiligen Aktionsbüros und Gruppen zeigen zudem auf, welche „Erlebniswelt“ Jugendlichen in der Szene geboten wird. Neben Informationsmaterialien, Terminen künftiger Veranstaltungen, Berichten und Videos über Demonstrationen und einem Servicebereich mit „Rechtshilfe-Archiv“ sind Druckvorlagen für Aufkleber und Sprühschablonen mit Motiven aus der Kameradschaftsszene zu finden.

Zudem findet ein reger Informationsaustausch in rechtsextremen Internet-Foren statt. In den Foren bekannter rechtsextremer Betreiber von Websites fanden sich häufiger volksverhetzende Äußerungen. Um sich vor Anzeigen zu schützen, sahen diese sich deshalb gezwungen, ihre „Kameraden“ zu zensurieren, worunter die Popularität der Betreiber in der Szene massiv litt. Dennoch tauschen sich im wahrscheinlich wichtigsten Forum der Freien Kameradschaften, dem „Freien Forum“, Nutzer darüber aus, bei welchen ausländischen Content-Providern man zu welchen Preisen seine Websites anonym einstellen kann, um der deutschen Strafverfolgung zu entgehen.



Insgesamt trägt das Internet zur Handlungsfähigkeit der rechtsextremen Szene bei, ohne dass sich bislang eine wirksame staatliche oder zivilgesellschaftliche Gegenstrategie abzeichnet.

## YouTube – Was machen Rechtsextreme in unpolitischen Portalen?

Neben den eigenen Websites entdecken immer mehr Rechtsextreme auch andere Portale im Internet zur Verbreitung ihrer Propaganda. Insbesondere erhoffen sich rechtsextreme Strategen davon, auch Jugendliche zu erreichen, die bislang nicht zur rechtsextremen Szene gehören. Im Videoportal YouTube nehmen vor allem Videos mit Rechtsrock ständig zu. Meistens sind es szenekundige Fans, die die Musik mit einigen hintereinander geschnittenen Standbildern illustrieren. Mittels dieses Portals umgehen die Rechtsextremisten zudem in Deutschland gültige Verbote von Liedern wegen Volksverhetzung bzw. Indizierungen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien. Da YouTube seine Website bei Content-Providern in den USA ins Netz stellt, wo rassistische Hetze nicht verboten ist, stehen deutsche Behörden diesem Problem einigermaßen machtlos gegenüber. Beispielsweise findet man ein Video der „Zillertaler Türkenjäger“ zu ihrem massiv antisemitischen Lied „So ist er“. Es stammt von der wegen Volksverhetzung verbotenen und dennoch weitverbreiteten rechtsextremen CD „12 Doitsche Stimmungshits“. Die Macher des Videos haben den Text „So ist er; der Jud, Jud, ...“ unter anderem mit Bildern unterlegt, in denen vermutlich israelische Soldaten auf mit Schleudern bewaffnete Palästinenser schießen bzw. auf einen am Boden Liegenden treten. Das Video verstärkt den hetzerischen Text, indem es scheinbar die Behauptungen beweist. Dabei ist das Video „professionell“ produziert. Die Szenen sind Kopien von Nachrichtensendungen und deswegen technisch von hoher Qualität. Und aufgrund der schnellen Schnitte spricht das Video ästhetisch durchaus die Sehgewohnheiten der MTV-Generation an.

Auch die Stuttgarter Band „Noie Werte“ findet sich bei YouTube. Die politische Herkunft der Band lässt sich zwischen den Balladen und den Rockliedern nicht immer genau erkennen. In den Foren der Videos outen sich dann oft Fans als Nazis. In einem Kommentar zu dem Video „Opa ich vermisse dich“ der rechtsextremen Band „Sleipnir“, das mit allerlei Bildern aus dem Zweiten Weltkrieg ausgestattet war, fand sich folgender Kommentar: „*wir haben es nicht unserem führer zu verdanken, dass wir den krieg verloren haben, sondern den generälen in der wehrmacht! die haben uns verraten und verkauft?! badebosen in russland und wasser anstatt benzin für panzer! deutschland wird niemals untergeben?!?! wir stehen wieder auf?!?! -88-*“ Die rechtsextreme Ideologie wird gleichsam an jugendliche Subkulturen angepasst transportiert, was bei entsprechend eingestellten Jugendlichen Wirkung zeigen dürfte.

Insofern dienen solche Portale den Rechtsextremen erstens dazu, sich der Strafverfolgung zu entziehen und zweitens dazu, durch eine jugendgemäße Ansprache Propaganda zu verbreiten und Sympathisanten zu rekrutieren.

## Vom Mitläufer zum Mitwisser und Mittäter in der rechten Szene

Nach einem meist eher unpolitischen Einstieg in die rechte Szene werden die Jugendlichen dann mehr und mehr mit den ideologischen Ansichten der Rechtsextremen konfrontiert, auch wenn der politische Anspruch auf den ersten Blick nicht immer zu erkennen ist. Diese münden dann schrittweise in entsprechende Aktivitäten mit rechtsextremem Hintergrund, die von der Teilnahme an rechten Demonstrationen, dem Verteilen von Propaganda bis hin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Menschen, die nicht in das Weltbild der Rechtsextremen passen, reichen. Die „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ unterstützt dies. Reinhard Koch, Leiter der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt (ARuG) in Braunschweig, beschreibt das folgendermaßen: „*Keine andere Jugendszene bietet ein so umfassendes Angebot wie die rechte. Der Jugendliche kann 24 Stunden täglich Neonazi sein. [...] Rechtsrock zum Wecken, in der Schule mit einem ‚Thor-Steinar‘-Pullover auffallen, am Nachmittag in der Innenstadt die linken ‚Zecken‘ mit den Punkfrisuren einschüchtern, abends mit den ‚Kameraden‘ saufen, und als ‚Highlight‘ am Wochenende vielleicht noch ein Aufmarsch mit zahllosen Polizisten und Gegendemonstranten oder ein hoch konspiratives und daher auch als hoch spannend erlebtes Konzert.*“

Vom Mitläufer wird man zum Mitwisser und irgendwann auch zum Mittäter. Aber ein Ausstieg aus der Szene ist schwer, denn dieser bedeutet zum einen, den „sicheren“ Hort der Gruppe zu verlassen, und zum anderen, mit der Bedrohung durch die „Kameraden“, die einst Anerkennung zollten, zu leben.



## Liederbeispiele

### „Unsere Antwort“, Band: Weiße Wölfe, CD: „Weisse Wut“

*„Und dann haben wir die alleinige Führung  
Dann weinen viele, doch nicht vor Rührung  
Für unser Fest ist nichts zu teuer  
10.000 Juden für ein Freudenfeuer  
Ihr tut unserer Ehre weh  
Unsere Antwort Zyklon B“*

Das Lied, das musikalisch im Metal-Stil gehalten ist, enthält eine selbst für rechtsextremistische Kreise ungewöhnlich offene Menschenverachtung. Es leugnet den Holocaust nicht, sondern verherrlicht ihn: Das Giftgas „Zyklon B“ wird als Antwort auf die Situation der Gegenwart präsentiert, der Mord an Juden als ein „Fest“, der Massenmord als ein „Freudenfeuer“. Der Text verweist darauf, dass der Antisemitismus auch 60 Jahre nach Auschwitz ein zentrales ideologisches Element des Rechtsextremismus ist. Ein weiteres Feindbild und ein eher noch stärkerer Zynismus tauchen auf in dem Lied:

### „Niemals“, Band: Landser, CD: „Ran an den Feind“

*„Irgendwer wollte den Niggern erzählen,  
sie hätten hier das freie Recht zu wählen  
Recht zu wählen haben sie auch  
Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch“*

Die Band kleidet diesen Text in schlichte, eingängige Country-Musik. Wenn sie auch alle Register der Provokation zieht, macht der Text doch deutlich, dass die grundlegende Botschaft ernst gemeint und ernst zu nehmen ist. In der ersten Strophe nimmt er Bezug auf die Französische Revolution und den Gedanken einer grundlegenden Gleichheit der Menschen („Bei der Revolution im alten Frankreich erfand man diesen Blödsinn, alle Menschen wären gleich“). Diese Idee, die die europäische Aufklärung prägte, hat sich im Grundgesetz beispielsweise in Artikel 1 („Die Würde des Menschen ist unantastbar“) niedergeschlagen. Rechtsextremisten lehnen eine grundlegende Gleichheit, somit auch allgemeine Menschenrechte, vielfach ausdrücklich ab.

### „Europa, Jugend, Revolution“, Band: Carpe Diem, CD: „Der Schrecken aller linken Spießer und Pauker!“ „Schulhof-CD“

*„Ich schließe meine Augen und  
lass die Gedanken ziehen  
Und denk an das Erbe Europas und  
was uns davon blieb.  
Der Traum von Frieden und Einigkeit  
unter eine Fahne gebracht  
Doch darauf die falschen Zeichen und  
dahinter die falsche Macht  
Eine Macht, der das Geld gehört  
seit viel zu langer Zeit.  
Eine Macht, die Konflikte schürt;  
gemeinsam machen wir uns frei!  
Refrain:  
Europa – Jugend – Revolution  
Für Profit und ihren Herrschaftsplan  
haben sie die Völker verkauft  
Unsere Väter auf einander losgehetzt und  
ihre Loyalität missbraucht  
Hinter Humanität und Scheinmoral  
verstecken sie ihr wahres Gesicht  
Doch wir sehen, wer hinter den Kulissen steht;  
Ihr führt uns nicht mehr hinters Licht.“*

Als Ursachen für den Ersten und Zweiten Weltkrieg begreifen Carpe Diem nicht den [...] deutschen Nationalismus und Rassismus, sondern „eine Macht, der das Geld gehört ... (habe) die Konflikte geschürt“. Deshalb hätten sich die Nationen bekämpft, die eigentlich Verbündete seien („Bruderkrieg“). Unschwer ist in diesem Zitat und im weiteren zu erkennen, dass antisemitische Stereotypen bedient werden. So heißt es in der zweiten Strophe: „Für Profit und ihren Herrschaftsplan“ hätten Mächte, die „hinter den Kulissen stehen“, „die Völker verkauft“ und die „Väter auf einander losgehetzt“. Damit werden die Täter des Nationalsozialismus zu Opfern einer internationalen Verschwörung. Wenn „Carpe Diem“ diesem Bild ein völkisches Europa entgegensetzt, greifen sie dabei auf Europavorstellungen zurück, wie sie einst die SS mit ihren Ideen vom „großgermanischen Reich“ entwarf. Ein solches im Kampf geeintes „weißes Europa“ soll in einem revolutionären Umsturz von der Jugend errichtet werden.

# Der Ausstieg als Lebensentscheidung – Ein Aussteiger aus der Szene berichtet

Aussteiger aus der rechten Szene werden von ihren früheren Kameraden als „Verräter“ verunglimpft. Persönliche Beziehungen zu den Aussteigern werden abgebrochen. „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ lautet das Motto der Rechtsextremen. Gewalt spielt ohnehin innerhalb der Szene eine große Rolle. Umso mehr müssen Aussteiger mit gewalttätigen Racheakten rechnen. Um die Sicherheit des hier interviewten Aussteigers nicht zu gefährden, wurde das Interview anonymisiert und Aussagen, die auf die Person schließen lassen, gestrichen.

## ***C. Busch: Wenn Du zu Beginn einmal schildern könntest, wie Du in die Szene reingerutscht bist?***

Aussteiger: Im Alter von 12, 13 Jahren bekam ich zum ersten Mal Kontakt zu rechtsorientierten Jugendlichen. Aus meiner heutigen Sicht würde ich sagen, dass ich nicht nach einer politischen Heimat für Rassismus oder Nationalismus suchte. Es war eher so, dass ich bedürfnisorientiert war. Ich hatte viele Probleme zu Hause und suchte eine Plattform für erlebte Gewalterfahrungen, für Anerkennung, für Familienersatz, um mein Selbstwertgefühl aufzuwerten. So stieß ich auf eine rechtsorientierte Jugendgruppe. Nicht wirklich politisch aktiv, aber sie hörte rechte Musik, ging mit rechten Symbolen um, machte den Hitlergruß, und so weiter und so fort. Das war für mich nicht so sehr wichtig. Ein Hauptgrund war für mich die Gewaltbereitschaft, also meine Gewalterfahrungen dort auch ausleben zu können. Den rechtsradikalen Touch der Gruppe nutzte ich ganz massiv zu Provokationszwecken. Damit konnte ich provozieren und den Fokus auf mich selbst lenken.

## ***Wieso bist Du genau bei dieser Gruppe gelandet?***

Es gab schon noch andere Gruppen in meinem Umfeld, aber die erfüllten diese Attribute, nach denen ich – unwissentlich – suchte, nicht. Die wichtigen Parts: provokativ, gewaltbereit, trafen nur auf diese Gruppe ausreichend zu.

## ***Wie reagierten denn Deine Eltern auf Deine Provokationen?***

Meine Eltern waren zu diesem Zeitpunkt bereits geschieden, ich lebte bei meiner Mutter. Da sie alleinerziehend war und Vollzeit arbeitete, hatte sie wenig Zeit. Als Pädagogin fuhr sie eher die Schiene des Verstehens und Begreifens, anstatt zu sagen: Bis hierhin und nicht weiter. In diesem Punkt hätte eine autoritäre Erziehung nicht geschadet.

## ***Wie reagierte Dein bisheriger Freundeskreis?***

Die meisten meines Freundeskreises waren in die Gruppe involviert oder kamen aus dem näheren Umfeld der Gruppe. Meine damalige Freundin stand der Gruppe allerdings kritisch gegenüber, nicht unbedingt wegen der Parolen oder Symbole, sondern wegen der Gewaltbereitschaft, den Auseinandersetzungen, den Straftaten, der Polizei und den Problemen, die das mit sich brachte.

## ***Gegen wen richtete sich die Gewaltbereitschaft?***

Gegen alles und jeden, die nicht zu der Gruppe gehörten.

haben. Wir hatten eine türkische Jugendgruppe vor Ort. Mit der hatten wir Auseinandersetzungen, die Leute in der Tanzschule waren Ziel unserer Übergriffe, die Gymnasiasten, andere Treffpunkte von Jugendlichen. Die Auswahl war eher willkürlich als politisch gesteuert.

## ***Gab es auch innerhalb der Gruppe Gewalt?***

Die gab es auch. Wir hatten eine Altersspanne von 12 bis ungefähr 35 Jahren, so dass es aufgrund von verschiedenen Ansichten oder hierarchischen Strukturen, die nicht eingehalten oder anders gesehen wurden, zu Auseinandersetzungen kam. Das kam nicht häufig vor, aber es gehörte dazu.

## ***Welche Rolle spielte die Musik für Euch?***

Musik war sehr wichtig. Das verband uns und es war wieder ein Mittel der Provokation. Wir hörten z. B. Lieder der Band „Radikal“. Die hatte einen in der Szene sehr bekannten Song. Das Lied heißt „Hakenkreuz“. Dort wird gesungen, „hängt Adolf Hitler den Nobelpreis um“. Das ist ja sehr widersprüchlich. Hitler hätte damals die Annahme des Nobelpreises unter sagt. Aber das Lied ist natürlich unheimlich provokant. Das war auch der Grund, warum ich das Lied hörte, nicht dass ich unbedingt eine Identifikation mit Hitler oder Hakenkreuz hatte. Wir haben außerdem Bands wie „Böhse Onkelz“ oder „Endstufe“ gehört. Das war schon sehr wichtig für uns.

## ***Spielte auch die Kleidung eine Rolle?***

Es gab schon die Anleihen sich szenenah zu kleiden; also: Bomberjacke, Lonsdale. Sachen, die in gewissem Maße sehr einfach verfügbar waren, weil man sie in ganz normalen Geschäften kaufen konnte. Anfangs Springerstiefel, weil man die als 13-Jähriger bezahlen konnte. Später kamen dann DocMartens oder Ranger hinzu, die ja wesentlich teurer sind. Das Outfit hat sich ein bisschen am Skinhead-Stil orientiert.

## ***Welche Symbole wurden in der Gruppe benutzt?***

Hakenkreuz und alles was bekannt war.

## ***Habt ihr daraufhin Probleme mit der Polizei bekommen?***

Ja, massive. Die Polizei war überhaupt nicht begeistert über das, was wir machten. Einmal wegen der Straftaten, die wir übten: Körperliche Auseinandersetzungen, auch ein hohes Maß an Sachbeschädigung. Die merkten auch, dass sich das zunehmend politisch orientierte innerhalb der Gruppe. Die Polizei versuchte schon dagegen zu setzen. Sie kam ganz oft und guckte, was passiert da. Es gab viele Verurteilungen von Mitgliedern der Gruppe. Wir wurden nicht uns selbst überlassen.

## ***Wie hat denn das sonstige Umfeld reagiert: Lehrer, Nachbarschaft, lokale Öffentlichkeit?***

Es gab schon Reaktionen. Weniger in der Schule, weil ein Teil der Gruppe nicht mehr hinging. Auch die Nachbarschaft reagierte, aber nicht unbedingt so negativ, weil viele Gruppenmitglieder aus der Nachbarschaft stammten. Und deswegen herrschte die Meinung vor, wenn von außen jemand kommt,

wie ein Polizeibeamter und sagt, „die Jungs bauen Scheiße“, verstehen die Eltern, „deine Kinder benehmen sich schlecht“. Dann neigten viele Eltern dazu zu sagen: „Du brauchst mir nicht zu erklären, wie ich mein Kind erziehe. Mach Du erstmal Deine Arbeit besser.“ Das war eher der Ton, der dort herrschte, anstatt dass jemand mal aufforderte, zu gucken, was wir den ganzen Tag machten. So etwas wurde von uns sehr wohlwollend aufgenommen, das bestärkte uns schon.

***Wie hat sich Dein Selbstwertgefühl verändert, nachdem Du in der Gruppe aktiv wurdest?***

Es hat mir auf der einen Seite sehr viel Halt gegeben, auch Identifikationsmöglichkeiten, mich mit einem bestimmten Kreis zu identifizieren, zu sagen, ich gehöre zu dieser Gruppe. Im Umkehrschluss hatte ich durch die vermeintliche Ideologie die Möglichkeit, andere noch abzuwerten und mich gleichsam aufzuwerten. Auch wenn ich mich von außen betrachtet durchaus negativ verhalten habe, machte ich sehr viele positive Erfahrungen in der Gruppe. Ich sah das nicht so: Ich benehme mich schlecht, mein Leben ist schlecht und ich mache schlechte Erfahrungen. Das Gegenteil war der Fall. Natürlich gefiel es mir nicht, wenn ich mit der Polizei viele Probleme hatte, aber ein Stück weit war der Fokus, den die Polizei auf mich hatte, auch Anerkennung, die ich bekam.

***Hat sich Deine Einstellung dann im Laufe der Zeit geändert?***

Meine Politisierung geschah während meines ersten Gefängnis-aufenthaltes. Kurz nach meiner Strafmündigkeit kam ich wegen verschiedener Gewaltdelikte und szenetypischer Straftaten für etliche Monate in den Jugendvollzug. Dort stieß ich zum ersten Mal auf junge Erwachsene, die teilweise sehr politisch engagiert waren. Ich schloss mich dieser Gruppe an, weil ich ähnliche Strukturen von draußen kannte. Die äußerten sich ähnlich, die liefen ähnlich rum. Es war für mich eine vertraute Geschichte und sie agierten in einer Gruppe. Hier fand ich wieder Familienersatz. Und das waren nun vornehmlich Leute, die nicht nur wegen normaler krimineller Delikte, sondern auch wegen politischer Delikte saßen. So bekam ich erste Kontakte zur Skinhead-Gruppe „Blood & Honour“, zu Mitgliedern rassistischer Gruppen, zu Bands. Und das in einem Alter, in dem ich mich sehr daran orientiert habe. Ich begann damit, mich persönlich über diese Ideologie und Zugehörigkeit zu definieren. Im Jugendalter auf der Suche nach mir selber, hatten einige der Insassen für mich eine Vorbildfunktion.

***War diese Phase dann ausschlaggebend für den weiteren Verlauf?***

Ja, da wurden für mich die ersten politischen Weichen gestellt und auch das erste Verstehen, dass rechter Skinhead zu sein in Wirklichkeit eine ganz andere Dimension hat, als das, was wir draußen in der Jugendgruppe gelebt hatten oder dachten zu sein. Im Gefängnis erkannte ich, es gibt eine Fläche für Engagement, für Anerkennung, für „Karriere“ im weitesten Sinne. Das war mir vorher so gar nicht klar.

***Bist Du dann in Deine alte Gruppe zurück, als Du wieder aus der Haft entlassen wurdest?***

Ich bin weniger in die alte Gruppe zurück, als dass ich die neuen Ressourcen, die ich mir im Gefängnis erschlossen hatte, nutzte. Ich hielt die Kontakte aufrecht und baute sie aus, z. B. zu Blood & Honour. Ich versuchte mein Engagement ernsthafter zu betreiben – nicht bewusst – es hat mir einfach mehr gefallen mit Leuten, die aus meiner Sicht wirklich politisch überzeugt waren, auch bereit waren, noch weiter zu gehen, was ja auf die Leute zutrifft, die im Gefängnis gesessen hatten. Ich suchte dann eher an diese Gruppierungen Anschluss als unbedingt an die alte Gruppe.

***Wie verlief Deine „Karriere“ dann weiter?***

Ich war viel unterwegs, fast im ganzen Bundesgebiet. Aber bereits nach kurzer Zeit bin ich wieder inhaftiert worden. Wegen einer politisch motivierten Straftat bekam ich eine lange Haftstrafe. Die Zeit im Gefängnis nutzte ich dann dazu, mich politisch „zu perfektionieren“. Ich las unheimlich viel, vornehmlich Bücher zu Themen, die mich interessierten, z. B. zu Freimaurerei oder Illuminaten, deutsche Geschichte und Mythologie. Das filterte ich. Das heißt, ich las das unter rechten Aspekten. Oder ich bildete mich weiter durch Literatur, die aus der rechten Szene kam. Die besorgten wir uns unter der Hand im Knast. Offiziell gab es die dort natürlich nicht. Im Grunde genommen nutzte ich die gesamte Zeit, und das sah ich damals auch so, um mich politisch weiterzubilden und zu verstehen, wofür ich mich engagierte: Was ist Nationalismus? Was ist Rassismus? Wir schufen innerhalb des Gefängnisses Kameradschaftsstrukturen, sehr feste und waren auch sehr aktiv.

***Wie entwickelte sich denn Deine Orientierung in der Haft, ging es in Richtung Skinhead-Szene oder in Richtung von Parteien?***

Skinhead zu sein, hatte damals für mich eine große Bedeutung. Partei eher weniger. Hauptsächlich aus dem Grund, weil ich die NPD damals nicht für die politische Antwort hielt, die auf meine aggressiv-rassistischen Ideologien gepasst hätte. Die NPD war zu dem Zeitpunkt für mich der Alt-Herren-Verein. Das spiegelt nach meinem Gefühl auch den Zustand in der Szene damals so wider. Die Kluft zwischen Freien Kameradschaften und der Partei war so groß, dass ein Zusammengehen problematisch gewesen wäre. Die Partei hatte einen biederen Status. Teilweise vermittelte sie das Gefühl, sie wolle aus Imagegründen keine Skinheads in ihren Reihen. Das ist ja heute total anders. Ein Großteil der Kameradschaftsaktivisten hat führende Funktionen in der NPD. Deswegen war die Partei damals nicht so mein Ding. Ich hatte Kontakt zu Parteimitgliedern, aber das war nicht so sehr meins. Insgesamt hatte ich viele persönliche, internationale Kontakte bis zu ganz vielen Leuten in der Bundesrepublik, wovon ich später auch viel profitierte.

***Wie veränderte sich Dein Leben nach der zweiten Haftentlassung? Gab es eine Rückkehr ins bürgerliche Leben?***

Ich versuchte es. Nicht weil ich es wollte, sondern weil es die Notwendigkeit mit sich brachte. Anfänglich übte ich meinen

Beruf aus, hatte eine große Wohnung. Aber irgendwann merkte ich, dass das Maß an politischem Engagement das Maß an Bürgerlichkeit überschritt. Das hieß also, ich bekam Probleme in meinem Beruf. Nicht weil ich Nazi war, sondern wegen des Zeitaufwandes, den ich in diese Aktivitäten steckte. Das machte mich unzuverlässig für die flexible Einteilung in Schichten, wenn personelle Engpässe eintraten. Das hätte ich gewährleisten müssen, das wollte ich aber nicht. Ich hatte schon das Bedürfnis, sehr viel politisch zu machen, sehr viel mich auch mit Kameraden zu umgeben. Nicht nur für politischen Aktivismus, sondern eben auch für Freizeit, Partys und Konzerte. Ich war nicht bereit Einschnitte in mein Kameradschaftsleben für meinen Beruf hinzunehmen. Das stellte mich vor das Problem, dass mein Arbeitgeber das nicht mit sich machen lassen wollte. Daraufhin musste ich mich fragen, wie orientiere ich mich beruflich, ohne dass sich das mit meiner politischen Arbeit überschneidet. Ich wollte weiter aktiv sein, aber ich wollte mich auch finanzieren und von irgendwas leben können. Ich ging dann in Berufe, die dem entgegenkamen.

***Gab es denn mal Probleme im Berufsleben, weil Du Rechtsextremist warst?***

Es war nicht unbekannt. Allerdings bin ich auch nicht offen rassistisch oder nationalistisch aufgetreten, weil das bei der Arbeit kein Thema war. Da war es wichtig zu funktionieren. Aber ich denke, es war schon bekannt.

***Was war für Dich denn so attraktiv in der Szene zu bleiben? Gerade wenn man einen gesicherten Job hat, in dem man ordentlich verdient und dann vor die Wahl gestellt wird, ob man doch lieber politisch arbeitet.***

Das war genau das, was ich zu dem Zeitpunkt wollte. Was mich also komplett erfüllte, was mich bestätigte, was mir eine richtige Aufgabe im Leben gab, was mich im Leben positionierte. Ich hatte Anerkennung in der Gruppe, in der ich aktiv war. Es machte mir auch Spaß, mich in diesem Bereich aktiv zu zeigen. Zu planen, zu organisieren, Strukturen zu erschaffen, das war das, was ich gewollt hatte. Der finanzielle Aspekt, der mein Leben natürlich auch mit beeinflusst, war eher sekundär. Das hatte nachher noch mehr nachgelassen. Das war nicht so wichtig wie dieses Leben. Geld war natürlich wichtig zum Überleben, zum Leben und zum Ermöglichen vieler dieser Aktionen. Aber die Sache an sich war wesentlich wichtiger.

***Welche Aktivitäten hattest Du betrieben?***

Ich war in mehreren Sachen aktiv. Ich war in den Freien Kameradschaften aktiv und auch in einigen anderen Strukturen. Dabei organisierte ich Konzerte – natürlich nicht ich alleine. Das ist ein immenser Planungsaufwand, gerade wenn eine ausländische Band spielt. Die Bands müssen unauffällig einreisen, ohne dass der Staats- oder Verfassungsschutz davon Wind bekommen. Wir mussten fiktive Veranstaltungsorte organisieren und Treffpunkte für die Leute, die zu den Konzerten wollten. Das war ein unheimlicher Organisationsaufwand, aber das machte unheimlich viel Spaß. Das ist ein bisschen dieses „Räuber und Gendarm“-Verhalten. Weiterhin organisierten wir

politische Kundgebungen, Demonstrationen, Ordnerdienste, Internetauftritte sowie Transparente und Flugblätter zu einem bestimmten Thema, die in der ganzen Region verteilt wurden. Wir beteiligten uns auch an der Jugendoffensive. Das heißt, es wurde versucht Jugendliche für rechte Strukturen zu begeistern, ohne dabei wirklich Politik zu betreiben, sondern sie anzusprechen und zu fragen: „Habt ihr nicht Bock mit Fußball zu spielen?“ Oder: „Wir haben noch ein paar Plätze im Bus frei, wollt ihr nicht mitfahren, was erleben und einen Kick kriegen – auch mit der Polizei?“ Das ist auch spannend für Jugendliche. Gegen die Eltern revoluzzern, was machen, was auf keinen Fall gewollt ist von denen.

***Welchen Nutzen hatte das Internet für Euch?***

Ohne das Internet wäre es sehr schwer. Das Internet brachte ein unheimliches Maß an politischer Vernetzung. Das bedeutet Kontakte, die anders nie zustande gekommen wären. Was ein weiterer Vorteil für die rechte Szene ist: Ideologie und Propaganda und rechte Inhalte kommen nahezu ungefiltert in fast jedes Wohnzimmer und auch fast jedes Kinderzimmer. Da ist keiner mehr, der das zwischenfiltert. Wenn einer schreibt, Deutschland hat den Krieg nicht angefangen und fundiert das scheinbar auch wissenschaftlich, hört sich das für einen 16-Jährigen durchaus plausibel an und bestärkt ihn vielleicht noch in der eigenen Rolle, weil es provokant ist, so etwas zu sagen. Das erreicht die Jugendlichen und ich glaube schon, dass das ein Problem ist. In Deutschland ist es ein Vorteil für die rechte Szene, dass über E-Mail, Downloadbörsen und so weiter eine ziemliche Verbreitung von Material stattfinden kann. Wenn Sie das Beispiel Musik nehmen. Eine CD ist indiziert und trotzdem sind die geschätzten Angaben bei einer Veröffentlichung einer rechten Band immer noch 2000 plus X. X sind dann vielleicht 10000 gebrannte CDs. Gerade weil es verboten ist, wird darüber geredet, es wird interessant und per Google mit einem Klick verfügbar. Das ist für Rechtsextremisten durchaus von Vorteil. Außerdem gibt es Mailinglisten oder der Massenversand per SMS, der eine Zeitlang über das Internet erledigt wurde.

***Wie war das Verhältnis zu Deinen Kameraden?***

Es gab definitiv Konflikte. Das wurde von mir aber nicht so gesehen. Ich war sehr überzeugt von dem, was ich machte, und sehr radikal in dem, wie ich das machte. Dementsprechend unnachgiebig war ich auch gegenüber den Leuten, die in meinem Umfeld aktiv waren. Später wurde mir mal von außen gesagt, dass die Leute weniger mit mir befreundet sein wollten als Angst vor mir hatten. Das hat mich sehr verletzt, weil es natürlich nicht schön ist, wenn man so etwas über sich hört. Am Anfang habe ich versucht das wegzudiskutieren und gesagt, „das ist Spinnerei, wir sind freundschaftlich verbunden gewesen“. Heute bin ich aber der Meinung, dass es Freundschaft innerhalb der rechten Szene nicht gibt. Wohl gibt es diesen Kameradschaftsverbund. Aber der Platzanweiser, wenn er denn vorhanden sein muss, ist die Ideologie. Wenn ich die wegnehme und das politische Engagement einstelle oder die politische Einstellung ändere, dann wird sich früher oder später auch die Freundschaft auflösen.



**Hattest Du in dieser Zeit noch Kontakte außerhalb der Szene?**

Nein. Ausgenommen die Familie. Die hatten irgendwann aufgegeben. Sie versuchten nicht, sich mit meinem politischen Engagement auseinanderzusetzen, sondern es wurde nicht thematisiert.

**Wie hast Du Deine Entwicklung wahrgenommen?**

Ich war zufrieden. Ich empfand das nicht als verschiedene Phasen einer politischen „Karriere“. Es war etwas Fließendes. Das war ich persönlich. Ich bin morgens aufgestanden und musste mich nicht vorm Spiegel entscheiden, heute bin ich Nazi oder ich bin keiner, sondern es war eine Selbstverständlichkeit der Überzeugung, wie man die Welt um sich herum beurteilt. Sicher gab es immer Punkte, die teilte ich nicht, und quatschte sie doch immer nach. Zum Beispiel ist die Leugnung des Holocaust nahezu eine Notwendigkeit in der Nazi-Szene. Es lässt sich schwer eine Ideologie vermarkten, die für Millionen von Toten steht. Das heißt, im Umkehrschluss muss der Holocaust wegdiskutiert werden und das wird ja auch seit Jahren versucht. Das habe ich nie wirklich geglaubt, weil die Beweislast, die Klarheit, die Eindeutigkeit zu groß ist. Aber: Ich erzählte es trotzdem. Ich verarbeitete es in Vorträgen. Ich verbreitete es weiter, ohne wirklich daran zu glauben.

**Wie ist es denn dazu gekommen, dass Du ausgestiegen bist?**

Es fand eine Veränderung in meinem privaten Leben statt, die ließ mich überdenken, ob ich mein Leben weiter so gestalten möchte. Ich hatte dann eine längere räumliche Trennung von der rechten Szene, weil ich im Ausland war. Dadurch bekam ich die Chance, aus dem alltäglichen Trott herauszukommen und nachzudenken. Soll mein Leben so weitergehen, kann ich das verantworten, gibt es Alternativen dazu? Am Ende entschied ich mich, dass ich mein Leben so nicht weiter gestalten kann und auch nicht möchte. Das war der Anfang vom Ende, der mich dazu motivierte, mich von der Szene zu trennen. Ganz deutlich muss ich hinzufügen: Die politische Auseinandersetzung kam erst danach. Der Ausstieg war keine politische Entscheidung, dass ich sagte, ich komme politisch damit nicht zurecht, sondern eher eine Lebensentscheidung.

**Wie hat denn daraufhin Dein rechtsextremes Umfeld reagiert?**

Ich war weg und bin seitdem nie wieder zurückgekehrt. Das war für mich sehr gut.

**Was fiel Dir bei Deinem Ausstieg schwer?**

Ich habe vor einem Loch gestanden, und ich wusste nicht, wie ich das wieder füllen würde. Das betraf alles, meine Musikvorlieben, meinen Kleidungsstil, auch meine Formulierungen. Ich hatte ja bestimmte Argumentationsstrukturen und eine Art und Weise mich auszudrücken, Dinge zu benennen. Mein Freundeskreis, mein Tagesablauf, meine Hobbys sind letztendlich weggebrochen. Mit dieser neuen Situation musste ich mich erst mal auseinandersetzen. Das war nicht leicht.

**Hast Du denn noch irgendwann mal etwas gehört von früheren Kameraden?**

Ich beobachte die Strukturen, auch weil sie bundesweit sehr aktiv sind. Es interessiert mich politisch, was dort passiert, in welchen Bahnen das weitergeht. Inzwischen habe ich einmal zwei frühere Kameraden auf der Straße getroffen, die aber nicht zu meinem engeren Umfeld gehörten. Das hat aber weiter keine Konsequenzen gehabt. Bedrohlich ist eher ein Mob-Verhalten. Wenn gesoffen wird und die Stimmung aufgeheizt ist und dann einer sagt, der xy wohnt hier in der Nähe. Dann hätte ich ein Problem. Aber dass ich offen angegriffen werde, halte ich nicht für so wahrscheinlich. Ich bin nicht so wichtig, dass man mich umbringen müsste. Ich bin ein Ärgernis für die rechte Szene, weil es zeigt, dass es auch einen Ausweg gibt, möglicherweise auch, weil ich mich hinsetze und darüber berichte, was ich erlebt habe und wie ich es erlebt habe und ich appelliere auch an Alternativen. Das heißt, ich habe mich nicht politisch links orientiert, das ist nicht meine politische Richtung. Ich finde es aber wichtig, sich zu positionieren und diesen Leuten zu sagen, wir sind Deutschland, wir sind die Gesellschaft, wir sind 80 Millionen und ihr habt nicht das Recht für uns zu sprechen. Das ärgert die Rechten, weil es das trifft, was die verinnerlicht haben. Dass sie für Deutschland sprechen und die Zukunft gestalten möchten. Ich möchte nicht so leben und ich möchte es auch niemanden zumuten so leben zu müssen. Deswegen stelle ich mich heute hin und sage, dass wir die Position Deutschland besetzen müssen. Die Fußballweltmeisterschaft ist ein gutes Beispiel. Patriotismus war ohne nationale Attitüden besetzt. Das hat den Rechten nicht gefallen und war sehr schlecht für sie. Das ist unsere Gesellschaft. Es ist wichtig sich dafür einzusetzen, egal welche Haarfarbe oder Hautfarbe man hat. Das dürfen wir nicht den Rechten überlassen.

**Danke für das Gespräch.**

„Ausländer sind kriminell!“

Beim Anteil verurteilter Straftäter ist der Anteil der hier lebenden Ausländer oft niedriger als bei den Deutschen. Ein großer Teil der Ermittlungen gegen Ausländer betrifft zudem ein Delikt, das Deutsche gar nicht begehen können: Verstoß gegen das Ausländer- oder Asylgesetz.

„Unter Hitler konnte man noch sicher über die Straße gehen.“

Für Juden, politisch Andersdenkende, Homosexuelle und Behinderte traf dies nicht zu. Diese wurden erst diskriminiert, dann verfolgt und zum großen Teil in Konzentrationslager abtransportiert und dort auf bestialische Art und Weise ermordet. Deutschland ist heute im Vergleich zu damals und zu anderen Ländern ein sehr sicheres Land.

„Die Ausländer nehmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg!“

Wer sind DIE Ausländer? Viele Ausländer arbeiten in Bereichen, in denen Deutsche nicht gerne arbeiten. Ausländer schaffen demgegenüber in Deutschland viele Arbeitsplätze. Über 250 000 selbstständige Ausländer beschäftigen immerhin 570 000 Arbeitnehmer, Tendenz steigend.

„Die meisten Deutschen wussten im ‚Dritten Reich‘ nichts von der Judenverfolgung und -vernichtung.“

Stimmt nicht. Die Bevölkerung hat von der Existenz von Konzentrationslagern gewusst. Außerdem war gar nicht zu übersehen, dass Juden verfolgt, verhaftet und verschleppt wurden und nie zurückkehrten.

„Die Ausländerflut überfremdet Deutschland.“

Diese Ängste sind dort am größten, wo am wenigsten Ausländer leben. Der Ausländeranteil hat sich in den letzten Jahren nicht deutlich erhöht. Ohne Zuwanderung durch Ausländer würde Deutschland vergreisen und unter dem demographischen Wandel massiv leiden.

### Vorgehen:

- Bei Diskussionen mit Rechtsextremen ist es viel wichtiger, vielleicht drei oder vier schweigende Zuhörer zum Nachdenken zu bringen, als zu versuchen, den aggressiven Wortführer umzustimmen.
- Oftmals können schon das Beharren auf Logik und direktes Nachfragen helfen.
- Pauschale Aussagen kann man in Frage stellen und konkrete Beispiele einfordern.
- Bei offensichtlicher Menschenverachtung, klarem Rechtsextremismus und verfassungsfeindlichen Aussagen müssen jedoch Grenzen gesetzt werden. So lohnt sich keine Diskussion darüber, ob der Holocaust stattgefunden hat.
- Nicht Heldentum ist gefragt, sondern Zivilcourage.

## Argumentieren gegen Stammtischparolen

Der Begriff „Stammtischparole“ ist ein Sammelbegriff für eindeutige weltanschauliche, vorzugsweise politische Botschaften, für platte Sprüche und meist auch menschenverachtende Rechthabereien. In Stammtischparolen kommt eine Gesinnung zum Ausdruck, die vorurteilsbeladen, emotionalisiert und aggressiv ist.

Deutlich werden in Stammtischparolen häufig ein autoritäres Politikverständnis, Vorurteile, eine Verharmlosung oder Verklärung des Nationalsozialismus und Benachteiligungsängste sowie Ausländerfeindlichkeit.

Wie man solchen Stammtischparolen begegnet, kommt auch auf die Situation an. Handelt es sich um einen Kreis von Personen, in dem lediglich Vorurteile wiedergegeben werden, ohne diese genauer zu reflektieren, und bei denen kein geschlossenes rechtsextremes Weltbild vorliegt – wie bei vielen rechtsorientierten Jugendlichen – so kann ein partnerschaftlicher Gesprächsstil mit guten Gegenargumenten

nützlich sein. Handelt es sich dagegen um (öffentliche) Diskussionen, in denen geschulte Rechtsextremisten das Wort ergreifen und mit Wiederholungen von inhaltlich und rhetorisch gedrehten Schlagworten und Parolen Themen diktieren und andere demokratische Diskutanten zu Rechtfertigungen zwingen wollen, sollte man vorsichtig reagieren. Doch sollte man auf jeden Fall intervenieren, um Rechtsextremisten nicht widerspruchsfrei das Forum zu überlassen. Es lohnt sich jedoch keine Diskussion darüber, ob der Holocaust stattfand oder nicht. Ebenso wenig muss man Abstriche an seiner eigenen Menschenwürde machen und sich in der Diskussion mit Rechtsextremisten herabwürdigen lassen. Nicht Heldentum ist gefragt, sondern Zivilcourage.

Wie verhält man sich jedoch konkret im Alltag, wenn man mit Stammtischparolen konfrontiert wird, die rechtsextremes Gedankengut enthalten? Wer die Welt erklären will, muss differenzieren. Aber Differenzierung ist „am Stammtisch“ nicht

gefragt. Hier geht es zumeist darum, auf komplizierte Fragen einfache und scheinbar alles erklärende Antworten zu geben, deren Wurzeln in rechtsextremer Ideologie liegen. Zum Beispiel: Wer ist Schuld an der Arbeitslosigkeit? Die Ausländer. Wer ist Schuld an der Kriminalität? Die Ausländer. Wer ist Schuld an der Bildungsmisere? Die Ausländer.

Hinzu kommt die lautstarke, unbeirrte Aggression, der man etwas erwidern möchte, die aber einen gruppendynamischen Faktor hat. Hier wird ein „Wir-Gefühl“ erzeugt, das schwer aufzulösen ist. Die Parolen können sogar, indem sie plakative und einfache, meist harte „Lösungen“ markant und lautstark propagieren, zu Aggressionen und Gewaltbereitschaft führen.

## Gesprächsregeln beachten – Wie kann man auf Stammtischparolen reagieren?

Eine wirksame Auseinandersetzung damit und Gegenargumentationen sollten verschiedene Kommunikationsebenen beachten. Inhaltlich sollte man nicht dem schnellen Wechsel von Vorurteilen folgen, sondern auf einem Thema beharren und konkrete Beispiele einfordern. Bei Entgegnungen kann man die Folgen ansprechen, die Widersprüche aufdecken („Wieso nehmen die Ausländer uns die Arbeit weg, wenn sie doch so schlecht in der Schule sind?“) und die pauschalen Zuschreibungen in Frage stellen („Wer ist wir? Wer sind die?“). In einer solchen Situation können Beharren auf Logik und direktes Nachfragen helfen. Belehrung und moralisch vorgetragene Gegenpositionen erzeugen dagegen Widerstand.

Insgesamt ist darauf zu achten, dass man gewisse Gesprächsregeln einhält und somit den anderen veranlasst, zuzuhören und auf die Argumente einzugehen. Jede Form von Überheblichkeit muss vermieden werden, es geht um Gegenargumente. Humor und leises, ruhiges Reden entspannen und bilden einen wirkungsvollen Kontrast zum lautstarken Geschrei der Wortführer. Es geht dabei gar nicht darum, eine Diskussion zu „gewinnen“, sondern überhaupt erst ein Gespräch zustande zu bringen, das andere zu einer Reflektion ihrer Sichtweise veranlasst.

## Perspektiven wechseln und authentisch bleiben – Wie gestaltet man ein Gespräch?

Gegenargumente werden zwar gerne verdreht und den dumpfen Vorurteilen kann man oft keine komplexe Differenzierung entgegensetzen, dennoch sollte man auf die Gefühle der anderen eingehen und Brücken bauen wie „Du sagst das jetzt so, aber sieh doch mal...“. So entsteht eine Beziehung, die hilft, den Gesprächsverlauf zu lenken. Bei offener Menschenverachtung und verfassungsfeindlichen Aussagen müssen jedoch Grenzen gesetzt werden.

Bezüglich des Gesprächsumfeldes gilt, dass häufig keine festgefügteten Pro- und Contra-Lager vorliegen. Insofern sollte man seine Argumente auch an die Unentschiedenen adressieren, da der Diskussionsgegner doch meist stärker seinen Vorurteilen verhaftet bleibt. Auf der moralischen Ebene zu

argumentieren ist schwierig. Zwar nimmt jeder für sich Moral in Anspruch, lässt sich darin jedoch ungern belehren. Trotzdem kann man auf das Grundgesetz oder christliche Gebote als moralische Ausgangspunkte der eigenen Argumente verweisen. Die emotionale Ebene einzubeziehen, bedeutet nicht, falsch verstandene Küchenpsychologie anzuwenden, sondern zum einen Ängste und Frustrationen anzusprechen und zum anderen den Streit nicht zu sehr eskalieren zu lassen. Ein weiteres Kommunikationsmittel, das zur Reflexion anregt, sind Perspektivenwechsel, in denen man z. B. das Problem aus der Sicht einer anderen Person betrachtet. Besonders wichtig aber ist, bei einer Diskussion authentisch zu bleiben, weil nur so die vertretenen Argumente glaubwürdig und überzeugend vermittelt werden.

## Initiative ergreifen – Welche Haltung verlangt ein solches Engagement?

Insgesamt ist es wichtig, die drei oder vier Personen, die schweigend dabei sitzen, zum Nachdenken zu bringen. Mit Kooperationspartnern kann es gelingen, das Gespräch nach logischen Kriterien zu führen und durch ruhig vorgetragene Argumente eine Wirkung auf die anderen zu entfalten.

Stammtischparolen sind im Allgemeinen keine verirrten Meinungen von Einzelnen. Die kollektive Gesinnung hinter den Parolen hat zahlreiche Sprachrohre. Aus der Berichterstattung der Massenmedien können die Parolenverkünder tagtäglich Stoff für ihre Vorurteile bekommen. Was dort in Wort und Bild veröffentlicht wird, deckt sich mit dem Erkenntnishorizont der Leserinnen und Leser. Beide bedienen sich also wechselseitig: Zeitungsmacher und Zeitungsleser. Auch darauf kann man eingehen. Wenn man meint, in einer Zeitung Diskriminierungen zu entdecken, sollte man auf jeden Fall aktiv werden und mit Leserbriefen auf die pauschalisierenden Parolen aufmerksam machen!

Als Veranstalter und Mitwirkender von öffentlichen Diskussionen ist man der „Wortergreifungsstrategie“ und damit unliebsamen Diskutanten im Übrigen nicht wehrlos ausgesetzt. So kann man sich gezielt vorbereiten und auch als Veranstalter vom Hausrecht Gebrauch machen. Informationsbroschüren und Anlaufstellen geben darüber Auskunft.

Zusammengestellt aus den Büchern von Klaus-Peter Hufer: „Argumente am Stammtisch“, Schwalbach/Ts. 2006; und „Argumentationstraining gegen Stammtischparolen“, Schwalbach/Ts. 2000

## Stammtischparolen und Gegenargumente

### **„Ausländer sind kriminell!“**

Ein gutes Drittel der Ermittlungen gegen „Ausländer“ betrifft ein Delikt, das Deutsche gar nicht begehen können: Verstoß gegen das Ausländer- oder Asylgesetz. Ein weiteres Drittel der sogenannten „nichtdeutschen Tatverdächtigen“ sind Touristen oder Menschen ohne legalen Aufenthalt. Diese werden von der Statistik nicht erfasst und können zahlenmäßig daher auch nicht mit der Wohnbevölkerung verglichen werden.

Die polizeiliche Statistik zählt lediglich Tatverdächtige. Der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen geht – so die Kriminalstatistik des Bundesinnenministeriums – bundesweit betrachtet seit Jahren zurück. Beim Anteil verurteilter Straftäter ist der Anteil der hier lebenden Migrant/-innen oft niedriger als bei den Deutschen.

### **„Die Ausländer nehmen uns Deutschen die Arbeitsplätze weg!“**

Zunächst einmal: Wer sind DIE Ausländer? Der amerikanische Investor, der brasilianische Fußballstar oder der polnische Arbeiter im Schlachthof?

Einfach die Arbeitsplätze wegzunehmen ist nicht möglich, da erst Einreise- und Aufenthaltserlaubnis, Wohnungsnachweis und andere Papiere nötig sind, bevor ein Migrant eine Arbeitsgenehmigung erhält. Außerdem ist gesetzlich geregelt, dass Inländer und EU-Bürger bei Bewerbungen für die gleiche Stelle einem Ausländer vorgezogen werden müssen („Inländervorrang“ und „Anwerbestopp“).

Viele Migranten und Migrantinnen arbeiten zudem in Bereichen, in denen Deutsche nicht gerne arbeiten, z. B. in der Produktion, als Hilfskräfte oder in Reinigungsbetrieben. Viele Bereiche der deutschen Wirtschaft, wie das Hotelgewerbe oder die Müllabfuhr, hätten ohne ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhebliche Probleme. Vom Fachkräftemangel gar nicht zu sprechen.

Außerdem schaffen Migranten in Deutschland viele Arbeitsplätze. Die über 250 000 selbstständigen Ausländer beschäftigen immerhin 570 000 Arbeitnehmer, Tendenz steigend. Und für die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland ist bestimmt nicht der in Deutschland lebende Ausländer verantwortlich.

Es leben ca. 8 Millionen Ausländer in Deutschland, davon sind rund 2 Millionen erwerbstätig. Sie erwirtschaften jährlich ein Bruttosozialprodukt von ca. 128 Milliarden Euro. Dieses Geld wird zum Großteil in Deutschland ausgegeben, stärkt die Kaufkraft und sichert Arbeitsplätze – hauptsächlich deutsche.

### **„Die Ausländerflut überfremdet Deutschland.“**

Diese Ängste sind dort am größten, wo am wenigsten Ausländer leben. Fremdenfeindlichkeit braucht keine Fremden und Antisemitismus keine Juden.

(Der Ausländeranteil in der gesamten Bundesrepublik liegt bei ca. 10 Prozent, in Ostdeutschland bei ca. 2 Prozent). Der Ausländeranteil hat sich in den letzten Jahren nicht deutlich erhöht, da viele Ausländer auch wieder wegziehen. Ohne Zuwanderung würde Deutschland schnell vergreisen und unter dem demographischen Wandel massiv leiden. (Nötig sind jährlich fast eine halbe Million Zuwanderer.) Zum Bekenntnis zu Deutschland als Einwanderungsland und zur gelingenden Integration gibt es keine Alternative.

### **„Die meisten Deutschen wussten im ‚Dritten Reich‘ nichts von der Judenverfolgung und -vernichtung.“**

Stimmt nicht. Die Bevölkerung hat von der Existenz von Konzentrationslagern gewusst.

Außerdem war gar nicht zu übersehen, dass Juden verfolgt, verhaftet und deportiert wurden und nie zurückkehrten. Die Diskriminierung von Juden war im Nationalsozialismus alltäglich und wurde schon in der Schule gelehrt.

### **„Unter Hitler konnte man noch sicher über die Straße gehen.“**

Für Juden und Jüdinnen, politisch Andersdenkende, Homosexuelle, Menschen mit Behinderung oder für unangepasste Jugendliche traf dies zum Beispiel nicht zu. Diese wurden erst diskriminiert, dann verfolgt und zum großen Teil in Konzentrationslager abtransportiert und dort auf bestialische Art und Weise ermordet.

Nicht zu vergessen ist die alltägliche Zensur, die gleichgeschaltete Presse und die dadurch stark eingeschränkte Medienberichterstattung über die tatsächliche Sicherheit.

Deutschland ist heute im Vergleich zu anderen Ländern ein sehr sicheres Land. Die Angst vor Kriminalität ist höher, als es die Kriminalstatistik hergibt. Mit Ausnahme vielleicht der Ängste, die Rechtsextreme auch heutzutage noch verbreiten.





## Was tun gegen Rechtsextremismus?

### Jeder Einzelne kann etwas gegen Diskriminierung, Rassismus und Gewalt und für Toleranz und Menschlichkeit tun!

Die Verantwortung kann und darf nicht nur den staatlichen Institutionen (Polizei, Gerichten, Verfassungsschutz) alleine zugewiesen werden. Sie muss in Politik und Gesellschaft, konkret und konsequent vor Ort an Schulen, Universitäten und in der Erwachsenenbildung, den Parteien, Medien, am Stammtisch, in den Vereinen oder auch in Leserbriefen auf kommunaler und regionaler Ebene wahrgenommen werden!

Wenn man Rechtsextremisten nichts entgegensetzt, gibt man ihnen die Chance, die Demokratie auszuhöhlen. Darum ist es wichtig, als Demokraten gemeinsam gegen Rechtsextremismus vorzugehen – gegen rechtsextreme Meinungen und Einstellungen und erst recht gegen Gewalttaten.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg engagieren sich bereits in der Zivilgesellschaft und erfüllen damit eine demokratische Gesellschaft mit Leben.

Ein solches Engagement stellt bereits einen hohen Wert an sich dar. Ein Nebeneffekt ist, dass überzeugte Demokraten und Demokratinnen vor Rechtsextremismus gefeit sind. Dies gilt umso mehr für Jugendliche, die gerade in dieser Lebensphase für das weitere Leben prägende politische Wertvorstellungen herausbilden. Wer hier in seinem demokratischen Engagement Anerkennung erfährt, achtet die Menschenwürde anderer und ist für die Demokratie gewonnen.

Im Folgenden sollen beispielhaft einige Projekte vorgestellt werden.

### Demokratiepolitik und -pädagogik – Möglichkeiten zur Stärkung der Demokratie

Die beste präventive Strategie gegen Rechtsextremismus ist die Stärkung der Demokratie. Denn auch wenn es manchmal so scheint: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss fortwährend neu gelernt und erarbeitet werden.

Ähnlich wie die Friedrich-Ebert-Stiftung bieten in diesem Zusammenhang mehrere Institutionen und Organisationen deutschlandweit Veranstaltungen an, die ein Bewusstsein für demokratische Abläufe und Partizipation schaffen.

Auch in Schulen kann einiges zum Thema Demokratieförderung getan werden. Für Schulen ist z.B. das „Netzwerk für Demokratie und Courage“ oder das Programm „Demokratie lernen & leben“ bedeutsam. Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung führte das Programm von 2002 bis 2007 durch. Dieses Schulentwicklungsprogramm möchte durch eine Demokratisierung von Unterricht und Schulleben die Schülerschaft motivieren und befähigen, die Zivilgesellschaft aktiv mitzugestalten.

An der Realschule in Salem zum Beispiel hat sich ein Innovationsteam, zur Hälfte bestehend aus Schüler/-innen, gebildet. Dieses Team hatte gemeinsam die bestehende Pausenregelung als Problem festgestellt und sich auf eine Verbesserung verständigt: Seitdem gibt es an dieser Schule die sogenannte „bewegte Pause“, in der Mannschaftsspiele, Stelzen laufen, Jonglieren oder Gummihüpfen angeboten wird. Hier haben die Schüler/-innen die Erfahrung machen können, dass Ihre Ideen und Vorstellungen ernst genommen werden und bei der Umsetzung Unterstützung finden.

Auch an der Eduard-Spranger-Schule in Reutlingen gab es ein Demokratie-Projekt. Hier hatte man sich zum Ziel gesetzt, das Miteinander vieler Schüler/-innen aus unterschiedlichsten Kulturkreisen zu verbessern. Bei einem Anteil von 45 bis 50 Prozent an Schüler/-innen mit Migrationshintergrund und vielen Kindern aus Übergangswohnheimen oder schwierigen familiären Verhältnissen war der Wunsch nach einem besseren Miteinander groß. Im Rahmen ihres Schulsozialpraktikums kümmerten sich daraufhin etliche Schüler der 8ten Klasse um Lernhilfen und Unterstützung von Grundschulern. Sie gehen einmal die Woche zu ihren „Patenkindern“ in die Familie, helfen bei Hausaufgaben oder unterstützen Eltern, die wenig Deutsch sprechen beim Elternabend. Die Schüler haben dabei Verantwortung übernommen und machen die Erfahrung, dass jede und jeder Einzelne zu einem gelungenen Miteinander beitragen kann.

Ferner sind Jugendvereine, -verbände und -initiativen wichtige Foren, in denen Jugendliche anerkannt werden und sich selbstbestimmt engagieren können. Diese Bestätigung als mündige Bürger und Bürgerinnen vollzieht sich nicht nur in den politischen Jugendverbänden, sondern ebenfalls in sozialen, kulturellen, kirchlichen oder Sportorganisationen. Ein Engagement in Vereinen bestärkt nicht nur Jugendliche in einer demokratischen Haltung, sondern ebenfalls Erwachsene. Eine lebendige Vereinslandschaft wie in Baden-Württemberg ist deshalb eine wichtige Basis der Demokratie. Sich für die Demokratie zu engagieren bedeutet auch, offensiv für eine offene Bürgergesellschaft einzutreten, dazu tragen beispielsweise interkulturelle Wochen oder Freundschaftsfeste bei.

## Historisch-politische Bildung – Vergangenheit erinnern – Zukunft gestalten

Auch die historisch-politische Bildung leistet durch die Aufarbeitung der Verbrechen der Nationalsozialisten wert-

volle Beiträge für die Achtung der Menschenwürde und die Demokratie. In Baden-Württemberg gibt es beispielsweise in einigen Landesteilen NS-Gedenkstätten, die eine historische Ausstellung zum Nationalsozialismus präsentieren. Diese bezieht sich stets auf die Geschichte der Einrichtung und holt somit die zeitlich und vermeintlich auch räumlich entfernte Epoche mit den Verbrechen der Nationalsozialisten vor die eigene „Haustür“.

In Deutschland einmalig ist die Dauerausstellung „Die Ermittler von Ludwigsburg“. Sie beherbergt eine Dokumentation über die Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Neben insgesamt 12 KZ-Gedenkstätten gibt es seit dem Jahr 2006 auch in Stuttgart ein Zeichen der Erinnerung: Am inneren Nordbahnhof, dem Ort, von dem aus die Deportation der Stuttgarter Juden und Jüdinnen begann.

## Rechtsextremismus entgegentreten – Wie kann man sich engagieren?

Um sich gegen Rechtsextremismus engagieren zu können, ist es notwendig, sich über das Thema Rechtsextremismus zu informieren. Viele Organisationen und Institutionen bieten Informationsveranstaltungen, Diskussionsrunden, Workshops oder Ausstellungen zum Thema an oder informieren über ihre Internetseiten sowie in Büchern, Zeitschriften und Berichten.

Die OnlineAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet zum Beispiel in ihrem Modul „Rechtsextremismus“ Texte, Unterrichtsmaterialien und Links zum Thema an.

Im Verfassungsschutzbericht werden jährlich vom Verfassungsschutz des Bundes und der Bundesländer die Ergebnisse der Beobachtung extremer und möglicherweise gegen die Verfassung verstoßender Tatbestände dargestellt.

Nachrichten zum Thema Rechtsextremismus können zum Beispiel auch über Informationsdienste wie den „Blick nach Rechts“ – ein Informationsdienst von Journalisten – bezogen werden.

Wenn man informiert ist, weiß man auch genauer, in welchen Bereichen man sich gegen Rechtsextremismus engagieren kann. Auch in Baden-Württemberg gibt es einige Projekte, die sich ausdrücklich gegen Rechtsextremismus einsetzen. Die Auswahl der Aktivitäten gegen Rechtsextremismus geschieht hier unter der Maßgabe, dass eine demokratische Gesellschaft sich ihrer Gegner und Gegnerinnen erwehren sollte, und zwar so, dass sie weiterhin eine demokratische Gesellschaft bleibt. Deswegen dürfen die Mittel zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht den Zweck, die Erhaltung der demokratischen Gesellschaft, konterkarieren. Das bedeutet, dass natürlich auch Rechtsextremisten eine Menschenwürde besitzen, die nicht verletzt werden darf. Nicht Rechtsextremisten als Menschen sind die Gegner, sondern rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen.

Bisher gibt es in Baden-Württemberg schon eine Reihe von Initiativen und Institutionen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren und durch Bildungsarbeit und Gegenveranstaltungen zu Nazi-Demonstrationen versuchen, über die Menschenfeindlichkeit Rechtsextremer aufzuklären:

So auch in Ulm, wo Rechtsextremisten für den 1. Mai 2009 eine Demonstration angemeldet hatten. Im Vorfeld gründete sich ein Bündnis aus allen demokratischen Parteien, aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, Kulturgruppen, Vereinen bis hin zum örtlichen Automobilclub. Vor und nach dem 1. Mai organisierte man eine Vielzahl von Veranstaltungen – von Gottesdiensten über Vorträge bis hin zu Musikveranstaltungen. Am 1. Mai konnte trotz rechtsextremer Demonstranten in Ulm ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt werden.

Das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ setzt auf die langfristige und aktive Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schülern mit Rassismus und Diskriminierung. Zunächst müssen sich mindestens 70 Prozent aller Schulangehörigen (Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und andere Schulbedienstete) durch ihre Unterschrift zu den Grundsätzen eines sozialen, solidarischen und friedlichen Miteinanders bekennen. Ferner bedeutet aktive Auseinandersetzung, dass diesem Bekenntnis auch eigenständig entwickelte Projekte und Maßnahmen folgen, die diese Grundsätze in Schulkultur und Öffentlichkeit realisieren. In Baden-Württemberg tragen bereits 49 Schulen den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Anlässlich verschiedener rechtsextremer Demonstrationen haben sich immer wieder lokal Bürgerinnen und Bürger zusammengeschlossen, um mit Unterschriftenaktionen, selbst organisierten Demonstrationen für Demokratie und die Achtung der Menschenwürde sowie mit Informationsveranstaltungen, Plakataktionen und ähnlichen Aktivitäten ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen.





## Rosenberg – Eine Gemeinde wehrt sich gegen Rechts

In Rosenberg-Hohenberg erwarb 2004 ein bekannter Neonazi, Andreas Thierry, über Strohmannen im Zuge einer Zwangsversteigerung die frühere Gaststätte „Goldenes Kreuz“. Kurz darauf verlegte die Landes-NPD ihre Geschäftsstelle, sowie einige Kader ihren Wohnsitz in den 550 Personen zählenden Ort. Im Juli 2009 gelang es der Gemeinde, das Gebäude wieder zu erwerben. Vorausgegangen waren zahllose Veranstaltungen und Aktivitäten gegen Rechts, getragen von einem breiten Bündnis. Beteiligt waren neben zahlreichen Amtsträgern des öffentlichen Lebens auch Mitglieder aller demokratischen Parteien, die Kirchen, die Schule und zahlreiche Menschen aus der Gemeinde und der gesamten Region. Für den umfangreichen Einsatz für Vielfalt und Toleranz hat die Gemeinde Rosenberg am 25. September 2009 von der Bundesregierung die Auszeichnung „Ort der Vielfalt“ verliehen bekommen.

**Wir interviewten Uwe Debler, den Bürgermeister der Gemeinde, die sich erfolgreich wehren konnte:**

***Sehr geehrter Herr Debler, können Sie uns sagen, wie Sie damals überhaupt erfahren haben, dass sich bekennende Rechtsextremisten in Ihrem Ort angesiedelt haben, und wie die Reaktionen darauf waren?***

Die erste Information, dass Rechtsextremisten über Strohmannen die Gaststätte „Goldenes Kreuz“ in Hohenberg erworben haben, kam vom Staatsschutz. Als wir dann weiter recherchiert haben, waren wir sehr betroffen, dass sogar ein sehr bekannter Neonazi Eigentümer dieses Hauses geworden ist.

***Wie erklären Sie sich, dass Neonazis ausgerechnet in Ihrer Gemeinde Fuß fassen wollten?***



Die Neonazis waren nicht auf unsere Raumschaft fokussiert, sondern auf der Suche nach einem sehr günstigen Objekt. Dass sie dies ausgerechnet bei uns gefunden haben, war ein bedauerlicher Zufall.

***Wie haben Sie versucht, dagegen vorzugehen?***

Der Erwerb war nicht mehr rückgängig zu machen. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben nach gründlicher rechtlicher Prüfung feststellen müssen, dass nur ein gemeinsames, deutliches Engagement auf breiter Basis angelegt für Demokratie und gegen Rechtsextremismus ein erfolgversprechendes Mittel gegenüber den Zielen der Neonazis sein kann.

***Wie ist es in der Gemeinde gelungen, ein breites Bündnis gegen Rechts auf die Beine zu stellen?***

Durch intensive Aufklärungsarbeit, durch zahlreiche Versammlungen und Gespräche und durch breite Unterstützung aller gesellschaftlicher Gruppierungen ist es uns gelungen, dieses umfassende Bündnis ins Leben zu rufen. Dadurch konnte auch der Versuch der Rechtsextremen, die Gesellschaft zu spalten, verhindert werden.

***Wer hat sich alles daran beteiligt?***

Ganz Hohenberg mit allen Vereinen, Vereinigungen und Gruppierungen hat sich quer durch alle Altersschichten solidarisiert und deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Neonazis mit ihrer Gesinnung im Ort nicht willkommen sind. Ein lokales Bündnis, in dem sich gemeinsam alle demokratischen Parteien, Kirchen, Vereine, Vereinigungen, Schulen, Unternehmen und Privatpersonen für Demokratie, Vielfalt und Toleranz stark machen, ist ein sehr effektives und wirksames Instrument im Engagement gegen Rechtsextremismus. Wie wichtig es vielen Menschen war, sich für Demokratie und gegen Vergessen einzusetzen, wurde dadurch deutlich, dass sehr viele zum ersten Mal in ihrem Leben überhaupt an einer Kundgebung und an einer Demonstration teilgenommen haben.

***In Baden-Württemberg ist die Jugendorganisation der NPD, die Jungen-Nationaldemokraten (JN) sehr stark.***

***Wie hat die Jugend bei Ihnen auf die Ereignisse reagiert?***

Es war sehr erfreulich, dass sich sehr viele Jugendliche aus unserer Raumschaft für die Arbeit des lokalen Bündnisses gegen Rechtsextremismus interessiert haben und verstanden haben, wie wichtig es ist, klare Zeichen gegen Extremismus zu setzen.

***Welche Rolle spielte die Presse bei den Aktivitäten gegen die Rechtsextremisten?***

Weder Presse noch Verwaltung waren auf den Umgang mit diesem Thema vorbereitet. Sehr schnell aber wurden Gemeinsamkeiten erfasst und über Extremismus sachlich recherchiert und informiert. Die Medien tragen große Verantwortung beim Umgang mit diesem Thema und leisten einen wesentlichen Beitrag zum sachgerechten Umgang mit Extremismus.

***Was hat den Ausschlag dafür gegeben, dass die Neonazis wieder aus der Gemeinde verschwunden sind?***

Möglicherweise fehlende finanzielle Mittel. Aber sicher auch die Trennung des Eigentümers von der Landes-NPD war ein Grund für das Verschwinden der Neonazis. Mit Sicherheit hat aber auch der permanente, breite, gemeinsame Widerstand der Bevölkerung seinen Beitrag geleistet, um den Neonazis in Hohenberg keinen Raum für Entfaltung zu überlassen.

***Wie setzt sich ihre Gemeinde nach dieser Erfahrung mit dem Thema auseinander, verfolgen Sie eine Präventionsstrategie?***

Besonders erfolgversprechend ist eine nachhaltige, langfristige, aktive Präventions- und Informationsarbeit quer durch alle Altersschichten.

***Welchen Rat würden Sie anderen Gemeinden geben, die von ähnlichen Ereignissen betroffen sind?***

Information, Prävention und Einbindung aller Gruppierungen, aller Altersschichten sind Grundlage für eine gemeinsame und erfolgreiche Strategie gegen Rechtsextremismus.

## Initiativ werden gegen Rechts – Einige Beispiele

### Veranstaltungen und Diskussionsrunden

#### **Friedrich-Ebert-Stiftung**

Bietet deutschlandweit Veranstaltungen an oder zeigt Ausstellungen, die ein Bewusstsein für demokratische Abläufe und Partizipation schaffen und über Rechtsextremismus informieren. [www.fes.de](http://www.fes.de)

#### **NS-Gedenkstätten in Baden-Württemberg**

Bieten Ausstellungen zur lokalen NS-Vergangenheit und Bildungsveranstaltungen zum Thema an.

### Bücher, Zeitschriften, Internet und Infodienste

#### **Verfassungsschutzbericht**

In ihm werden jährlich vom Verfassungsschutz des Bundes und der Bundesländer die Ergebnisse der Beobachtung extremer und möglicherweise gegen die Verfassung verstoßender Tatbestände dargestellt.

#### **Bundesamt für Verfassungsschutz**

Informationsportal über die Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz. [www.verfassungsschutz.de](http://www.verfassungsschutz.de)

#### **Landesamt für Verfassungsschutz**

Informationsportal über die Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz. [www.verfassungsschutz-bw.de](http://www.verfassungsschutz-bw.de)

#### **Bundeszentrale für politische Bildung**

Hält ein breites historisches und politisches Informationsangebot vorrätig, ebenso auch zu Demokratie und Rechtsextremismus. [www.bpb.de](http://www.bpb.de)

#### **Team Mexx**

Mit Zivilcourage gegen Extremismus. Ein Projekt der Bundeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. [www.team-mex.de](http://www.team-mex.de)

#### **Blick nach Rechts**

Informationsdienst von Journalisten mit Nachrichten zum Thema Rechtsextremismus. [www.bnr.de](http://www.bnr.de)

#### **NPD Blog Info**

Informationsportal über die NPD [www.npd-blog.info](http://www.npd-blog.info)

#### **OnlineAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Online-Portal mit einem Modul gegen Rechtsextremismus. Hintergrundtexte, Lehrerinformationen, Unterrichtsmaterialien und Links zum Thema. [www.fes-online-akademie.de](http://www.fes-online-akademie.de)

#### **Weitere Projekte und Materialien der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Rechtsextremismus**

[www.fes.de/rechtsextremismus](http://www.fes.de/rechtsextremismus)

### Engagement in Bündnissen und Initiativen gegen Rechts

#### **Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.**

Erinnert an die nationalsozialistischen Verbrechen und die SED-Diktatur. [www.gegen-vergessen.de](http://www.gegen-vergessen.de)

#### **Mucke gegen Rechts**

Musiker wie Jan Delay, Die fantastischen Vier oder auch Such a surge, die sich gegen Rechts zusammengeschlossen haben. [www.mucke-gegen-rechts.de](http://www.mucke-gegen-rechts.de)

#### **Nazis aus dem Takt bringen**

Musikcontest gegen Rechtsextremismus [www.nazisaudemtaktbringen.de](http://www.nazisaudemtaktbringen.de)

#### **Mut gegen rechte Gewalt**

Organisation, die sich mit Zivilcourage gegen rechte Gewalt einsetzt. „Mut gegen rechte Gewalt“ wurde vom Magazin „Stern“ ins Leben gerufen. [www.mut-gegen-rechte-gewalt.de](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de)

#### **Amadeu Antonio Stiftung**

Gesellschaft mit dem Ziel, demokratische Strukturen zu stärken und rechte Strukturen in ihrer Ausweitung zu hemmen. [www.amadeu-antonio-stiftung.de](http://www.amadeu-antonio-stiftung.de)

### Teilnahme an Programmen für Toleranz und gegen Rassismus

#### **Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage**

Setzt auf die langfristige und aktive Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit Rassismus und Diskriminierung. In Baden-Württemberg tragen bisher 49 Schulen (Stand Januar 2010) den Titel einer „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. [www.schule-ohne-rassismus.org](http://www.schule-ohne-rassismus.org)

#### **Demokratisch Handeln**

Wettbewerb zur Förderung einer demokratischen Haltung [www.demokratisch-handeln.de](http://www.demokratisch-handeln.de)

#### **Vielfalt tut gut**

Das Programm „Vielfalt tut gut“ ist Teil des Aktionsprogramms der Bundesregierung „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. [www.vielfalt-tut-gut.de](http://www.vielfalt-tut-gut.de)

## Literaturauswahl zum Weiterlesen

### **asp – agentur für soziale Perspektiven e.V. (Hrsg.):**

Versteckspiel. Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen. Regionalausgabe Rhein-Ruhr/NRW, Berlin 2007

**Das Bundesinnenministerium und die Landesinnenministerien** geben jährlich einen Verfassungsschutzbericht heraus, der über deren Internetseiten zu beziehen ist

### **Bundesamt für Verfassungsschutz:**

Symbole und Zeichen der Rechtsextremisten, Köln 2006

### **Bibouche, Seddik; Dinger, Gerhard u.a.:**

Rechtsextremismus und sein Umfeld. Eine Regionalstudie und die Folgen für die Praxis, Hamburg 2008 (über den Rems-Murr-Kreis)

### **Braun, Stephan; Gerster, Martin (Hrsg.):**

Strategien der extremen Rechten, Wiesbaden 2009

### **Braun, Stephan; Hörsch, Daniel (Hrsg.):**

Rechte Netzwerke – eine Gefahr, Wiesbaden 2004

### **Butterwegge, Christoph/Lohmann, Georg (Hrsg.):**

Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt, Opladen 2000

### **Decker, Oliver/Brähler, Elmar:**

Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren, erstellt im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006

### **Gamper, Markus/Willems, Helmut:**

Rechtsextreme Gewalt – Hintergründe, Täter und Opfer. In: Heitmeyer, Wilhelm/Schröttle, Monika (Hrsg.): Gewalt, Beschreibung, Analyse, Prävention, Bonn 2006

### **Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.):**

Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004

### **Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.):**

Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert – Hintergründe – Methoden – Praxis der Prävention, Schwalbach i.T. 2007

### **Grumke, Thomas/Wagner, Bernd (Hrsg.):**

Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Opladen 2002

### **Häusler, Alexander (unter Mitarbeit von Jürgen Peters):**

Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung“. Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO DEUTSCHLAND, Düsseldorf 2007

### **Hufer, Klaus-Peter:**

Argumente am Stammtisch, Bonn 2006

### **Klärtner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.):**

Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Hamburger Edition, Hamburg 2006

### **Klein, Ludger:**

Die Demokratie braucht die Zivilgesellschaft. Plädoyer für eine integrierte Strategie gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit, Bonn 2007

### **Kohlstruck, Michael:**

Rechtsextreme Jugendkultur und Gewalt, Berlin 2002

### **Kulick, Holger (Hrsg.) u.a.:**

Mut-ABC für Zivilcourage – Ein Handbuch gegen Rechtsextremismus, Leipzig 2008

### **Miteinander e.V. und Arbeitsstelle Rechtsextremismus in Braunschweig (Hrsg.):**

Streiten mit Neo-Nazis, Magdeburg 2007

### **Molthagen, Dietmar; Korgel, Lorenz (Hrsg. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung):**

Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, Bonn 2009

### **Pfahl-Traughber, Armin:**

Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 2006

### **Röpke, Andrea/Speit, Andreas:**

Braune Kameradschaften. Die militanten Neonazis im Schatten der NPD, Berlin 2004

### **Ruf, Christoph; Sundermeyer, Olaf:**

In der NPD. Reisen in die National befreite Zone, München 2009

### **Speit, Andreas:**

Mythos Kameradschaft. Gruppeninterne Gewalt im neonazistischen Spektrum, Braunschweig 2005

### **Stöss, Richard:**

Rechtsextremismus im Wandel, Berlin 2005

### **Staud, Toralf:**

Moderne Nazis. Die Neuen Rechten und der Aufstieg der NPD, Köln 2005

### **Wagner, Bernd:**

Die Szene rechtsextremer Gewalt in den neuen Bundesländern. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Auf dem Weg zum Bürgerkrieg, Frankfurt am Main 2001

## Unterrichtsmaterialien

### **„Lern- und Arbeitsbuch gegen Rechtsextremismus – Handeln für Demokratie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2008:**

Das Handbuch enthält 30 Bausteine zu einzelnen thematischen Aspekten des Rechtsextremismus und seiner Bekämpfung. Die Bausteine bieten Informationen zum Thema und eine didaktisch-methodische Anleitung für eine entsprechende Seminareinheit. Sie sind beliebig miteinander kombinierbar, je nach gewünschter Zielrichtung bzw. Zielgruppe des Seminars. Im ersten Teil des Bildungsmoduls werden in den Kapiteln „Rechtsextremismus“ sowie „Demokratie und Gesellschaft“ wissensorientierte Bausteine angeboten. Aktionsorientierte Module zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Schule, Jugendarbeit und im kommunalen Kontext sowie der Zivilgesellschaft finden sich im zweiten Teil der Publikation.

Zahlreiche weitere Publikationen und die Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie unter:  
*[www.fes.de/rechtsextremismus](http://www.fes.de/rechtsextremismus)*

### **Meyer, Gerd; Dovermann, Ulrich; Frech, Siegfried und Gugel, Günther (Hrsg.):**

Zivilcourage lernen. Analysen – Modelle – Arbeitshilfen, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2004

### **Brinkmann, Heinz Ulrich; Frech, Siegfried; Posselt, Ralf-Erik (Hrsg.):**

Gewalt zum Thema machen. Gewaltprävention mit Kindern und Jugendlichen, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2008



## Autor

Dr. rer. pol. Dipl.-Päd. Christoph Busch

Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Universität Siegen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rechtsextremismus, politische Bildung, politische Kommunikation und sozialwissenschaftliche Methoden. Aktuelle Veröffentlichung: Konfliktbearbeitung an Schulen durch demokratiepädagogische Jugendforschung, Münster 2007.

## Co-Autor

Marcel Brückmann

Studiert an der Universität Siegen Geschichte und Sozialwissenschaften. Neben dem Studium hatte er dort eine studentische Forschungsstelle über die rechtsextreme Szene in Siegen-Wittgenstein.

## Mit Beiträgen von

Ellen Esen

Politikwissenschaftlerin und Pädagogin, Referentin in der politischen Bildungsarbeit, Themenschwerpunkte: Rechtsextremismus, Jugendgewalt, Sekten- und Psychogruppen. Öffentliche Veranstaltungen mit „Aussteigern“ aus der rechten Szene seit 1998. Zuvor Arbeit mit Aussteiger/-innen aus dem Drogen- und Sektenmilieu.

Christoph Ruf

Freier Journalist und Autor, langjähriger Redakteur bei Spiegel Online, studierte Politische Wissenschaften in Hamburg und Toulouse. Er publiziert seit seiner Studienzeit über die rechtsextreme Szene in Deutschland und Frankreich. Für sein journalistisches Werk wurde er mehrfach ausgezeichnet.

## Impressum

Herausgeber:  
Fritz-Erler-Forum  
Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Baden-Württemberg

Redaktion: Christine Arbogast  
Gestaltung: IconScreen.de  
1. Auflage, Januar 2010

ISBN 978-3-86872-263-5

## Bildnachweis

**Archiv der Sozialen Demokratie:** Seite 12: (2) 6/FOTB011628, (3) 6/FOTA002240, (4) 6/FOTA108722, (5) 6/FOTA049238, (6) 6/FOTB008027, (7) 6/FOTB027041, (10) 6/FOTA054096  
**Otto Belina:** Seite 38: (1,2); Seite 41: (3,10)  
**Bundesarchiv:** Seite 25: (1) BArch, Bild 102-17049/o.Ang./CC-BY-SA-3  
**Deutsches Historisches Museum:** Seite 10: (1); Seite 12: (1)  
**DGB Region Bodensee-Oberschwaben:** Seite 1 (7)  
**Ellen Esen:** Seite 41: (5,6,7,8)  
**istockphoto:** Seite 13: Globus; Seite 16: Gesicht, Schlagring; Seite 19: Baseballschläger; Seite 25: Megafon; Seite 54: Bubbles, Klemmbrett; Seite 57: Mappe  
**Jusos, Kreisverband Ulm:** Seite 1: (4); Seite 12: (12); Seite 57: (3)  
**Michael Klarmann:** Seite 16: (1); Seite 38: (8,9); Seite 45: (1,4,5)  
**Susanna Kurz:** Seite 16: (5)  
**Eric Lichtenscheidt:** Seite 23: (3,4); Seite 57: (5,6,7)  
**Pädagogisch-Kulturelles Centrum Freudental:** Seite 8: (6)  
**Marek Peters:** Seite 8: (3,4,7); Seite 16: (2,3); Seite 38: (4,5,7); Seite 41: (2,4); Seite 57: (2)  
**photocase:** Seite 23: (2)  
**Picture-Alliance:** Seite 1: (1) dpa/dpaweb - Frank Leonhardt; Seite 12: (8) dpa - Konrad Giehr, (9) dpa - Roland Holzschneide, (11) dpa - Wolfgang Kumm; Seite 16: (4) dpa/dpaweb - Jens Wolf; Seite 25: (2) dpa - Tim Brakemeier, (3) ZB - Jens Wolf  
**Recherche Nord:** Seite 8: (5); Seite 19: (1); Seite 41: (9); Seite 45: (2,3)  
**S. Fischer Verlage GmbH:** Seite 23: (1) mit freundlicher Genehmigung / Taschenbuch Fischer „Heinrich Mann, Der Untertan“  
**Hermann Sorg:** Seite 1: (2); Seite 60: (1,2,3,4)  
**Thomas Trueten:** Seite 1: (6); Seite 57: (4)  
**Verein „Gegen das Vergessen – Für Demokratie“:** Seite 8: (1)  
**Metin Yilmaz:** Seite 57: (1)  
**Tim Zajontz:** Seite 1: (3,5)

Es konnten leider nicht alle Bildrechteinhaber ausfindig gemacht werden. Bei Rückfragen hierzu wenden Sie sich bitte an das Fritz-Erler-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung.



Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung:  
[www.fes.de/rechtsextremismus](http://www.fes.de/rechtsextremismus)

Internetseite zur Ausstellung:  
[www.fritz-erler-forum.de/gegen-rechts](http://www.fritz-erler-forum.de/gegen-rechts)

ISBN 978-3-86872-263-5